

WIE DER NEUE SOZIALSTAAT AUSSEHEN SOLL

Der Vorsorgende Sozialstaat

TOBIAS DÜRR : **Vom Nutzen der Zuversicht**

THOMAS KRALINSKI : **Ostdeutschland gibt es nicht**

TILL MEYER : **Mehr Demokratie wagen**

KLAUS FABER : **Nach der Föderalismusreform**

MATTHIAS PLATZECK | JENS BULLERJAHN : **Mehr Lebenschancen für mehr Menschen**

ANTHONY GIDDENS : **Vom negativen zum positiven Sozialstaat**

WOLFGANG SCHROEDER : **Vorsorge ist besser als Nachsorge**

KARPINSKI | REINISCH | WEBER : **Von Anfang an gesund aufwachsen**

KARL-HEINZ SCHRÖTER : **Schule aus einem Guss**

MARTINA MÜNCH : **Ursachen behandeln, nicht Symptome**

Judith Kerschbaumer
Wolfgang Schroeder (Hrsg.)

Sozialstaat und demographischer Wandel

Herausforderungen
für Arbeitsmarkt und
Sozialversicherung



Der Vorsorgende Sozialstaat

Im Oktober 2007 wird der SPD-Bundesparteitag mit dem *Hamburger Programm* ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Damit wird das im Dezember 1989 verabschiedete *Berliner Programm* endgültig der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung übergeben. 17 Jahre nach der deutschen Einheit wird die SPD dann endlich ein gesamtdeutsches Programm haben, das die Erfahrungen aus Ost und West seit der Wende einbezieht. Dabei geht es aber nicht nur um die Erfahrungen der deutschen Einheit. Es geht auch darum, neue politische Antworten auf die durch offene Grenzen und neue Informationstechnologie beschleunigte Dynamik der Globalisierung zu finden. Das neue Programm muss aber ebenfalls die veränderte Sicherheitslage in der nun nicht mehr bipolaren Welt und den wachsenden Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Zukunft unserer Sozialsysteme reflektieren.

Wesentlicher neuer sozialdemokratischer Leitgedanke des *Hamburger Programms* ist die Idee des „Vorsorgenden Sozialstaates“, die maßgeblich von Matthias Platzeck in die Debatte eingebracht wurde – und gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt wurde. Grund genug für uns, das Thema zum Schwerpunkt dieser Ausgabe zu wählen. Mit den Professoren Anthony Giddens und Wolfgang Schroeder haben wir dazu zwei herausragende Autoren gewinnen können. Dass es dabei nicht nur um eine theoretische Debatte im Elfenbeinturm geht, verdeutlichen Martina Münch und Vertreter des Lauchhammer Netzwerkes „Gesunde Kinder“ in ihren Beiträgen anschaulich. Ich bin überzeugt, dass die SPD aus der Leitidee des „Vorsorgenden Sozialstaates“ neue Ideen für ihre praktische Politik und damit neue Kraft gewinnen kann.

Schwerpunkt der Debatte in der *Perspektive 21* war immer die Entwicklung in Ostdeutschland. Dr. Tobias Dürr und Thomas Kralinski liefern dazu in dieser Ausgabe zwei streitbare Beiträge. Widerspruch ist – wie immer – durchaus erwünscht!

KLAUS NESS

[impressum]

HERAUSGEBER

- SPD-Landesverband Brandenburg
- Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
in Berlin, Brandenburg und Mecklen-
burg-Vorpommern e. V.

REDAKTION

Klaus Ness (V.i.S.d.P.), Thomas Kralinski
(Chefredakteur), Ingo Decker, Dr. Tobias
Dürr, Klaus Faber, Tina Fischer, Klara Gey-
witz, Lars Krumrey, Christian Maaß, Till
Meyer, Dr. Manja Orlowski, John Siegel

ANSCHRIFT

Alleestraße 9
14469 Potsdam
Telefon: 0331/73 09 80 00
Telefax: 0331/73 09 80 60

E-MAIL : Perspektive-21@spd.de

INTERNET : <http://www.perspektive21.de>

GESAMTHERSTELLUNG UND VERTRIEB

weberpress. Daniela Weber
Pappelallee 2, 14469 Potsdam
daniela.weber@potsdam.de

BEZUG

Bestellen Sie Ihr kostenloses Abonnement
direkt beim Herausgeber. Senden Sie uns
eine Mail.

Der Vorsorgende Sozialstaat

WIE DER NEUE SOZIALSTAAT AUSSEHEN SOLL

MAGAZIN

- TOBIAS DÜRR** : Vom Nutzen der Zuversicht 5
Warum wir gerade die Geburt einer Neuen Ostdeutschen Mitte erleben
- THOMAS KRALINSKI** : Ostdeutschland gibt es nicht 19
In den neuen Ländern sind parallele Gesellschaften entstanden
- TILL MEYER** : Mehr Demokratie wagen 29
Neue Wurzeln müssen wachsen, damit die Demokratie nicht ihre Bürger verliert
- KLAUS FABER** : Nach der Föderalismusreform 37
Die Wissenschaftspolitik braucht auch in Zukunft den Bund

THEMA

- MATTHIAS PLATZECK | JENS BULLERJAHN** : Mehr Lebenschancen 47
Warum wir den Sozialstaat für das 21. Jahrhundert neu formieren müssen
- ANTHONY GIDDENS** : Vom negativen zum positiven Sozialstaat 53
Zur Zukunft des europäischen Sozialmodells
- WOLFGANG SCHROEDER** : Vorsorge ist besser als Nachsorge 67
10 Thesen zur Leistungs- und Legitimationsweise des alten Sozialstaates
- KARPINSKI | REINISCH | WEBER** : Von Anfang an gesund aufwachsen 75
Das „Netzwerk Gesunde Kinder“ als Beispiel für vorsorgende Familienpolitik
- KARL-HEINZ SCHRÖTER** : Schule aus einem Guss 83
Jetzt müssen beherzte Schritte in der Bildungspolitik folgen
- MARTINA MÜNCH** : Ursachen behandeln, nicht Symptome 89
Für eine neue Familienpolitik müssen sich auch die Männer ändern

Vom Nutzen der Zuversicht

WARUM WIR GERADE DIE GEBURT EINER NEUEN OSTDEUTSCHEN MITTE ERLEBEN
VON **TOBIAS DÜRR**

Seit 1949 richtet das Allensbacher Institut für Demoskopie regelmäßig kurz vor Weihnachten eine Frage an die Bevölkerung. Sie lautet: „Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ Dabei gaben die Befragten in Deutschland insgesamt im Jahr 2002 nur zu 35 Prozent die Antwort „mit Hoffnungen“. In den Jahren 2003 und 2004 blickten dann jeweils 38 Prozent optimistisch in die nähere Zukunft, 2005 immerhin schon 45 Prozent. Ende 2006 saßen sogar 49 Prozent der Bundesbürger mit Hoffnung im Herzen unter ihren Weihnachtsbäumen. Es ist also in Deutschland in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche Verbesserung der Stimmung zu verzeichnen.¹ So zuversichtlich wie in diesen Monaten waren die Deutschen schon lange nicht mehr.

Auch in Ostdeutschland ist dieser langfristige Trend eindeutig zu verzeichnen, wenn auch – kaum überraschend – auf etwas niedrigerem Niveau. War es noch Ende 2003 mit 31 Prozent nur ein knappes Drittel der Bürger in den neuen Bundesländern, das mit Hoffnungen ins neue Jahr ging, so stieg die Zahl der ostdeutschen Optimisten bis 2004 auf 35 Prozent, bis 2005 sogar auf 40 Prozent. Ins jetzt laufende Jahr starteten dann Ende 2006 immerhin schon 42 Prozent „mit Hoffnungen“. Damit hat sich die allgemeine Stimmung in Ostdeutschland seit dem Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen um die Reformpolitik der Regierung Schröder im Jahr 2004 um 7 Prozentpunkte aufgehellt. Und alles in allem ist ein Zuwachs an zuversichtlichen Ostdeutschen um 11 Prozentpunkte innerhalb der vergangenen drei Jahre zu verzeichnen.

Die Gesamtstimmung in Ostdeutschland ist in diesen Monaten so gut wie seit dem – emotional besonders aufgeladenen – „Jahrtausendwechsel“ 1999/2000 nicht mehr. Damals starteten volle 54 Prozent der Ostdeutschen mit Zuversicht

¹ Allensbacher Berichte, „Zum Jahreswechsel: Die Stimmung der Bevölkerung hat sich weiter verbessert“, Dezember 2006, Nr. 20/2006.

ins neue Millennium. Aber wie lässt sich der Stimmungsaufschwung der vergangenen Jahre deuten? Was fangen wir mit diesen Zahlen an?

Das Allensbacher Institut selbst deutet seine Ergebnisse zunächst einmal nur im Kontext des wirtschaftlichen Auf und Ab: „In der Vergangenheit stand die Zahl der Optimisten am Ende eines Jahres häufig in enger Verbindung mit der Konjunkturentwicklung des folgenden Jahres. Wenn die Zahl derjenigen, die hoffnungsvoll ins neue Jahr gingen, größer war als im Vorjahr, war Wirtschaftswachstum angesagt.“ Das leuchtet unmittelbar ein. Es könnte allerdings sein, dass die Allensbacher Zahlen, bezogen auf Ostdeutschland, noch auf tiefer gehende Veränderungen hindeuten. Bahnt sich womöglich eine grundlegende Verschiebung der Perspektiven, der Grundhaltungen und Hoffnungen in der ostdeutschen Gesellschaft an? Und worin könnten diese Verschiebungen bestehen?

Die Allensbacher Jahreswechselbefragung ist ein einfaches, aber verlässliches demoskopisches Instrument und mittlerweile in langen Jahren bewährt. Dennoch ist klar, dass ein Befund wie jener aus Allensbach sofort heftigen Widerspruch auf sich ziehen muss. Hat nicht gerade erst der ostdeutsche Sozialverband *Volkssolidarität* in seinem „Sozialreport 2006“ schlagend nachgewiesen, dass die Stimmung in Ostdeutschland „weiter gekippt“ ist?² Als zentrale Ergebnisse ihrer Untersuchung verkündete im Januar 2007 der Präsident der *Volkssolidarität*, Professor Gunnar Winkler: „Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen hat im Jahr 2006 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Zugleich haben die Befürchtungen mit Blick auf die Zukunft wieder zu- und die Hoffnungen entsprechend abgenommen.“ Genau so schrieben es die Journalisten mit, genau so wurden die Ergebnisse der Studie dann auch in den Medien dargestellt: „Stimmung in Ostdeutschland auf neuem Tiefpunkt“ oder ähnlich lautete erwartungsgemäß die Schlagzeile der meisten Berichte. Wer hat also Recht, das Allensbacher Institut oder die *Volkssolidarität*?

Festzuhalten ist zunächst, dass es sich beim „Sozialreport 2006“ der *Volkssolidarität* unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten um eine ziemlich hanebüchene Karikatur ernsthafter empirischer Sozialforschung handelt. Man merkt sogleich die Absicht und ist beträchtlich verstimmt. Denn überaus durchschaubar dient diese angebliche „Studie“ von der ersten bis zur letzten ihrer 52 Seiten allein dem einen strategischen Zweck, die These von der immer weiter voranschreitenden

2 Volkssolidarität (Hg.), Sozialreport 2006, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2006.

sozialen Verelendung Ostdeutschlands und der Ostdeutschen *insgesamt* öffentlich durchzusetzen. Anders gesagt: Der „Sozialreport 2006“ soll genau diejenige miese Stimmung schaffen und verstärken, deren Ausbreitung er vermeintlich wissenschaftlich belegt.

Anders als seriöse empirische Untersuchungen mit wissenschaftlichem Anspruch enthält diese – vom PDS-nahen „Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg“ für die PDS-nahe *Volkssolidarität* präparierte – Studie merkwürdigerweise weder die Aussage, die 885 Befragten seien zufällig ausgewählt worden noch den Hinweis, es handle sich bei den Befragten um einen repräsentativen Querschnitt durch die ostdeutsche Bevölkerung. Irgendjemand hat mit irgendwelchen 885 Menschen gesprochen, diese Information muss genügen. Dafür wird es Gründe geben. Obendrein erfolgte die Datenerhebung bereits im Juni 2006. Sie kann also positive (oder sonstige) Auswirkungen des seither stark beschleunigten wirtschaftlichen Aufschwungs auf die Stimmung in Ostdeutschland noch gar nicht einbeziehen.

Umso ärgerlicher ist, wie in der interpretierenden Auswertung dieser Untersuchung alle erhobenen Daten so zurechtinterpretiert werden, dass sie dem gewünschten Deutungsraster von der fortschreitenden Verelendung entsprechen. Dabei irritieren auf Anhieb bereits die zahllosen aufgeführten Banalitäten: Auch ohne diese Studie hätte man bereits vage geahnt, dass arme Arbeitslose mit ihrem Leben im Durchschnitt möglicherweise weniger zufrieden sind als Hochschulabsolventen mit einem Nettoeinkommen oberhalb von 2.000 Euro. Das wird wohl so stimmen, ist aber nicht gerade eine Neuigkeit.

Was nicht passt, wird passend gemacht

Schwerer wiegen hingegen die tendenziösen Bewertungen von Ergebnissen, die der Volkssolidarität politisch und normativ nicht in den Kram passen: Was nicht passt, wird passend gemacht. Wo beispielsweise verschämt und ohne Nennung irgendwelcher Belege oder Zahlen die – möglicherweise aus kluger Einsicht – gestiegene Bereitschaft jüngerer Ostdeutscher eingeräumt wird, private Vorsorge zu betreiben, da liefert Professor Winkler sicherheitshalber sogleich die politische korrekte Interpretation mit: „Die größere Orientierung auf Privatvorsorge bei Jüngeren sollte jedoch nicht als anzustrebendes Modell, sondern eher als Zweifel an den vom Staat zu gebenden Sicherheiten anzusehen sein.“

Tatsächlich? Oder vielleicht doch nicht? Dass Winkler, in seinem früheren Leben Professor für Sozialistische Betriebswirtschaft an der DDR-Gewerkschafts-

hochschule „Fritz Heckert“ in Bernau, sehr genaue Vorstellungen hinsichtlich der Frage pflegt, wie die „vom Staat zu gebenden Sicherheiten“ auszusehen haben, verwundert natürlich keineswegs. Aber was, wenn sich die Einstellungen und Werthaltungen in der Bevölkerung irgendwann verändern sollten? Dass Gesellschaften im Zeitverlauf einem „Wertewandel“ (Inglehart/Klages) unterliegen, ist schließlich bekannt. Und gerade davon, solchen Veränderungsprozessen nachzuspüren, handeln doch Umfragen und empirische Sozialforschung. Aber dem „Sozialreport 2006“ liegt nun einmal nicht Neugier auf die Wirklichkeit zugrunde. Hier sollen felsenfest gefügte Überzeugungen und vorgefertigte Tiefpunktthesen verbreitet werden. Und deshalb übersehen Professor Winkler und seine *Volkssolidarität* geffissentlich sogar diejenigen Hinweise auf gegenläufige Tendenzen, die an allen Ecken und Enden aus den Zahlen ihres eigenen „Sozialreport 2006“ herauslugen.

So besessen ist Winkler von seiner fixen Idee vom ostdeutschen Absturz, dass ihm mögliche alternative Deutungen seiner Daten überhaupt nicht in den Sinn kommen. Ja, 16 Prozent der im Juni 2006 für Winklers Untersuchung befragten Ostdeutschen gaben zu Protokoll, „unzufrieden“ oder sogar „sehr unzufrieden“ zu sein. Das ist gewiss ein hoher Wert, genauer: ein *unbefriedigend* hoher Wert – aber andererseits durchaus nicht höher als in den Vorjahren. Sogar im Gegenteil: 2004 hatte die *Volkssolidarität* 17 Prozent unzufriedene und sehr unzufriedene Ostdeutsche gemessen und 2005 sogar 19 Prozent. Wie aber kann dann 2006 ein „neuer Tiefpunkt“ gewesen sein?

Am zufriedensten sind die 25- bis 39-Jährigen

Den 16 Prozent „allgemein Unzufriedenen“ in den neuen Bundesländern stehen diejenigen Ostdeutschen gegenüber, die sich „sehr zufrieden“, „zufrieden“ oder doch wenigstens „teilweise zufrieden“ fühlen. Sie machten im Juni 2006 zusammen immerhin 82 Prozent der befragten Ostdeutschen aus. Im Jahr 2005 hatten sich laut *Volkssolidarität* erst 79 Prozent zu den teilweise bis sehr zufriedenen Ostdeutschen gezählt. Ein Zuwachs an Zufriedenen um 3 Prozentpunkte also – und trotzdem ein „neuer Tiefpunkt“? Auch das passt hinten und vorne nicht zusammen.

Äußerst aufschlussreich im Hinblick auf gesellschaftlichen Wandel und zukünftige Entwicklungen (aber in diametralem Widerspruch zur Winklerschen Tiefpunktthese) fallen die Ergebnisse des „Sozialreports 2006“ besonders für die Altersgruppe der 25- bis 39-jährigen Ostdeutschen aus. In dieser Kohorte der jüngeren und mittleren Erwachsenen im Berufseinstiegs- und Familiengründungsalter fällt

die Stimmung im Osten am allerbesten aus. So bezeichneten sich im Juni des vergangenen Jahres überhaupt nur 11 Prozent als „unzufrieden“, während 89 Prozent der Befragten mindestens „teilweise zufrieden“ waren (darunter 33 Prozent „zufrieden“ und 8 Prozent sogar „sehr zufrieden“). Vor dem Hintergrund der guten Stimmung gerade in diesen nachwachsenden jüngeren Kerngruppen der ostdeutschen Gesellschaft, die mitten im Leben stehen und viel von ihrer Zukunft noch vor sich haben, muten Professor Winklers apokalyptische Diagnosen schlicht bizarr an. Eine Gesellschaft, in der gerade die jüngeren Erwachsenen in der Erwerbs- und Familiengründungsphase am zufriedensten mit ihrem Leben sind, kann eigentlich nicht an ihrem Tiefpunkt angelangt sein.

„Auf der Kippe“ steht hier gar nichts

Es soll nun keineswegs verschwiegen werden: Deutlich mäßiger ist laut „Sozialreport 2006“ die Stimmung in den Kohorten der 40- bis 49-Jährigen und der 50- bis 59-Jährigen. In diesen Altersgruppen ist man nur zu 70 beziehungsweise 80 Prozent zufrieden oder „mindestens teilweise zufrieden“, und die allgemeine Unzufriedenheit fällt gerade in diesen Segmenten mit 27 beziehungsweise 20 Prozent überdurchschnittlich aus. Das ist nicht gut, gar keine Frage. Aber auch diese Werte eignen sich mitnichten zum Beleg der von *Volkssolidarität* und Professor Winkler aufgetischten Niedergangerzählungen. Wie übrigens auch nicht der ausgesprochen erfreuliche Umstand, dass die für die Studie befragten über 60-Jährigen zu vollen 85 Prozent mindestens teilweise zufrieden sind und nur zu knappen 13 Prozent erklären, sie seien unzufrieden. „Auf der Kippe“ steht hier offensichtlich gar nichts.

Dasselbe gilt für die Ergebnisse der *Volkssolidarität* zur wirtschaftlichen Lage der Ostdeutschen. Es ist ohne Frage kein guter, sondern ein unbedingt verbesserungswürdiger Zustand, wenn 28 Prozent der Befragten ihre ökonomischen Verhältnisse im Juni 2006 als „schlecht“ einschätzen. Aber: Im Jahr 2003 belief sich die Gruppe der nach eigener Einschätzung wirtschaftlich schlecht Gestellten auf 30 Prozent, und 2005 zählten sich 29 Prozent zu ihr. Stagnation auf hohem Niveau ist kein anzustrebender Zustand, und auf unbefriedigende Verhältnisse hinzuweisen ist legitim und richtig. Trotzdem lässt sich auch ohne Computer berechnen, dass 29 Prozent (2005) und erst recht 30 Prozent (2003) mehr sind als 28 Prozent (2006). Auch beim Indikator wirtschaftliche Lage kann also von irgendeinem „neuen Tiefpunkt“ im Jahr 2006 überhaupt nicht die Rede sein.

Geradezu rührend naiv – oder doch ideologisch verbohrt? – klingen dann die Ausführungen im „Sozialreport 2006“ zum Wechselverhältnis zwischen Qualifika-

tion und wirtschaftlicher Lage. So schätzten im vorigen Juni deutlich überdurchschnittliche 49 Prozent der Hochschulabsolventen in Ostdeutschland ihre ökonomischen Verhältnisse als gut ein. Die *Volkssolidarität* zieht daraus zwei messerscharfe Schlüsse: *erstens*, dass Qualifikation ökonomisch differenzierend wirke; *zweitens*, dass Akademiker auf dem Arbeitsmarkt sowie hinsichtlich ihrer Einkommen „bevorzugt“ seien. Parbleu, was für eine erschütternde Enthüllung! Und was für eine himmel-schreiende soziale Sauerei!

Nicht, dass dies für sich genommen abwegig wäre, ganz im Gegenteil. Aber könnte es sein, das andere das Problem schon früher erkannt haben? Könnte es sein, dass exakt dieser vom Professor aus Bernau „entdeckte“ Zusammenhang zwischen Qualifikation und beruflichen Perspektiven der Grund dafür ist, dass immer mehr Menschen – völlig zu Recht – zu der Einsicht gelangen, dass Bildung *die* entscheidende soziale Frage des 21. Jahrhunderts schlechthin ist? Und dass wir deshalb gut daran tun, ernst damit zu machen, möglichst allen Menschen von Anfang an hervorragende Bildungschancen zu ermöglichen, statt säuerlich über die „Bevorzugung“ derjenigen zu lamentieren, die Bildung und Qualifikation besitzen (und damit im Übrigen zur Wertschöpfung dieser Gesellschaft beitragen)?

Aber was ganz praktisch getan werden muss, damit mehr Menschen bessere Bildungs- und damit bessere Lebenschancen erhalten – eben das ist nicht das Thema von Winklers „Sozialreport 2006“. Dem Professor für Sozialistische Betriebswirtschaft geht es erkennbar ausschließlich um seine Lieblingsthese, der zufolge die ostdeutsche Gesellschaft demoralisiert und entkräftet immer neuen Tiefpunkten entgegenwankt. Auch nur ansatzweise schlüssig nachgewiesen wird diese Behauptung im – schon deshalb rundum obskuren – „Sozialreport 2006“ zwar nicht. Aber funktioniert hat der Bluff trotzdem: Alle Medien haben die trübe Botschaft wieder einmal unkritisch verbreitet – die altbekannte Geschichte vom „Osten auf der Kippe“ verkauft sich immer noch gut, weil sie so schön zu den verfestigten Deutungsmustern der Deutschen aller Landesteile passt.

■■■ ■ Renate Köcher ist, wie es scheint, eine höfliche Frau. Angesichts der vielfachen Unzulänglichkeiten des „Sozialreport 2006“ äußerte sich die Leiterin des Allensbacher Instituts für Demoskopie nur „verwundert“. Trocken gab Frau Köcher im Januar 2007 zu Protokoll, die monatlichen Untersuchungen ihres Instituts zeigten ein anderes Bild. Nicht im Jahr 2006, sondern in den Jahren

3 Vgl. Evangelische Nachrichtenagentur „idea“: „Verwunderung über Volkssolidarität-Studie“, Pressemeldung vom 19.1.2007.

1992 sowie 1996/97 sei die Zufriedenheit in den neuen Bundesländern am geringsten gewesen.³

Es mag sein, dass sich Renate Köcher tatsächlich gewundert hat. Falls ja: Die Zusammenhänge lassen sich erklären, denn ganz so erstaunlich sind Professor Winklers Ergebnisse im Grunde auch wieder nicht. Man muss nur begreifen, dass sein im Gewand wissenschaftlicher Seriosität daherkommender „Sozialreport 2006“ letztlich weder Wahrheitsfindung noch Erkenntnisgewinn bezweckt. Vielmehr handelt es sich hier um ein *politisches* Instrument in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung – kühl konzipiert, berechnend verfasst und systematisch verbreitet durch politische Akteure, die von der miesen Stimmung leben, die spätestens dann entsteht oder sich aufs Neue verfestigt, wenn alle Zeitungen wieder einmal melden: „Trauriger Rekord ... Zufriedenheit gesunken ... Ostdeutsche pessimistisch wie noch nie“.

Der Pessimismuspolitik geht der Nachwuchs aus

Welches politische Kalkül wird hier verfolgt? Aktive und optimistische Menschen wählen keine Parteien, die ihnen erklären, sie seien die erniedrigten Opfer immer elender werdender Verhältnisse. Aktive und optimistische Menschen entscheiden sich für Politiker und Parteien, die ihrem aktiven und optimistischen Lebensgefühl entsprechen. Politiker und Parteien, die davon leben, dass sich ihre Wähler als Opfer ungerechter Verhältnisse empfinden, stehen deshalb vor einem gewaltigen kulturellen und politischen Problem, sollte sich ein grundlegender gesellschaftlicher Trend hin zu mehr Zuversicht, mehr Selbstbewusstsein und mehr Selbstverantwortung abzeichnen. Denn dann droht den Pessimismuspolitikern und -parteien der Nachwuchs auszugehen – es sei denn, es gelänge ihnen aufs Neue, auch jüngere Kohorten nochmals mit ihren demoralisierenden Opfer- und Tiefpunktgeschichten zu entmutigen.

Offenkundig gelingt eben das nicht mehr ohne weiteres. Renate Köchers positive Zahlen jedenfalls deuten darauf hin; die vergleichsweise hohen Zufriedenheitsraten in der Kohorte der 25- bis 39-Jährigen Ostdeutschen laut „Sozialreport 2006“ weisen in dieselbe Richtung. Und noch eine weitere empirische Untersuchung, die von Dietmar Sturzbecher erarbeitete aktuelle Studie „Jugend in Brandenburg“, deutet klar darauf hin, dass Jüngere dem angeblich kollektiven ostdeutschen Lebensgefühl der Ohnmacht und des Jammers nur noch wenig abgewinnen können.⁴ In der

⁴ Dietmar Sturzbecher u. a., Jugend in Brandenburg. Ergebnisüberblick der Zeitreihenstudie zur Lebenssituation Jugendlicher in Brandenburg, Potsdam 2006.

(übrigens auf der Befragung von 3.379 Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren basierenden) Brandenburger Studie heißt es: „Die Jugendlichen von heute stehen ... Veränderungen im Leben positiver gegenüber als vor sechs Jahren und beurteilen ihre berufliche Zukunft unverändert eher optimistisch. Darüber hinaus glauben fast 40 Prozent der brandenburgischen Jugendlichen, ‚des eigenen Glückes Schmied‘ zu sein, ihr Leben also selbst wirksam beeinflussen zu können – das sind 12 Prozent mehr als 1999.“

Allerdings hat diese positive Entwicklung eine weniger erfreuliche Kehrseite: „Auch der Anteil derjenigen Jugendlichen ist leicht [von 3,8 auf 4,9 Prozent, T.D.] gestiegen, die mit starkem Fatalismus und sehr wenig Optimismus in die Zukunft schauen.“ Wo fatalistische und pessimistische Menschen obendrein noch unter den Einfluss einer Politik geraten, die ihnen erklärt, die Verantwortung für ihre trostlose Lage trügen „äußere Mächte“ (Sturzbecher) – ob diese nun „Kapitalismus“ heißen oder „Globalisierung“, „Westdeutsche“ oder „Ausländer“ –, da wird dies ihre Fähigkeit gerade nicht erhöhen, ein aktives und selbst verantwortetes Leben zu führen.

Und genau darum geht es. Die Vorkämpfer des Fatalismus und Pessimismus setzen ganz bewusst auf Baisse und Entmutigung. Sie bestätigen die Passiven in ihrer Passivität, die Wütenden in ihrer Wut, die Hoffnungslosen in ihrer Hoffnungslosigkeit. Sie geben ihnen zu verstehen: „Ihr seid unzufrieden, die Verhältnisse sind schuld!“ Aber sie tun nicht das Geringste dafür, auch nur einen einzigen zusätzlichen Menschen zu einem Leben aus eigener Kraft zu ermutigen und zu befähigen. Auch der „Sozialreport 2006“ der *Volkssolidarität* signalisiert den Ostdeutschen: „Ihr seid unzufrieden, die Verhältnisse sind schuld!“ Wer heute in Ostdeutschland solche Botschaften aussendet, verachtet deshalb in Wirklichkeit die Menschen, deren Interessen er zu artikulieren vorgibt.

Kann die Methode Münchhausen funktionieren?

Was folgt aus dieser Einsicht? Zunächst einmal eine große Erleichterung darüber, dass in Ostdeutschland offenbar die Zahl der Menschen zunimmt, die das Jammern und Bejammertwerden, das Unzufriedensein und Schuldzuweisen schlicht satt haben und stattdessen lieber *anpacken* wollen. Immer mehr Ostdeutsche scheinen ansprechbar und empfänglich zu sein für nüchterne, zugleich aber zupackende, Mut machende und motivierende öffentliche Ansprache. Diesen Ton hat in den vergangenen Jahren Matthias Platzeck als Brandenburger Ministerpräsident exemplarisch angeschlagen. Seine zugleich ernste und optimistische Rhetorik

rik von der „Erneuerung aus eigener Kraft“, vom „zupackenden Land“ oder vom „Land in Bewegung“ wies auch schon unter den ungünstigeren Bedingungen der vergangenen Jahre den richtigen Weg, weil sie dazu beitragen sollte, angesichts schwieriger Verhältnisse dennoch jene positive öffentliche Stimmung zu schaffen und zu stärken, die sie selbst behauptete und vorlebte.

Die Frage ist, ob das eigentlich funktionieren kann. Tatsächlich sind am Boden Liegende in der wirklichen Welt nicht in der Lage, sich – dem Baron Münchhausen gleich – am eigenen Schopfe wieder aus dem Schlammassel zu ziehen; zumindest nach den Gesetzen der Physik gelingt dies nicht. Gegen eine „Politik der Zuversicht“ wird deshalb regelmäßig das Argument ihrer vermeintlich objektiven Unmöglichkeit ins Feld geführt. Doch wer das sagt, verkennt die hochgradig unterschiedlichen psychologischen Wirkungen optimistischer und pessimistischer politischer Kommunikation. Pessimismus lähmt Menschen. Deshalb behalten die Prediger des Pessimismus zwar nicht selten Recht – aber sie verändern nie etwas zum Besseren.

„Diese Welt gehört den Optimisten“

Sowohl Bekundungen der Zuversicht wie der Niedergeschlagenheit in der Politik wohnt die Tendenz inne, als sich selbst erfüllende Prophezeiungen zu wirken. Wem es freilich vor allem ums Rechtbehalten geht, der sollte sich unbedingt auf die Seite des Pessimismus schlagen. Hoffnungen und Optimismus können sich auch den größten Anstrengungen zum Trotz als trügerisch erweisen. Pessimismus hingegen ist jederzeit eine bombensichere Sache. Wer die Vergeblichkeit aller Anstrengungen predigt, wer deshalb Handeln verhindert und auch selbst gar nicht erst zum Handeln schreitet, dem wird natürlich nicht viel gelingen. Tatsächlich mag Pessimismus angesichts überwältigender – oder jedenfalls überwältigend *erscheinender* – Problemlasten oft genug angebracht erscheinen, doch leistet diese Haltung eben keinen Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse, die sie beklagt. Wer immer nur jammert, sein Glas sei halb leer, hat objektiv schlechte Chancen, jemals vor einem vollen Glas zu sitzen. Der Scheiternde scheitert eben oft genug vor allem daran, dass er sein eigenes Scheitern voraussagt.

Optimismus funktioniert anders. Zwar kann es passieren, dass allzu überbordende Bekundungen der Zuversicht in schwierigen Zeiten unglaublich wirken – und damit zuweilen das Gegenteil des gewünschten Effekts bewirken. Aber andererseits gilt auch, dass ohne Optimismus und Mut noch niemals und nirgends der Aufstieg aus trostlosen Verhältnissen gelungen ist. „Diese Welt gehört den Optimisten“, schreibt der renommierte Wirtschaftshistoriker David Landes,

„nicht weil sie immer Recht haben, sondern weil sie positiv eingestellt sind. Selbst wenn sie irren, denken sie positiv. Deshalb erreichen sie etwas, korrigieren Fehler, kommen weiter und haben Erfolg. Kultivierter, wacher Optimismus zahlt sich aus. Pessimismus bringt nur den leeren Trost, Recht gehabt zu haben.“⁵

IV. In der ostdeutschen Gesellschaft konnte sich diese optimistische Grundhaltung in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten nie auf eine strukturelle Mehrheit stützen. Besonders großer gesellschaftlicher Zustimmung durften sich seit 1990 regelmäßig diejenigen Politiker und Parteien sicher sein, die den Pessimismus und die Hoffnungslosigkeit beträchtlicher Gruppen der Gesellschaft politisch aufnahmen und – als Propheten immer neuer „Tiefpunkte“ – sogleich in die Gesellschaft zurückspiegelten. Ostdeutschland und den Ostdeutschen hat dieser sich selbst in Gang haltende Mechanismus der ständigen pessimistischen Rückkopplung nicht gut getan.

In dieser Hinsicht hat sich der Wind nun tendenziell gedreht, und das stimmt für die Zukunft hoffnungsvoll. Keine Frage, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in Ostdeutschland ist auch im Frühjahr 2007 noch immer keineswegs rosig – und sie wird dies auf absehbare Zeit nicht sein. Zudem differenziert sich die ostdeutsche Gesellschaft zügig aus, weshalb man bei der Bewertung der gesellschaftlichen Stimmungslagen nach Generationen, Bildungskohorten, Regionen und Geschlechtern sehr genau unterscheiden muss – eine Anstrengung, der sich die Lautsprecher der angeblich einen und ungeteilten ostdeutschen Untergangsstimmung übrigens beharrlich verweigern. Aber fest steht: Mehr Menschen als in den vergangenen Jahren sind heute im Zweifel bereit, das Glas für halb voll zu halten und nicht mehr für halb leer.

Daraus erwachsen neue Chancen für eine positive und aktivierende politische Kommunikation, wie beispielsweise unlängst die Auseinandersetzung um „Deutschlands frechsten Arbeitslosen“ (*Bild*) Henrico F. anschaulich illustriert hat: Ganz eindeutig dominierte in den öffentlichen Debatten – auch in Ostdeutschland – gerade *nicht* die Einschätzung, bei Henrico F. aus Gotha handele es sich vor allem um ein unschuldiges Opfer kapitalistischer oder „marktradikaler“ Verhältnisse, und Kurt Beck habe Unrecht mit seiner Kritik an dem Arbeitslosen. Vielmehr vertrat offensichtlich eine deutliche Mehrheit der Öffentlichkeit die Ansicht, es sei der von Henrico F. repräsentierte Typus des – vermeintlich oder tatsächlich – arbeitsunwilligen Sozialleistungsbeziehers, der Kritik verdiene.

⁵ David Landes, *Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind*, Berlin 1999, S. 525.

Das ist neu, jedenfalls bezogen auf Ostdeutschland. Möglich geworden ist diese Verschiebung der Perspektiven womöglich durch veränderte mentale und kulturelle Dispositionen innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft, zu deren Verständnis Untersuchungen wie der „Sozialreport 2006“ mit voller Absicht keinen Beitrag leisten. Vor allem aber die konjunkturelle Aufhellung des vergangenen Jahres, scheint mittlerweile auch einstellungsverändernd zu wirken. Eine Arbeit zu haben und zu behalten, sich gegebenenfalls nach einem besseren Job umzusehen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu finden oder nach einer Phase der Erwerbslosigkeit wieder eine neue Anstellung zu bekommen – dies alles erscheint heute auch in Ostdeutschland einem höheren Anteil der Menschen möglich und plausibel als in früheren Jahren. Damit geraten die politischen Vermarkter der pessimistischen Opfer- und Tiefpunktagenda in die Defensive.

Es darf nun natürlich nicht darum gehen, den erwerbstätigen Mainstream der Gesellschaft gegen die tatsächlich wirtschaftlich und sozial Benachteiligten auszuspielen. Was aber in Ostdeutschland gebraucht wird – übrigens: gerade im Interesse der Benachteiligten und Bedrückten –, ist die nochmals verstärkte Ansprache und Ermutigung der Tätigen, der Aktiven, der „Menschen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten“, wie Bill Clinton diese Gruppen gerne nannte. Umso mehr haben die ostdeutschen Parteien Anlass, ihrerseits die Signale aus der Mitte der Gesellschaft feinfühlig wahrzunehmen, politisch, kulturell und symbolisch zu verarbeiten. Beide großen Volksparteien in Deutschland haben in der Vergangenheit immer dann Wahlen gewonnen, wenn sie die Interessen, die Vorlieben und das Lebensgefühl der gesellschaftlichen Mitte besonders gut verarbeitet und widergespiegelt hat, wobei der Begriff der „Mitte“ sowohl sozialökonomisch wie kulturell und generationell verstanden werden soll.⁶

Die moderne Mitte kommt in der Politik kaum vor

Die arbeitende Mitte der Gesellschaft setzt sich heute, über den Daumen gepeilt, aus den Menschen der Geburtsjahrgänge zwischen 1950 und 1980 zusammen. Sie ganz besonders tragen diese Gesellschaft. Denn es sind vor allem die Angehörigen dieser Kohorte, die berufstätig sind, ihre Steuern und Sozialbeiträge zahlen, Kinder erziehen, sich um ihre Eltern kümmern und bürgergesellschaftlich in Vereinen, Ini-

⁶ Vgl. Tobias Dürr, Was ist und wem gehört die Mitte? Überlegungen zum Parteienstreit um einen strategischen Begriff, in: Tilman Mayer und Reinhard C. Meier-Walser (Hg.), Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, München 2002, S. 30-42.

tiativen oder Freiwilligen Feuerwehren engagieren. Es sind heute diese Gruppen, die die Gesellschaft in Ostdeutschland stützen und zusammenhalten. Man tritt keiner anderen Gruppe zu nahe – weder den Jüngeren noch den Älteren, weder den Ärmeren noch den Reicherer – wenn man feststellt, dass es auf die erwerbstätige gesellschaftliche Mitte unserer Gesellschaft in besonderem Maße ankommt – und zwar um des Wohlergehens der *gesamten* Gesellschaft willen.

Weil die Mitte die Gesellschaft trägt, prägt sie immer auch deren Selbstverständnis und Gegenwartsdeutung – mit starker Ausstrahlungswirkung in die übrigen (jüngeren oder älteren) Alterskohorten und sozialen Gruppen hinein. In dieser gesellschaftlichen Prägekraft und Deutungsmacht der Mitte liegt die tiefere Wahrheit des Satzes „Wahlen werden in der Mitte gewonnen“. Dennoch gerät diese Einsicht in der politischen Auseinandersetzung – nicht nur in Ostdeutschland – immer wieder in Vergessenheit: „Diese modernen, voll im internationalen Wettbewerb stehenden Arbeitnehmer haben in der heutigen Bundesrepublik ... kaum eine politische Vertretung“, wundert sich zu Recht der Journalist Thomas Hanke. „Ihr Lebensgefühl, ihre Anliegen wie Weiterbildung, mehr Chancen für den gesellschaftlichen Aufstieg ihrer Kinder kommen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion praktisch nicht vor. Wenn Kurt Beck einen spröden Satz wie ‚Leistung muss sich wieder lohnen‘ von sich gibt, ist das schon der Höhepunkt der Annäherung an die Realität – bleibt allerdings folgenlos. Wie in einer Endlosschleife wird über Hartz IV und die Rente gesabbelt – die Arbeitnehmer, deren Wertschöpfung all das erst ermöglicht, sind dagegen ein Nicht-Sujet. Auch das erklärt die Enttäuschung über Politik.“⁷

Wie sich die ostdeutsche Gesellschaft verändert

Wo aber Volksparteien den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte und deren Lebensgefühl verpassen, da hören sie irgendwann auf, überhaupt Volksparteien zu sein. Tektonische Verschiebungen in Weltsicht und Selbstverständnis der Mitte sollten deshalb unbedingt Auswirkungen auf die Politik und Außendarstellung der ostdeutschen Sozialdemokratie haben. Wenn es stimmt, dass wir gegenwärtig in Ostdeutschland einen grundsätzlicheren Trend erleben als bloß kurzfristig bessere Laune im Volk aus konjunkturellen Gründen, dann sollten gerade die ostdeutsche Sozialdemokraten darauf in ihrer Programmatik, Symbolik und Kom-

⁷ Thomas Hanke, Die Politik als Nachzügler. Noch immer wird in Deutschland gejammert und geklagt – in Wirklichkeit ist der deutsche Kapitalismus längst erfolgreich dabei, die Globalisierung zu meistern, in *Berliner Republik* 9 (2007), S. 24-29; vgl. auch Thomas Hanke, Der neue Kapitalismus. Republik im Wandel, Frankfurt und New York 2006.

munikation reagieren. Die Hegemonie des auf Dauer geradezu selbstzerstörerisch wirkenden Niedergangs- und Tiefpunktgeredes endlich zu beenden, liegt in ihrem ureigenen Interesse.

Viele Indizien sprechen also dafür, dass gegenwärtig eine „Neue Ostdeutsche Mitte“ im Entstehen begriffen ist, die zuversichtlicher denkt, fühlt, handelt und, kurz gesagt, „tickt“ als die von den Umbrüchen der vergangenen zwei Jahrzehnte tatsächlich vielfach gebeutelte „Generation ABM“ sowie deren selbst ernannte politische Repräsentanten. Wir haben es zunehmend mit einer neuen gesellschaftlich prägenden ostdeutschen Mitte zu tun, die aufs Zupacken und Selbermachen setzt; mit pragmatischen und illusionslosen Realisten ohne Sehnsucht nach den muffigen Wärmestuben und utopischen Überschüssen der Vergangenheit. Damit aber könnten diejenigen in Gesellschaft und Politik endgültig ins Hintertreffen geraten, die für diese „Neue Ostdeutsche Mitte“ inhaltlich und stilistisch keine Antworten bereithalten. Die Debatte darüber, was sich in der ostdeutschen Gesellschaft eigentlich ändert und *wie* es sich ändert, sollten jedenfalls diejenigen unerschrocken führen, denen ernsthaft daran gelegen ist, Ostdeutschland aus seinem ewigen Kreislauf aus (angeblich) immer schlechterer Lage und (angeblich) immer mieserer Stimmung herauszuführen.

Setzt sich die zupackende Grundhaltung der „Neuen Ostdeutschen Mitte“ durch, dann werden diejenigen Parteien davon profitieren, die sich am besten auf die veränderte Situation einstellen. Dass es dabei nicht um irgendeinen „Neuen Überschwang“ gehen sollte, sollte allerdings ebenfalls klar sein – die Lage bleibt ja schwierig. Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle sagt in seiner Prognose für 2007 wohlweislich voraus, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland in diesem Jahr nur 1 Prozent betragen werde: „So nimmt die Zahl der Erwerbstätigen erneut ab. ... Die gespaltene Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt verstärkt sich wieder.“⁸

Hinzu werden mittel- bis langfristige Entwicklungstendenzen kommen, die mittlerweile alle nur zu gut bekannt sind: Abwanderung, Alterung, Geburtenrückgang, sinkende Nachfrage und schrumpfende öffentliche Haushalte, Mangel an qualifizierten und hoch qualifizierten Arbeitskräften bei gleichzeitigem Überschuss an zu gering Qualifizierten und so weiter. Wie mit dieser geballten Problemlast umgegangen wird, ist zu guten Teilen eine Frage der Haltung: Etwas tun

⁸ IWH Halle, Deutsche Wirtschaft 2007, Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht, IWH-Pressemitteilung 43/2006 vom 21.12.2006; auch in: *Wirtschaft im Wandel*, 13 (2007), S. 7-28.

oder nicht? Trotz allem zupacken oder weinerlich resignieren? Schon deshalb ist die jetzt spür- und messbare Bereitschaft zum Aufbruch eine kostbare Pflanze, die so sorgsam gepäpelt werden sollte, wie nur irgend möglich. Nur dann wird der derzeit entstehende neue Geist auch Rückschläge überstehen. Das muss er aber, denn schwierige Umbrüche stehen Ostdeutschland bekanntlich auch weiterhin bevor.⁹ Die „allgemeine Lebenszufriedenheit“ der Menschen im Osten braucht das freilich nicht zu beeinträchtigen, eher im Gegenteil. Denn es stimmt: „Gar nicht so selten liegt das größte Glück darin, schwierige Aufgaben beherzt anzupacken.“¹⁰ Wo immer mehr Menschen diese Auffassung teilen, braucht man sich vor der Zukunft nicht zu fürchten. ■

DR. TOBIAS DÜRR

ist Chefredakteur der Zeitschrift *Berliner Republik*.

⁹ Siehe beispielsweise aktuell und zutreffend: „Ostdeutschland als Spiegel der Zukunft. Alterung und Bevölkerungsschwund viel schneller als im Westen“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Dezember 2007.

¹⁰ Matthias Platzeck, „Glücklich schrumpfen? Warum gerade die schrumpfende Gesellschaft eine erneuerte Gerechtigkeitspolitik braucht“, in: Hubertus Heil und Juliane Seifert (Hg.), *Soziales Deutschland. Für eine neue Gerechtigkeitspolitik*, Wiesbaden 2005, S. 130-138, hier S. 138.

Ostdeutschland gibt es nicht

IN DEN NEUEN LÄNDERN SIND
PARALLELE GESELLSCHAFTEN ENTSTANDEN.
VON **THOMAS KRALINSKI**

Über Ostdeutschland wird immer in Schüben gesprochen. Nach der Wende kam das Thema alle paar Jahre auf die Tagesordnung – mal durch die „Aufder-Kippe“-These von Wolfgang Thierse, mal durch Hochwasser an Oder und Elbe, mal durch den Umstand, dass sowohl die Kanzlerin und als auch der kurzzeitige Vorsitzende der Sozialdemokraten in der DDR aufgewachsen sind. Jüngst haben Studien zur Stimmung in Ostdeutschland das Thema wieder in die öffentliche Auseinandersetzung gebracht.

Die ganze Sache hat nur einen Haken: „Ostdeutschland“ gibt es nicht mehr. Es gibt viele Ostdeutschlands – und zwar mindestens vier: Es gibt die Aufsteiger, die versteckten Champions, die Kämpfer und die Hoffnungslosen. Es lohnt sich, genauer hinzuschauen.

I. Die Aufsteiger

Der bisweilen zu hörende, leicht ironische Satz „Wie im Westen, nur schöner“ charakterisiert die Aufsteiger ziemlich gut. Wer kennt sie nicht? Dresden, Jena, Leipzig, Potsdam. Wenn es um den Erfolg des Aufbaus Ost geht, fallen immer dieselben Namen, werden immer die gleichen Beispiele genannt. Es gibt sie wirklich und es gibt sogar mehr als nur drei oder vier. Perfekte Infrastruktur, große Einkaufspaläste, geräumige Messehallen, restaurierte Innenstädte, neue Universitäten und Forschungseinrichtungen, moderne Krankenhäuser. Wer durch die Innenstadt von Leipzig läuft, kann den Optimismus, die Energie, die positive Grundstimmung förmlich mit Händen greifen. Wer die sommerlichen Elbwiesen in Dresden kennt oder durch das Holländische Viertel in Potsdam spaziert, spürt eine Leichtigkeit, die viele im Osten nicht vermuten würden.

Doch der Erfolg ist schwer verdient. Leipzig oder Potsdam haben fast alle industriellen Arbeitsplätze verloren. Geblieben ist ein Rest – und der ist heute

zweifelsohne modern und erfolgreich. Überlebt haben auch die gut ausgebildeten Fachkräfte, ohne deren Engagement und Flexibilität BMW nicht nach Leipzig, VW nicht nach Zwickau, Opel nicht nach Eisenach, Infineon und AMD nicht nach Dresden gekommen wären. Diese Städte und Regionen sind erfolgreich nicht nur im ostdeutschen Maßstab, sie sind es auch im europäischen Vergleich. Der Export wächst überdurchschnittlich – doch muss einem auch klar sein, dass es ohne diese Leuchttürme ziemlich dunkel aussehen würde. Allein die Hälfte des sächsischen Exports wird von einer Hand voll Unternehmen erbracht. Auf jeden Fall verfügen die ostdeutschen Aufsteiger über eine hoch moderne Basis, sie sind exportstark und ausbaufähig.

Trotzdem oder gerade deshalb: Zu den größten Erfolgsgeschichten des Aufbaus Ost gehören die „neuen“ Industrien. Leider nur binden sie kaum Arbeitskräfte. Der Anteil der Industrie am ostdeutschen BIP liegt bei 15 Prozent – das ist die Hälfte des westdeutschen Wertes, entspricht aber im Übrigen ziemlich exakt dem Umfang der US-amerikanischen Industrie. Es könnte also sein, dass hier die Wirtschaftsstruktur und Gesellschaft der Zukunft entsteht. Leipzig, Weimar, Potsdam, das Berliner Umland sind „moderne“ Regionen, die neben einer kleinen, aber feinen industriellen Basis vor allem auf moderne Dienstleistungen setzen, auf Medien, auf Kultur und Tourismus.

Abwärtsspirale ist durchbrochen

Die Aufsteigerregionen besitzen – zumindest mittelfristig – einen großen Vorteil gegenüber allen anderen. Sie haben eine einigermaßen stabilisierte demografische Basis. Leipzig und Dresden sind die einzigen Gebiete, in denen Sachsen bis 2020 eine stabile oder leicht wachsende Bevölkerung erwartet. Potsdam wird in dieser Zeit sogar um zehn Prozent wachsen. Zwar wird die Bevölkerung wie überall älter, die Negativspirale aus wirtschaftlicher Auszehrung und der Abwanderung gut ausgebildeter jungen Leute ist jedoch durchbrochen. Sogar Ansätze einer gut funktionierenden Zivilgesellschaft gibt es. Es eint diese Regionen das Gefühl, sich durchgebissen und Erfolg gehabt zu haben. Vereine, Verbände, kleine Initiativen sind entstanden, kümmern sich um ihr Umfeld, die Kultur, den Zusammenhalt.

Auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur gesellschaftlichen Situation in Deutschland¹ zeigt, dass es die „zufriedenen Aufsteiger“ in Ostdeutschland gibt. Ihr

1 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Gesellschaft im Reformprozess, Berlin 2006.

Anteil an der ostdeutschen Gesellschaft beträgt 8 Prozent – das ist deutlich weniger als in Westdeutschland. Sie haben den gesellschaftlichen Aufstieg geschafft und vertrauen in die Demokratie. Auch der Sozialreport der Volkssolidarität² zeigt, dass immerhin 25 Prozent der Ostdeutschen mit ihrer *wirtschaftlichen* Lage zufrieden sind. Wenn es um die *allgemeine* Lebenszufriedenheit geht, sind allerdings nur 4 Prozent der Ostdeutschen sehr zufrieden, immerhin 35 Prozent sind zufrieden.

II. Die versteckten Champions

Neben diesen „arrivierten“ Aufsteigern im Osten gibt es eine ganze Reihe von kleinen Erfolgen abseits der großen Städte: die versteckten Champions. Die Vertreter der großen Politik schauen hier seltener vorbei, die der großen Medien noch weniger. Schwedt an der Oder ist so ein versteckter Champion. Neben einer modernen Chemieraffinerie sind hier mittlerweile vier große Papierfabriken sowie die größte Biogasproduktion Europas entstanden. Wernigerode und der Harz mit seiner Fachhochschule und einer breit gefächerten Automobilzulieferindustrie sind ein weiteres Beispiel. Im thüringischen Sömmerda wird fast die Hälfte der in Europa hergestellten PCs produziert, im Rostocker Hafen arbeiten heute mehr Menschen als vor der Wende und schlagen dabei mehr Güter um als jemals zuvor. Oder Chemnitz: Aus dem hässlichen Entlein ist vielleicht kein schöner Schwan, aber immerhin ein stolzer Storch geworden – mit erfolgreichem Maschinenbau, einer guten Universität sowie einer renommierten Kultur- und Kunstszene. Schwarzheide, Wismar, oder Freiberg im Erzgebirge sind Beispiele für Orte, die Nischen besetzt haben – und dabei erfolgreich geworden sind. Ihr Kennzeichen ist oft die intensive Vernetzung verschiedener Partnern – eine Vernetzung von kleinen Unternehmen mit Forschungseinrichtungen oder Hochschulen, ohne die die vielen kleinen Erfolgsgeschichten kaum denkbar wären. Diese örtlichen und regionalen Netzwerke sind kaum bekannt, aber sympathisch durch ihren unbedingten Willen, vorwärts kommen zu wollen.

Zwar stehen die heimlichen Champions unter großem demografischen Druck. Ihre Einwohnerzahl ist nach der Wende massiv gesunken, und erst in jüngster Zeit konnte der Abwärtstrend gebremst werden. Die Menschen dieser Orte hatten es schwer nach der Wende, den ganz großen Sprung haben sie vielleicht nicht geschafft – aber sie sind angekommen im neuen System. Typisch für sie ist der Sozialtypus des gut ausgebildeten Ingenieurs, der im DDR-System unabhkömm-

² Volkssolidarität (Hg.), Sozialreport 2006. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2006.

lich war – und sich langsam aber sicher im neuen Deutschland eingefunden hat. Sein wichtigstes Merkmal ist die beharrliche Anstrengung, es besser zu machen und mitzuhalten. Sein größtes Ziel: auf eigenen Füßen stehen – und laufen können. Wie schwer das ist, wird deutlich, wenn man die Wachstumsraten von Wirtschaft und Beschäftigung miteinander vergleicht. In den wirtschaftlich besonders starken Kreisen Brandenburgs – Teltow-Fläming, Oberhavel und Havelland – wuchs die Wirtschaft zwischen 1995 und 2003 jährlich zwischen 4 und 8 Prozent. Die Zahl der Arbeitsplätze hingegen stieg nur um gerade 1 Prozent pro Jahr.

III. Die Kämpfer

Im Jahr 2005 verkündete die Brandenburger Landesregierung ein neues Förderkonzept. Die Gießkanne wurde in den Schrank gestellt, Mittel konzentriert. Wachstumskerne sollen seitdem besonders berücksichtigt werden, „Stärken stärken“ heißt das neue Credo. Dieses mutige Konzept erntete viel Applaus – vor allem aber löste es zunächst einen großen Aufschrei im Land aus. Die Diskussion über die Umstellung der Förderpolitik führte jedoch zu einem Umdenken. Das Prinzip des Schwächenausgleichs wurde abgelöst durch das der Stärkenkonzentration. Damit waren Regionen ganz zwangsläufig gezwungen, nicht mehr zu jammern, sondern zu klotzen. Jetzt mussten Stärken und Potentiale vorgezeigt werden, um neue Fördermittel zu rechtfertigen. Sicher, nicht alles, was sich dafür hielt, war wirklich eine handfeste Boomregion. Gleichwohl hat dieser Umdenkprozess in den Regionen eine Bewegung in Gang gesetzt, die sich langfristig auszahlen wird.

Denn es haben sich Verwaltungen, Unternehmen, Verbände und Initiativen zusammengesetzt und beraten, wo die Stärken ihrer Region liegen und wie diese verbessert werden könnten. In etlichen Gegenden hat man dabei Ziele formuliert und Projekte entwickelt, die auch noch weiter verfolgt wurden, als die Landesregierung den Zuschlag als offizieller „Wachstumskern“ verweigerte. „Wir werden trotzdem weitermachen, auch wenn es keine Fördermittel gibt“, lautete der trotzig Ausruf von fünf Bürgermeistern aus der Region um Wittstock im brandenburgischen Norden, nachdem die negative Nachricht aus Potsdam gekommen war. Im Kern ist dies jedoch eine positive Nachricht. Trotz widriger Umstände wollen die Verantwortlichen einer Region ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Man lässt sich nicht von außen unterkriegen, sondern vertraut in eigene Stärken.

Eine ähnliche Geschichte lässt sich vom Bürgerbus in Gransee erzählen. Sinkende Einwohnerzahlen und zurückgehender Schülerverkehr machen öffentlichen

Nahverkehr in dünn besiedelten Gegenden immer teurer und unrentabler. Um die Situation vor allem älterer Menschen in den Dörfern um den kleinen nordbrandenburgischen Ort zu verbessern, gründete sich 2004 ein Bürgerbus-Verein. Mit einem Kleinbus und ehrenamtlichen Fahrern sollte ein kleiner aber brauchbarer Busverkehr eingerichtet werden, der die Menschen in die nächste Stadt, auf den Markt, ins Amt und die Geschäfte bringt. Das Ganze wurde ein großer Erfolg. Nach anfänglicher Skepsis verzeichnet der Bürgerbus steigende Fahrgastzahlen. Für die Fahrer, unter ihnen viele Arbeitslose und Rentner, bieten sich so neue Gelegenheiten zu Beschäftigung und Verantwortung, zum Erlebnis des Gebraucht-Werdens. Mancher Arbeitsloser konnte auf dem Umweg über die Tätigkeit beim Bürgerbus bereits eine „richtige“ neue Stelle ergattern. Und für viele Fahrgäste ist der Bürgerbus so etwas wie ein guter Bekannter geworden, manche drehen sogar eine Extra-Runde, um sich ein bisschen zu unterhalten, um sich umzuschauen.

Die Beispiele zeigen: Es gibt Mut – selbst dort, wo man es kaum erwartet. Leute, die für ihre Region kämpfen, Leute, die bereit sind, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, auch wenn es schwierig wird. Wer in solchem sozialen und wirtschaftlichen Umfeld etwas auf die Beine zu stellen versucht, verdient höchsten Respekt – gerade weil diese Entwicklungen immer wieder in die Gefahr des Scheiterns geraten. Hier ist eine Politik der Ermutigung gefragt, denn zu viele Regionen, zu viele Menschen in Ostdeutschland stehen genau an diesem Scheideweg: Scheitern oder Mut fassen – gerade wenn es schwierig ist.

Die Menschen hier stemmen sich mit aller Macht gegen eine trostlose Zukunft. Sie wollen nicht, dass ihre Heimat deprimierenden und unglücklichen Zeiten entgegen dümpelt. Zu oft in den vergangenen Jahren wurden staatliche Gelder zu einer Droge, die abhängig gemacht hat. Zu oft hat man sich mit Fördermitteln eingerichtet. Inzwischen haben die „Kämpfer“ verstanden, dass die öffentlichen Fördermittel in Zukunft geringer ausfallen werden, dass sie mit weniger Geld bessere Qualität erreichen müssen – und können. Den Zirkel der Abhängigkeit zu durchbrechen, Menschen und ganze Regionen mitzunehmen und aufzurütteln, das ist die eigentliche Leistung.

IV. Die Hoffnungslosen

Im Sommer 2004 schien es für einige Wochen, als könnte in Ostdeutschland eine zweite Revolution ausbrechen. In über 100 Städten demonstrierten Zehntausende gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung – und nahmen dabei aus-

drücklich Bezug auf die Wende-Demonstrationen vom Herbst 1989. Die Proteste flauten zwar nach einigen Wochen wieder ab, gleichwohl gingen die Demonstrationen weiter. In gut einem Dutzend Brandenburger Städte kamen die Unverzagten über ein Jahr lang Montag für Montag zusammen, um ihrem Protest, manchmal auch nur ihrer Angst Ausdruck zu verleihen. Die Menschen fühlten sich abgehängt, sie fühlten sich allein gelassen und hatten jede Hoffnung verloren, dass der Staat ihnen noch helfen könne.

Es gibt ganze Regionen, in denen das Gefühl dominiert, vergessen worden zu sein. Alte Industrieregionen wie die Lausitz oder Ostthüringen, ländliche Gegenden wie Vorpommern oder die Altmark haben die Jahre nach der Wende als einen einzigen großen Abstieg wahrgenommen. So hat der Kohleabbau nicht nur riesige Löcher in der Landschaft, sondern auch viele Menschen übrig gelassen. Menschen mit guter Ausbildung und hartem Arbeitsleben – von denen heute kaum noch jemand gebraucht wird. Die Arbeitslosenquote erreicht in diesen Regionen bis zu 30 Prozent – und das schon seit Jahren. Die Menschen wandern von einer Beschäftigungsgesellschaft in die Arbeitslosigkeit, von da in eine ABM, anschließend in eine Fortbildung und dann wieder in die Arbeitslosigkeit. Im Kreis Demmin leben 25 Prozent der 18-65-Jährigen von Sozial- oder Arbeitslosengeld. Zu beobachten ist dort ein dreimal stärkerer Alkoholkonsum als im Bundesdurchschnitt, häufigere Herz-Kreislauf-Krankheiten, höhere Übergewichtigkeit.

Qualifikationen passen nicht mehr zu Jobs

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein schleichendes Gift. Es vergiftet nicht nur das Leben jedes einzelnen Betroffenen, es macht auch keinen Halt vor seiner Umgebung, seiner Region. Die Stimmung in diesen zerstörten Gemeinschaften ist am Boden, das Vertrauen dahin. Die Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Leuten verstärkt das Gefühl, abgehängt zu sein. Die Alterung schreitet damit umso schneller voran. In diesen Regionen entsteht ein neues Unten, das zudem stark männlich dominiert ist. In einigen Gegenden Ostdeutschlands kommen auf 100 Männer nur noch 80 Frauen.

Wer die wirtschaftlichen und demografischen Probleme zumindest ansatzweise beherrschen will, muss sich vor allem um die Frauen kümmern. Gut ausgebildete Frauen wollen Job und Kind miteinander verbinden, sind flexibel bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes – und schneller bereit, Regionen zu verlassen, die keine Hoffnungen mehr bieten.

Tatsächlich steht dem Osten ein enormes Fachkräfteproblem unmittelbar bevor. Allein in Brandenburg werden in den kommenden Jahren bis zu 100.000 Fachkräfte

gebraucht – bei einer Gesamtzahl von 700.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten! Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit hat dazu geführt, dass die Erfahrungen vieler Menschen – und damit sie selbst – entwertet wurden. Viele haben schlicht verlernt zu arbeiten. Ihre Qualifikationen passen nicht mehr zu den Jobs von morgen. So kann es nicht verwundern, dass es Menschen geradezu verrückt macht, wenn sie seit langer Zeit arbeitslos und Unternehmen zugleich offene Stellen haben, für die sie aber nicht in Frage kommen. Dieses Dilemma zu bewältigen und nicht noch mehr Frust entstehen zu lassen, wird zu den großen politischen und kommunikativen Herausforderungen der kommenden Jahre gehören.

Es fehlen Anker

Etliche Gegenden wie die Lausitz oder die Prignitz können den demografischen und wirtschaftlichen Zug nicht mehr aufhalten. Manches Dorf wird nicht mehr weiter existieren können. Im Kern geht es in vielen Regionen darum, den Niedergang zu moderieren – viele kehren auch demografisch zurück auf ein Niveau, das sie vor der ebenso implantierten wie sprunghaften Industrialisierung der DDR-Zeit hatten. Dennoch: Alles einfach dem Selbstlauf, der Zerstörung und bisweilen der Selbstzerstörung von Traditionen und Lebensleistungen zu überlassen, wäre falsch. Aber bisher fehlt eine brauchbare Strategie des geordneten Rückzugs, eines Rückzugs, der nur *mit* den Menschen gelingen kann. Eine funktionierende Gesellschaft kann und muss es auch in schrumpfenden Regionen geben.

Was fehlt, sind „Anker“. Von einer funktionierenden Zivilgesellschaft finden sich nur Rudimente. Vereine und Ehrenamtlichkeit, Initiative und freiwilliges Engagement sind kaum zu finden oder haben nur wenig Ausstrahlungskraft. Parteien, Politik und auch die Demokratie erleben schwindenden Rückhalt. Eine Langzeitstudie unter jungen Ostdeutschen zeigt, dass nur eine Minderheit zu Demokratie und Marktwirtschaft steht. Das fehlende gesellschaftliche Interesse zeigt sich immer deutlicher. Das Vertrauen in Demokratie ist oft bereits so gering, dass sie den Menschen schlicht egal geworden ist.

Ein interessantes Beispiel erlebte jüngst der Brandenburger Landtag. Die Potsdamer Landtagsparteien stellten im Frühjahr 2006 eine Reform des Abgeordnetengesetzes vor, die neben einigen Kürzungen auch eine maßvolle Diätenerhöhung vorsah. Debatten über Abgeordnetendiäten sind normalerweise immer gut für Empörung, für böse Leserbriefe, zornige Zuschriften und aggressive Anrufe. Diesmal passierte gar nichts! Es blieb so ruhig, dass die Teilnahmslosigkeit nicht nur Politiker ins Nachdenken brachte.

Für dieses Phänomen der gesellschaftlichen Abgeschiedenheit hat die Friedrich-Ebert-Stiftung den Begriff des „abgehängten Prekariats“ gefunden, zu dem 25 Prozent der Ostdeutschen gezählt werden können. Viele dieser Menschen haben einen – unerwarteten – gesellschaftliche Abstieg erlebt und mittlerweile fehlt ihnen jedes Zutrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen. Es hat vor allem Männer im mittleren Alter getroffen, hoch ist der Anteil der Arbeiter und einfachen Angestellten. Sie haben sich vollkommen ins Private zurückgezogen und haben den Mut und die Kraft verloren, der selbst wahrgenommenen Verliererseite nochmal entkommen zu können.

Viele Menschen haben das Gefühl verloren, gebraucht zu werden, dazu zu gehören und ein Teil des Ganzen zu sein. Sie fühlen sich ohnmächtig und ausgeliefert. Eine Stimmung der Ignoranz macht sich breit. Ignoranz gegenüber dem Staat, der Heimat, der Gemeinschaft, auch gegenüber Nachbarn und Mitmenschen. Es ist diese Stimmung, die dazu beigetragen hat, dass Schwangerschaften und das Verschwinden kleiner Kinder unbemerkt blieben, dass Nachbarn sich mehr über Hundegebell als über Kinderleiden beschwerden.

Mit Engagement lässt sich jedoch viel erreichen. In Lauchhammer in der Lausitz ist man beispielsweise dabei, ein Netzwerk zu knüpfen, das Kinderärzte, Jugend- und Sozialamt, Polizei und Kindergärten zusammen bringt. Ziel ist es, Familien mit Kindern besser zu unterstützen, ihnen aktiv Hilfe anzubieten.³ Von Anfang an war den Initiatoren klar: Wer eine Kultur des Hinschauens erreichen will, muss die Menschen zum Mitmachen bewegen. Deshalb sollten ehrenamtliche Helfer in dieses Familiennetzwerk einbezogen werden. Viele waren skeptisch, ob dies ausgerechnet in dieser zermürbten Region gelingen könne. Der Ansturm der Freiwilligen war überwältigend. Die Lust mitzumachen und eine Aufgabe zu übernehmen, hat viele – darunter auch ehemalige und arbeitslose Lehrer und Krankenschwestern – motiviert, das Familiennetz zu unterstützen. Und das mitten in einer Region, in der Zukunft für viele ein Fremdwort ist. Und so entsteht gerade dort neue Zuversicht.

V. Die Gleichzeitigkeit

Der Osten ist nicht mehr „*der* Osten“. Die Wende von 1989/90 hat das Leben der Menschen in Ostdeutschland vollkommen durcheinander gewürfelt. Dieses Erlebnis mit all seinen Folgewirkungen für jede einzelne Biografie hat die Men-

³ Siehe dazu den Beitrag von Hendrik Karpinski, Solveig Reinisch und Simone Weber in diesem Heft.

schen zusammengehalten. Doch heute, 17, 18 Jahre später zeigt sich, dass parallele Gesellschaften entstanden sind, die zwar alle gleiche Wurzeln, aber unterschiedliche Interessen und Zukunftserwartungen haben. Politik für Ostdeutschland wird schwieriger und muss stärker als bisher differenzieren. Die Spaltung in Gewinner und Verlierer verstärkt sich, die Differenzen zwischen den Regionen werden zunehmen. Die ostdeutsche Gesellschaft geht Schritt für Schritt auseinander. Jena und Demmin haben nur noch wenig miteinander zu tun, ähnliches lässt sich für Leipzig und Salzwedel sagen, für Potsdam und Altenburg. Das kleine Maschinenbauunternehmen aus Chemnitz hat ganz andere – bessere – Perspektiven als der Computerhändler in einer schrumpfenden Region ohne wirtschaftliche Basis. Das gleiche trifft auch auf einen ehemaligen Bergbauarbeiter in Mitteldeutschland und einen Inhaber einer kleinen modernen Biotech-Firma im Berliner Umland zu.

Dabei gilt aber auch: Diese unterschiedlichen Gesellschaften sind unmittelbare Nachbarn. In Leipzig gibt es nicht nur das glänzende Zentrum, sondern auch verlassene Stadtteile, in denen man nachts lieber nicht zu Fuß unterwegs ist. In Guben an der Neiße, einer Stadt, die in den vergangenen Jahren ein Drittel seiner Einwohner verloren hat, würde man kaum eine der größten und modernsten Bäckereien Ostdeutschlands erwarten – doch genau die gibt es dort. In den meisten Regionen ist die Hoffnung der unmittelbare Nachbar der Niedergeschlagenheit.

Ostdeutschland wird normaler

Die öffentliche Diskussion um Ostdeutschland schwankte bisher stets zwischen zwei Polen hin und her. Auf der einen Seite wird auf die erfolgreichen Regionen verwiesen, in denen Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung mittlerweile das allseits angestrebte „Westniveau“ erreicht und bisweilen auch überschritten haben. Auf der anderen Seite stehen die abgehängten und verlorenen Menschen und Regionen. Doch dazwischen gibt es viele Gegenden und gesellschaftliche Gruppen, die sich in die eine oder die andere Richtung entwickeln können.

Menschen und Regionen müssen die Chance erhalten, sich aus eigener Kraft entwickeln zu können. Die Gefahr, dass Verzweiflung und Entkräftung um sich greifen, ist real. Unter keinen Umständen darf dies zur dominanten Kultur in ganzen Bevölkerungsgruppen und Regionen werden. Zumal in dem Maße, wie die Zuweisungen aus dem Solidarpakt II langsam sinken werden, lassen sich Probleme in Zukunft nicht mehr mit Geld lösen oder zudecken. Helfen können einzig und allein noch gute Ideen.

Zugleich werden die Probleme offener und härter als bisher zu Tage treten. Es wird schwieriger in Ostdeutschland, vielleicht aber auch einfach nur ein bisschen „normaler“ werden – eben eine moderne ausdifferenzierte Gesellschaft mit all ihren Brüchen und Widersprüchen.

Erforderlich ist deshalb eine Politik, die aktiv die überall vorhandenen Motivatoren unterstützt – und sich dabei besonders auf die „versteckten Champions“ und noch viel stärker auf die „Kämpfer“ konzentriert. Dabei geht es gar nicht einmal so sehr um *mehr* finanzielle Mittel. Die Zeiten wachsender und konstanter Haushalte sind vorbei. Geld muss viel stärker in intelligente Ermutigung als in Ruhigstellung und Infrastruktur aus Beton gesteckt werden.

„Der Osten“ braucht mehr Diskussion, vor allem mit sich selbst – und muss sich seiner Stärken stärker bewusst werden. Politik und Gesellschaft müssen motivieren und aktivieren. Sie müssen dazu beitragen, dass zwischen den Teilgesellschaften Leitern und Übergänge bestehen bleiben und neu entstehen, damit die Hoffnungslosen nicht ihrem vermeintlichem Schicksal überlassen sind. ■

THOMAS KRALINSKI

ist Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg
und Chefredakteur der Zeitschrift *Perspektive 21*.

Mehr Demokratie wagen

NEUE WURZELN MÜSSEN WACHSEN, DAMIT DIE DEMOKRATIE NICHT IHRE BÜRGER VERLIERT
VON **TILL MEYER**

Um NPD und DVU das Wasser abzugraben, müssen wir die Demokratie stärken und ausbauen. Das ist die Schlussfolgerung, die ich aus den jüngsten Wahlerfolgen der Rechtsextremen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ziehe. Die alte Forderung Willy Brandts, mehr Demokratie zu wagen, greife ich bewusst auf, weil sie das Schild ist, unter dem wir uns sammeln sollten, hinter dem wir alle Initiativen bündeln und mit dem wir das immergleiche Reiz-Reaktions-Schema nach besonders schweren rechtsextremen Gewalttaten durchbrechen und Meter um Meter verlorenes Terrain zurückerobert werden können.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat eine neue Dimension erreicht. *Die Zeit* hat Recht, wenn sie am 21. September 2006 schreibt: „Der ostdeutsche Rechtsextremismus ist keine Kinderkrankheit, die von selbst vergeht.“ Wir haben es nicht mehr mit einer zyklisch auflebenden NPD zu tun, sondern mit einer strategisch organisierten „neuen nationalsozialistischen Herausforderung“ (Frank Jansen). Übrigens nicht nur in Ostdeutschland, auch wenn hier in augenfälligster Art und Weise die Bedrohung für eine demokratische und liberale Gesellschaft am größten ist.

I. Die wehrhafte Demokratie

Menschenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen aus brauner Vorzeit hat es auch in den vergangenen Jahrzehnten gegeben. Aber noch nie gelang es den neuen Nazis, in den Alltag nicht weniger Gemeinden und damit vieler Menschen einzudringen. Demokraten sind gezielt und parteiübergreifend gefordert. Die Mehrheit der Menschen wird von einer kleinen, aber nicht mehr unbedeutenden Minderheit herausgefordert. In den Landtagen von Brandenburg, Sachsen und seit jüngstem Mecklenburg-Vorpommern sowie den Berliner Bezirksparlamenten von Marzahn, Lichtenberg, Treptow-Köpenick, Neukölln und Pankow

sitzen Rechtsextreme. 60.000 Menschen insgesamt haben in Mecklenburg-Vorpommern ihr Kreuzchen bei jenen gemacht, die einen anderen Staat wollen. In zwanzig Gemeinden lag die NPD bei über 20 Prozent, in drei Gemeinden davon sogar bei über 30 Prozent der Wählerstimmen.

Die rotgrüne Bundesregierung hat mit ihren Sonderprogrammen ENTIMON, CIVITAS und XENOS Grundlagen geschaffen, um den Rechtsextremismus wirkungsvoller bekämpfen zu können. Die offensive Auseinandersetzung mit den Verfassungsfeinden, die entschieden mehr bringt als demonstrative Ignoranz, findet in den Parlamenten, Kreistagen und Gemeindevertretungen sowie auf der Straße statt. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist ein Kampf um die Köpfe. In diesem Kampf ist die Demokratie wehrhaft und stark.

Wer wie die NPD nicht die Teilhabe, sondern die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie anstrebt, der gehört schlicht und einfach abgeschafft, das heißt mit den Mitteln des Rechtsstaates verboten. Rückschläge, wie das gescheiterte Verbotverfahren, dürfen uns nicht aufhalten, weil sonst dauerhaft signalisiert wird, dass es sich bei den Feinden des Grundgesetzes um eine ganz normale, weil eben nicht verbotene Partei handle. So sehr ich mir auch wünsche, dass eine Partei wie die NPD inexistent wäre, so weiß ich doch, dass ein neues Verbotverfahren nur ein Mittel im Kampf für die Demokratie und kein Allheilmittel ist.

Hinzu kommen polizeiliche Repression und Strafverfolgung, Jugend- und Bildungsarbeit und die Auseinandersetzung in den Parlamenten. Die Gleichbehandlung aller Abgeordneten ist dort nicht mehr zeitgemäß, wo sich Abgeordnete nicht mehr als Dienstleister der parlamentarischen Demokratie verstehen, wo mit Steuergeldern verfassungsfeindliche und potentiell terroristische Strukturen gegen diesen Staat aufgebaut werden sollen. Wir sollten alles dafür tun, den organisierten Rechtsextremismus jetzt zu zerschlagen. Wenn NPD, DVU und freie Kameradschaften als so genannte „Volksfront“ gemeinsam vorgehen, dann müssen sich auch Demokraten sichtbar verabreden. Traditionelle Parteianimositäten gilt es zu überwinden, damit sie von den Antidemokraten nicht für verfassungsschädliche Zwecke ausgenutzt werden können.

II. Die gewollte Demokratie

Viele Menschen in Ostdeutschland wissen noch gut, wie es sich vor 1989 anfühlte, falten zu gehen, um die Kandidaten der Nationalen Front zu „unterstützen“. Handeln auf Befehl und Gehorsam, den Gleichschritt zu üben, das gehört zu den Schattenseiten deutscher Vergangenheit und war einer der wesentlichen

Gründe, warum die Menschen in der DDR nach 40 Jahren Experiment Freiheit wollten.

Heute habe ich die Qual dieser freiheitlichen Wahl und weiß, dass ich verantwortungsvoll mit ihr umgehen muss. Meine Freunde und ich wählen demokratische Parteien, weil wir an diesen Staat glauben, an seine große, friedliche Kraft des Ausgleichs, besser als alle anderen Staats- und Regierungsformen für die Mehrzahl der Menschen Wohlstand, Freiheit und Sicherheit zu schaffen. Wir wählen demokratisch, weil wir die Demokratie wollen, weil wir wissen, dass Demokratie ein so seltenes Gut ist, dass wir in Europa jahrhundertlang darum ringen mussten. Sie ist nur dann vorhanden, wenn sie aus vielen guten Gründen gewollt wird, wenn sie von unten wächst und wenn sie an allen Orten von den Menschen getragen wird. Doch vergangenen Herbst machte eine Umfrage zunächst ratlos: Nur 38 Prozent der Ostdeutschen (im Vergleich zu 64 Prozent der Westdeutschen) hielt im vergangenen Jahr die Demokratie für die beste Staatsform. Was ist los in Ostdeutschland? Welche Schlussfolgerungen müssen wir ziehen?

Normalität gibt es nicht

Vor Reflexen und Aktionismus sollten wir uns genauso hüten wie vor einfachen Erklärungsmustern: Die neuen Nazis sind weder nur soziale Verlierer oder arbeitslose Single-Männer, die in den bevölkerungsarmen Landstrichen keine Freundin finden. Der Vormarsch der neuen Nazis hat viele Gründe. Fakt ist, dass sich die rechtsextremen Wähler nicht mehr verstecken und ihre Entscheidung mit der Vokabel „Protestwahl“ erklären, sondern öffentlich dazu stehen und Zuspruch finden, so dass autoritärer Geist und antidemokratische Einstellungen mehr und mehr in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Je entwickelter die kulturelle Hegemonie der Rechtsextremisten vor Ort ist, desto gemäßigter geben sich die neuen Nazis und desto anziehender ist ihre „Politik“ für ehemals skeptische Wähler.

Diese Entwicklung muss und kann gestoppt werden. Allen muss klar sein: Wer mit dem Feuer spielt, der wird sich arg verbrennen. Wer keine demokratischen Lösungen, kein Ringen um den Kompromiss, sondern die Gleichschaltung, den Stechschritt und die Friedhofsruhe will, der hat seinen Platz in der Gemeinschaft der Demokraten endgültig verloren. Wer sich auf Gewalt und Gewaltandrohung als Mittel politischer Auseinandersetzung, auf Nazis und autoritäre Lösungen einlässt, der steht außerhalb unserer Gesellschaft und zieht entschlossene Gegenmaßnahmen auf sich. Schon 1966 schrieb Jean Améry in dem Essay *Die Tortur*, die Gewalt des Nazismus sei kein Mittel gewesen, sondern sei eigentlicher Zweck. Wer die in SA-Manier brutal gestörten Land-

tagswahlkämpfe, die demolierten Stände und psychischen und physischen Verletzungen im vergangenen Herbst miterlebt hat, der weiß, wie wahr diese Äußerung Amérys ist.

Man kann keine Grenze zwischen West und Ost, zwischen Schwarz und Weiß ziehen. Mittlerweile gibt es überall, in West- wie in Ostdeutschland, Wachstumszentren und Erfolgsgeschichten, aber auch jene Regionen, die sich abgekoppelt und im Abseits fühlen. „Wieso wählen, bringt doch eh nüscht“, höre ich in jenen Regionen von mehr und mehr Menschen. Übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch bei meinen Reisen nach Polen, Rumänien und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas. In Budapest führte das Unbehagen und Misstrauen gegenüber der Regierung zu wochenlangen Protesten und Ausschreitungen, in Tschechien kam über Monate keine stabile Regierungskoalition zusammen und auch in Polen fühlen sich viele Menschen von ihrer Regierung nicht repräsentiert. Die Absetzbewegung vom demokratischen System tritt immer deutlicher zu Tage, auch in deutschen Bundesländern, in denen keine Staatskrise herrscht, aber die beiden Volksparteien bei Wahlen gemeinsam kaum mehr als 50 Prozent aller Stimmen erreichen. Ein Ergebnis wie in Sachsen-Anhalt, wo sich bei der Landtagswahl im März 2006, nur 44 Prozent der Bürger in die Wahllokale begaben, spricht Bände.

Die Westdeutschen hatten das Glück, Demokratie parallel zum Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre lernen zu dürfen; sie erlebten Demokratie als ein lohnenswertes Ringen und als eine Staatsform, in der sich ihre Lebenssituation stetig und ständig verbesserte. Viele Ostdeutsche haben dieses Glück nicht, erfahren Arbeitslosigkeit und soziale Degradierung. Vor lauter Wende und Nachwendezeit kann sich Normalität nicht einstellen. Desintegration und Orientierungslosigkeit können zu Ressentiments, zu antikapitalistischer Wut und wachsendem Demokratiefrost führen. Rechtsextreme Rattenfänger versuchen mit einfachen Erklärungen, aus diesem Umstand Kapital zu schlagen. Sie versuchen nicht ohne Erfolg, die wachsende Sehnsucht nach Geborgenheit in Zeiten der Entsolidarisierung zu bedienen. Doch Demokraten dürfen nicht zulassen, dass die Demokratie ihre Bürger verliert, dass zivile Standards, Pluralismus und Individualismus zurückgefahren werden.

III. Die begeisterte Demokratie

Brandenburg ist das einzige ostdeutsche Bundesland, das professionelle Beratungsangebote, Strukturprojekte zur Vernetzung, Hilfe für ratlose Bürgermeister, Schuldirektoren und Opfer rechtsextremer Gewalt, voll finanziert. Aber nicht nur Förderprogramme, sondern auch praktische Aktionen haben große Wirkung auf

die Bevölkerung. Viele Brandenburger fuhren am 18. November nach Halbe, wo eine der letzten, sinnlosesten und grausamsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges tobte, die in den Apriltagen 1945 noch mal Zehntausende Tote gefordert hat. Seit geraumer Zeit versuchen alte und neue Nazis, Halbe zu ihrem Wallfahrtsort zu machen und die Geschichte umzudeuten. Sie instrumentalisieren die Opfer des Nationalsozialismus einmal mehr für ihre verbrecherischen Ziele.

Eine Demokratie hat Charisma. Weitaus mehr Gründe sprechen für als gegen sie. Eine Demokratie muss ehrgeizig und kann selbstbewusst sein, sie darf und sollte begeistern und vorhandene Probleme nicht herunterspielen. Ich möchte keinen ahnungslosen Bürgermeister mehr erleben, der von desorientierten Jugendlichen spricht oder sich anders mit den nationalen Sozialisten (sic!) arrangiert. Die „Unkultur des Zurückweichens“ (Heribert Prantl) ist stets der Anfang noch größeren Übels.

Heft nicht aus der Hand nehmen lassen

Willy Brandts „beflügelndes parteienübergreifendes Engagement für unsere Demokratiewerdung“ (Hildegard Hamm-Brücher) seit seiner Zeit als Westberliner Regierender Bürgermeister hat Maßstäbe gesetzt. Was dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler innenpolitisch gelang, war nicht nur sein Beitrag zur deutschen Verständigung, sondern auch eine stärkere gesellschaftliche Mitwirkung, ein Aufbruch zu mehr Teilhabe und Mitbestimmung. „Mehr Demokratie wagen“, das berühmte Zitat aus seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 war der Auftakt zu gesellschaftlichen Reformen, die im Nebengang auch der NPD Einhalt geboten, der seit 1966 der Einzug in sieben Länderparlamente gelungen war.

Ebenso wie es damals gelang, die Nazis abzuwehren, müssen wir auch heute die Auseinandersetzung in den rechts indoktrinierten Milieus suchen und das Klima in den Dörfern und Gemeinden verändern. In der letzten Zeit gibt es erneut eine größere Sensibilität in der Bevölkerung, viel mehr Gruppen, Initiativen und runde Tische, die nicht hinnehmen, was die Nazis hier veranstalten. Diese Zivilgesellschaft gilt es zu unterstützen – finanziell, personell, juristisch und strategisch. Das Konzept *Tolerantes Brandenburg* der Brandenburger Landesregierung ist das erste seiner Art gewesen, in das sich Kommunen und zahlreiche Bündnisse eingliedern konnten. Wir dürfen nicht vergessen: Der Schwerpunkt aller Politik ist ehrenamtlich. Demokratie lebt vom Ehrenamt, sie ist dort am besten, wo alles überschaubar ist, das heißt in der Gemeinde.

Die Werte der Demokratie wollen nicht wie eine Monstranz umher getragen, sondern gelebt und verteidigt werden. Wir sollten unsere Werte nicht nur stärker

zitieren, sondern auch reproduzieren. Deutlich mehr demokratische Präsenz ist gefordert, damit wir auch jene erreichen, die gar nicht wählen gehen, weil sie keine Arbeit, keinen Sportverein und keine Verbindungen zum öffentlichen Leben mehr haben. Mehr Demokratie wagen heißt, dass Kommunalpolitiker, Eltern, Lehrer und Schüler, also die Basis eines jeden Lebens in einer Gemeinde, aufstehen, Zivilcourage zeigen und sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen. Weil die Parteien, Gewerkschaften und Kirchen im Osten geringere Bindungskraft als im Westen haben, sind auch Feuerwehren und Heimatvereine in der demokratischen Pflicht, das Gespräch mit den rechtsextremen Wählern zu suchen, den rechten Parolen zu widersprechen und ihre Propaganda zu widerlegen.

Erinnerung und Auseinandersetzung

Viel zu viele Schüler glauben, dass 25 oder gar 50 Prozent Ausländer in Brandenburg leben. Dabei sind es nur 2 Prozent. Dass diese Ausländer gewollt sind, dass wir mit Fremden zusammenleben und den Umgang mit der Verschiedenheit wollen, gehört zu den Grundüberzeugungen, die an den Schulen stärker vermittelt werden sollten. Themen wie Zuwanderung und Integration, Toleranz- und Demokratiegeschichte müssen in die Schule Einzug halten und diskutiert werden. Politische Bildung darf bei der Beschäftigung mit dem Holocaust nicht aufhören. Der Wesensgehalt unserer Gesellschaftsordnung muss an den Schulen erklärt werden: ihre Werte, ihre Rechtsprinzipien, ihr Selbstverständnis. Wo sonst, wenn nicht in der Schule, soll das Verständnis für die Grundregeln einer funktionierenden Gemeinschaft geweckt werden? Dabei ist Demokratie nicht nur die Organisationsform unseres Staates, sondern „ein Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen muss“, wie Willy Brandt 1968 erklärte.

In einer aktuellen Befragung von 2.000 Berliner Schülern verneinte nur etwa jeder Zweite den Satz „Die DDR war keine Diktatur – die Menschen mussten sich nur wie überall anpassen“. In der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR konnte sich ebenfalls jeder Zweite mit der These anfreunden, die Bundesrepublik sei anders, aber nicht besser als die DDR gewesen. Hier ist das, was ich als „Demokratieunterricht“ bezeichnen möchte, dringend von Nöten. Hier sind derzeitige Lehrer und zukünftige Lehrer gefordert – übrigens fächerübergreifend! Sie müssen sagen, warum die Weimarer Republik schon frühzeitig auf den Holzweg geriet, warum Israel eine große Errungenschaft des 20. Jahrhunderts ist und warum die DDR, trotz guter Absicht manches Antifaschis-

ten und viel Idealismus in den Anfangsjahren, letztendlich nichts anderes als eine Diktatur war.

Wider den Volksempfänger

Wir sollten uns nicht länger an Statistiken halten, sondern in den Gesichtern der Menschen lesen. Dort erblicken wir Sorgen und Nöte, die längst nicht erklären, geschweige denn rechtfertigen, warum jemand zum Antidemokraten wird. Ernstzunehmend gilt es sie dennoch. Den Spaltungslinien in unserer Gesellschaft ist nur mit einer Graswurzelstrategie beizukommen, indem sich Demokraten ihren Nachbarn als Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Dort, wo das Vertrauen verloren gegangen ist, bei jungen, frustrierten Arbeitsuchenden und bei von Abstiegsangst betroffenen Mittelschichten, muss es auch wieder gewonnen werden. Die viel beschworene Zivilgesellschaft ist gefordert, aber auch und nicht zuletzt der Staat bzw. die Politik. Die Politik muss zur demokratischen Partizipation beitragen, so dass die Wir-kümmern-uns-Versuche der Nazis ins Leere laufen.

Es ist gute sozialdemokratische Tradition, die Verhältnisse ändern zu wollen. Für Sozialdemokraten gilt unverändert Willy Brandts legendäre Aussage: „Wir sind nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an!“ In über 140 Jahren demokratischer Politik haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei mehr erreicht, als alle anderen vermeintlichen, antidemokratischen Wohltäter zusammen. Keine Kraft der Welt sorgt letztendlich besser für den kleinen Mann, als die Idee der sozialen Demokratie. Die NPD, das müssen wir immer wieder betonen, richtet sich gegen diese Demokratie und nicht gegen soziale Missstände.

Die Stärkung der Demokratie bedingt eine Auseinandersetzung mit der sozialen Frage. Sie geht einher mit der Schaffung zeitgemäßer Angebote für das neue Unten und bedeutet die Mehrung von Lebenschancen, Lebenssinn und sozialem Zusammenhalt. Wo die Demokratie ihre Bürger verliert, ist es fahrlässig, wenn wir unser veraltetes Sozialsystem nicht grundlegend überarbeiten und einige wenige Neoliberale weiterhin von Sozialklimbim sprechen. Wir brauchen Antworten für eine Gesellschaft, die von Zufällen der Marktentwicklung bzw. Globalisierungsfolgen, von fragmentierten Lebensläufen, von Abwanderung und Alterung geprägt ist. Wir wollen Antworten für eine Gesellschaft, die nicht aus Gewinnern und Verlierern, sondern aus gleichberechtigten Menschen bestehen soll. Politik ist mehr als die Summe ihrer Gesetze, sondern enthält auch eine schwer fassbare atmosphärische Komponente. Deshalb brauchen wir einen neuen Anlauf in dem,

was Hans Magnus Enzensberger in den sechziger Jahren als politische Alphabetisierung der Bundesrepublik bezeichnete.

Ich bin mir sicher, wenn damals dieses „Mehr Demokratie wagen“ gelungen ist, dann schaffen wir das auch heute. Demokratie ist keine Einbahnstraße. Es gibt keinen Volksempfänger, der einem sagt, was ich wann und wie zu tun habe. Es gibt lediglich das Grundgesetz, das einen Rahmen für unser Zusammenleben schafft. Dieses Grundgesetz ist erfolgreicher und dauerhafter als alle anderen bisherigen Versuche, das Zusammenleben der Deutschen zu regeln. Dass die Freiheit einfach ist, hat keiner behauptet. ■

TILL MEYER

ist Juso-Vorsitzender in Potsdam und
Referent der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg.

Nach der Föderalismusreform

DIE WISSENSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUCH IN ZUKUNFT DEN BUND
VON **KLAUS FABER**

Eine Bewertung der jetzt abgeschlossenen ersten Veränderungsinitiativen zum deutschen Föderalismus und zum Stellenwert von Wissenschaftspolitik in diesen Ansätzen sollte sich zunächst mit einigen Grundelementen der „Reform“-Ziele befassen. Die allgemeinen Aspekte unseres Verständnisses vom unitarischen Bundesstaat, der Politikverflechtung und der Entflechtungsvorschläge können in dem hier gegebenen Kontext allerdings nur angedeutet werden.¹ Dies trifft ebenso auf wesentliche Kritikpunkte an der Föderalismusreform zu, die nur am Rande behandelt werden – auch dann, wenn ein Zusammenhang mit der Wissenschaftspolitik besteht.

Bei einer grundsätzlicher angelegten Bewertung wären die in dem Gesetz getroffenen Neuregelungen zur Bundesgesetzgebung insgesamt kritisch zu würdigen. Das 1994 durch Verfassungsänderung eingeführte Erforderlichkeitskriterium für die Bundesgesetzgebung (Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz) hat sich zum Beispiel nicht bewährt. Im Rahmen der Föderalismusreform hätte man erwarten dürfen, dass das Kriterium nicht nur in Teilbereichen aufgegeben, sondern insgesamt wieder abgeschafft wird. Die nun im beschlossenen Gesetz vorgesehene Möglichkeit, von bestimmten Zentralstaatsvorgaben durch Landesgesetz abzuweichen, mag, um ein weiteres Kritikbeispiel anzuführen, für Bundesstaaten wie Kanada mit erheblichen Nationalitätenkonflikten (Quebec) auch unter Berücksichtigung der Raumdimensionen akzeptabel sein. Sie ist für den deutschen Bundesstaat mit seinen weit entwickelten Abstimmungsbedürfnissen aber ungeeignet und zu kompliziert. Unverzichtbar für eine Erörterung des beschriebenen Themas ist allerdings eine Beurteilung des gesamtstaatlichen Handlungsbedarfs im Wissenschaftsbereich und der daraus folgenden Konsequenzen für die Föderalismusreform.

¹ Vgl. dazu etwa Peter Glotz und Klaus Faber, Grundgesetz und Bildungswesen, in: Ernst Benda, Werner Maihofer, Hans-Jochen Vogel, Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Berlin und New York 1995, S. 1363-1424. Der hier abgedruckte Beitrag enthält eine gekürzte und aktualisierte Fassung des Artikels von Klaus Faber, Wissenschaftspolitik und Föderalismusreform. Verfassungspolitische Ungereimtheiten, in: Die Kunst des Vernetzens, Festschrift für Wolfgang Hempel, Berlin 2006, S. 449 - 460.

Im internationalen Bundesstaatenvergleich fällt Deutschland vor allem mit zwei Elementen seiner Föderalismuskonstruktion auf. Kein anderer Bundesstaat kennt eine ähnlich starke Stellung der Gliedstaatenregierungen bei der Gesetzgebung des Bundes, wie sie im Bundesrat zum Ausdruck kommt. Die zweite Auffälligkeit betrifft die Vielfalt und Aufgabenfülle von Gremien der Länderselbst- sowie der Bund-Länder-Koordination. Man denke etwa an die Kultusministerkonferenz, die für die Abstimmung in der Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik verantwortlich ist, oder die Bund-Länder-Zusammenarbeit zum Beispiel bei den Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a und 91b des Grundgesetzes.

Deutsche Traditionen: Bürokratie- und Regierungsföderalismus

Beide Elemente – die Bundesratsposition der Landesregierungen und der Gremienausbau auf der „dritten Ebene“ neben Bund und Ländern – geben den Landesregierungen im deutschen Bundesstaat ein starkes Gewicht. Ein Reflex dieser Machtstellung ist die Bedeutung der Landesregierungschefs in der politischen Debatte auf der Bundesebene. Keinem Gouverneur eines amerikanischen Bundesstaats steht qua Amt eine vergleichbare Einflussposition in der nationalen Politik zu. Das bundesstaatliche System ist in Deutschland mehr als in anderen Ländern ein „Exekutivföderalismus“. Historisch gesehen geht diese Tendenz auf den von Preußen geführten Bürokratie- und Regierungsföderalismus der Bismarckzeit zurück.

Auch ältere Bundesstaaten mit einer ungebrochenen demokratisch-parlamentarischen Tradition verfügen über Koordinationseinrichtungen zwischen der Bundes- und der Landesebene sowie zwischen den Ländern, jedoch über kein umfangreiches Verflechtungsnetz mit so engen Maschen wie das deutsche Modell. In anderen Bundesstaaten wird viel eher als in Deutschland akzeptiert, dass im Verantwortungsbereich der Gliedstaaten kein größerer Vereinheitlichungsbedarf besteht. In diesen Bundesstaaten verfügen die zentralstaatlichen Ebenen aber andererseits häufig ebenso über ausreichende Zuständigkeiten für die Erfüllung gesamtstaatlicher Aufgaben. Den Zentralstaaten vor allem in angelsächsischen Bundesstaaten steht im Rahmen der *power of the purse* oft ein finanzielles Interventionsinstrument zu, das auch ohne weitere Bundeszuständigkeit bei gesamtstaatlichem Bedarf in allen wichtigen Sektoren, zum Beispiel in der Wissenschaft, eine Mitfinanzierung erlaubt. Ein auch nur entfernt vergleichbares Instrument kennt der deutsche Bundesstaat nicht.

Generell tendieren Bundesstaaten dazu, den Bildungs- und Kultursektor der regionalen oder lokalen Ebenen zuzuordnen. Für den Wissenschaftsbereich gilt

das in aller Regel nicht in gleicher Weise. Dort verfügt im internationalen Vergleich der Zentralstaat vielfach über beachtliche Kompetenzen. Diesem verbreiteten Modell ist der deutsche Bundesstaat mit den Verfassungsänderungen von 1969 näher gekommen. Zum Teil unter dem Eindruck der 68er-Protteste an den Hochschulen erhielt der Bund damals unter anderem die neuen Zuständigkeiten für die Ausbildungs- einschließlich der Studienförderung und für die Hochschulrahmengesetzgebung. Außerdem wurden, überwiegend mit Auswirkungen auf die gemeinsame Finanzierung, die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau, Forschungsförderung und Bildungsplanung eingeführt.²

Mit der Kurzformel vom „kooperativen Föderalismus“ wurde die politische Konzeption beschrieben, die der Verfassungsänderung von 1969 zugrunde lag. Doch bereits in den siebziger Jahren formierte sich die Gegenbewegung. Stichworte für die Kritik waren die „Politikverflechtung“, die Entparlamentarisierung, die Tendenz zur Bildung von verdeckten großen Koalitionen zwischen Bundesrat und Bundestag sowie die daraus folgende Ausschaltung des Parteienwettbewerbs als innovativem Politikmotor. Schon damals waren sowohl die Zustimmung des Bundesrats zu Bundesgesetzen, die sich inzwischen auf weit mehr als die Hälfte aller Gesetzesvorhaben bezieht, als auch die Exekutivkooperation von Bundes- und Landesregierungen Ansatzpunkte für Neuordnungsüberlegungen.

Neue Föderalismusdebatte und ihre Ergebnisse

Die 2000 beginnende neuere Föderalismusdebatte nahm einige Stichpunkte aus früheren Diskussionen wieder auf – meistens allerdings ohne den Bezug zu den Vorläuferdiskussionen herzustellen. Von Anfang an beteiligte sich auch die Bundesregierung mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen an dem Diskurs über die Neuordnung der wissenschaftsrelevanten und anderer Bundeszuständigkeiten. Sie war, was sich als ein außerordentlich problematisches Signal erweisen sollte, ebenso wie die Mehrheit der Landesregierungschefs sehr früh dazu bereit, insbesondere auf die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zu verzichten. Im Hochschulbereich sollte, so 2004 die Position der Bundesregierung, stattdessen eine neue Bundesförderkompetenz eingeführt werden. Vor allem aus finanzschwachen, darunter auch ostdeutschen Ländern kamen allerdings bereits vor den Bundesvor-

² Zur Kompetenzverteilung in diesem Sektor siehe: Klaus Faber, Zentraler Modernisierungsansatz in Bildung und Forschung. Veränderung und Erneuerung unter den Bedingungen der föderativen Politikverflechtung.; in: Ulrich Heyder, Ulrich Menzel, Bernd Rebe: Das Land verändert? Rot-Grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik, Hamburg 2002, S. 108 f. Ein erheblicher Teil der Bundesfinanzierung im Wissenschaftsbereich beruhte seitdem auf diesen neuen Bundeszuständigkeiten.

schlägen von 2004 Stimmen, die den Verzicht auf die bildungs- und wissenschaftsbezogenen Gemeinschaftsaufgaben ablehnten.³

Nach den am 30. Juni 2006 beschlossenen Verfassungsänderungen bleiben auf der zentralstaatlichen Ebene im Sektor Bildung und Hochschule nur noch wenige Bundeszuständigkeiten übrig. Die Zuständigkeitsverluste betreffen unter anderem die Hochschulgesetzgebung und die frühere Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nach Art. 91a des Grundgesetzes. Die Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes wird, wie insgesamt die Rahmengesetzgebung, aufgegeben. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung erhält der Bund die Regelungskompetenzen für die Hochschulzulassung und die Hochschulabschlüsse (die zuvor nur von der Rahmenkompetenz erfasst wurden), nicht aber diejenige für die Hochschulpersonalstruktur. Als Ausgleich für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau werden zweckgebundene Übergangszahlungen des Bundes, berechnet nach dem Durchschnitt zuvor erbrachter Leistungen, bis 2013 geleistet. Ab 2014 entfällt die Zweckbindung der Bundesbeiträge, die, unter dem Vorbehalt einer Erforderlichkeitsprüfung, noch bis 2019 gezahlt werden sollen.

Auf der anderen Seite führt das Föderalismusreformgesetz eine neue Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung von „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“ ein, die in der letzten Beratungsphase in Art. 91b Abs. 1 des Grundgesetzes eingefügt wurde und die sich auch auf Bauvorhaben an Hochschulen beziehen kann. Bund-Länder-Vereinbarungen zu dieser neuen Gemeinschaftsaufgabe bedürfen nach einer Zusatzbestimmung allerdings der Zustimmung aller Länder.⁴

Rot-grüne Bilanzen

Die verfassungspolitischen Ziele des Gesetzentwurfs zur Föderalismusreform müssen vor dem Hintergrund des wissenschafts- und bildungspolitischen Engagements der früheren rot-grünen Bundesregierung überraschen – ein Eindruck, der sich auch durch die erwähnte Einfügung einer neuen Wissenschaftsgemeinschaftsaufgabe nicht entscheidend ändern kann. Teile der rot-grünen Leistungsbilanz auf diesem Gebiet können sich nämlich durchaus sehen lassen. Die Ausgaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung stiegen von 1998 bis

³ Zum Verlauf der Debatte vgl. u.a. Klaus Faber, Innovationspolitik und föderale Selbstblockade. Ost-westdeutsche Wissenschaftsdefizite und gesamtstaatlicher Handlungsbedarf; in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Föderalismus im Diskurs. Perspektiven einer Reform der bundesstaatlichen Ordnung, Berlin 2004, S. 197-214, sowie die dort wiedergegebenen weiteren Beiträge.

⁴ Vgl. zu den Einzelheiten Klaus Faber (siehe Fußnote 1), S.454, 458 f.

2005 um fast 40 Prozent. Die längst überfällige BAföG-Reform führte zu einem beachtlichen Anstieg der Studierendenzahl. Ein vom Bund initiiertes Exzellenzförderprogramm für den Wissenschaftsbereich mit 1,9 Milliarden Euro wird seit 2005 gemeinsam von Bund und Ländern durchgeführt. Darüber hinaus gab es von 1998 bis 2005 beachtliche Bundesinitiativen zur Strukturreform. Im Zusammenwirken mit den Ländern wurde zum Beispiel die Internationalisierung im Rahmen des Bologna-Prozesses gefördert.

Mit einigen Vorhaben ist das von Edelgard Bulmahn 1998 bis 2005 geführte Bundesbildungsministerium allerdings gescheitert. Das Gesetz zur Reform der Hochschulpersonalstruktur – zur Dienstrechtsreform – hat das Bundesverfassungsgericht 2004 aufgehoben. Gleiches geschah 2005 bei der Novelle zum Hochschulrahmengesetz, die unter anderem ein Verbot von Studiengebühren für das Erststudium enthielt. Die rot-grüne Bundesregierung hat es dabei versäumt, der Öffentlichkeit und den Wählern zu vermitteln, dass die auch hier relevanten Schwachstellen in der föderativen Willensbildung für einen nicht unerheblichen Teil der Umsetzungsprobleme selbst bei im Prinzip unstrittigen politischen Projekten verantwortlich sind.

Gesamtstaatlicher Handlungsbedarf

Die Dimension des damit angesprochenen Problems zeigt ein Blick auf den gesamtdeutschen Modernisierungsbedarf. Er bezieht sich nicht nur auf die Reform der Sozialsysteme oder der Gesundheitsvorsorge, sondern auch auf Deutschlands Rückstand in der Wissenschaft und der Bildung, der nicht erst seit den neuen OECD-Vergleichen und den PISA-Publikationen bekannt ist. Deutschland hat bei den Hochschulzugangsberechtigten, den Studierenden oder den Hochschulabsolventen wesentlich kleinere Anteile am jeweiligen Altersjahrgang als andere Länder, mit denen wir international im Innovationswettbewerb stehen.

Immer mehr junge Menschen nehmen nach OECD-Vergleichsuntersuchungen unter 27 Industrienationen ein Studium auf. Im Schnitt der OECD-Studien sind es fast 50 Prozent eines Altersjahrgangs. Nicht nur Finnland (mit über 70 Prozent), Schweden und Norwegen, sondern auch Polen, Australien oder Island haben bei der Studienanfängerquote am Altersjahrgang bereits die 60 Prozent-Grenze überschritten. In Deutschland liegt die Quote zur Zeit bei über 38 Prozent. Die ostdeutschen Durchschnittszahlen bewegen sich in einigen Ländern bei der Studienanfängerquote in der Nähe von 25 Prozent. Bei den Bildungsinvestitionen nahmen nach entsprechenden Untersuchungen, berechnet nach dem Anteil am

Bruttoinlandsprodukt, die USA mit 7 Prozent, Schweden mit 6,5 Prozent und Korea mit 6,3 Prozent die vorderen Plätze ein; Deutschland erreichte mit 5,3 Prozent nicht den OECD-Schnitt von 5,9 Prozent.⁵ Auch im Schulwesen gibt es, wie nicht nur (und erst) PISA gezeigt hat, erhebliche Rückstände im finanziellen Bereich und in anderen Sektoren.

Rückstand bei den Hochschulausgaben

In der deutschen politischen Debatte wird zur Abwehr der auf den Stand des Hochschulausbaus und des Bildungswesens gerichteten Kritik manchmal behauptet, die deutschen Hochschulen und ihre Abschlüsse verfügten im Vergleich mit anderen Staaten über eine höhere Qualität. Außerdem sei die deutsche Berufsbildung so gut, dass damit ebenfalls ein Teil des Defizits ausgeglichen werde. Beide Argumente greifen im Ergebnis jedoch nicht. Selbstverständlich gibt es Niveau- und Strukturunterschiede zwischen den einzelnen nationalen Systemen. Derartige Differenzen haben aber keine große Bedeutung für die Einschätzung der Gesamtentwicklung eines Landes – und das gilt auch dann, wenn man die Berufsbildung einbezieht. Für Deutschland kann jedenfalls nicht behauptet werden, es verfüge über einen allgemeinen Niveauvorsprung im Hochschulbereich. Bei der Berufsbildung ist zu berücksichtigen, dass ihr Anteil am deutschen Bildungssystem aus verschiedenen Gründen, vor allem wegen der Umstrukturierung in der Wirtschaft und im Bildungssystem, sinken wird. Insofern werden sich die Bedingungen dort Schritt für Schritt den internationalen Verhältnissen annähern.

Ein für Deutschland ungünstiges Bild ergibt sich ebenso aus anderen Gegenüberstellungen. Die USA geben (mit öffentlichen und privaten Finanzierungsanteilen) pro Kopf der Bevölkerung für das Hochschulwesen fast doppelt so viel aus wie Deutschland. In ungefähr gleicher Höhe (zum Teil darüber hinausgehend) bewegen sich die Pro-Kopf-Ausgaben für die Hochschulen etwa in Finnland oder Schweden – wobei diese wie in Deutschland überwiegend öffentlich finanziert sind. Auf dem Hochschulfinanzierungsgebiet weisen ostdeutsche Regionen gegenüber dem deutschen Schnitt wiederum einen zum Teil erheblichen Rückstand auf. Gemessen an den Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung belegen einige der fünf ostdeutschen Flächenstaaten einen Platz am Ende der deutschen

⁵ Vgl. u. a. Deutsche Presse-Agentur GmbH, dpa-Dossiers. Kulturpolitik Nr. 39/2003; OECD, Zu wenig Bildung in Deutschland schwächt Wachstum, S. 8 ff. Zur innerdeutschen Defizitbeschreibung siehe: Rainer Janisch, Wie finanzieren? Die Ausbauziele der Hochschulen; in: SPD-Landtagsfraktion Brandenburg (Hg.), Wissenschaft in Zeiten knapper Kassen. Wie weiter mit der Hochschulfinanzierung?, Märkische Hefte Nr. 3, Potsdam 2006, S. 31-37.

Leistungsskala.⁶ Auch vor dem Hintergrund des in ganz Deutschland zu erwartenden neuen Anstiegs der Studentenzahlen sind deshalb in Ostdeutschland eine Beschleunigung des Hochschulausbaus und eine Erweiterung anderer Wissenschaftskapazitäten erforderlich.

Das gilt vermehrt dann, wenn, wie dies etwa die im Januar 2004 von der SPD in Weimar beschlossenen Innovationsleitlinien fordern, Ostdeutschland eine „Innovationsregion“ werden soll. In vielen westdeutschen Regionen sind aber ebenso Ausbau- und Erneuerungsmaßnahmen notwendig. Viele Länder, darunter zumindest die Mehrheit der ostdeutschen, haben schlicht nicht die Finanzkraft, den damit gestellten Aufgaben ohne Bundeshilfe mit eigenen Mitteln gerecht zu werden.

Verfassungspolitische Ungereimtheiten

Bei dieser Ausgangslage ist es schwer verständlich, dass der gesamtstaatliche Handlungsbedarf auf dem Gebiet der Wissenschaft weder in der Föderalismuskommission, noch in dem zunächst eingebrachten Föderalismusgesetzentwurf ausreichende Beachtung gefunden hat. Der radikale Abbau von Bundeskompetenzen auf diesem Gebiet steht vielmehr den Sachbedürfnissen diametral entgegen. Dabei hatte sich 1994 ein von Bundestag und Bundesrat zur Vorbereitung einer Verfassungsänderung eingesetztes Gremium mit Blick auf die in Ost und West erforderlichen Aufbau- und Ausbauforderungen zum Beispiel noch ausdrücklich für die Beibehaltung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ausgesprochen. Nach wie vor bestehen, wie der aktuelle internationale und innerdeutsche Vergleich sowie die Anhörung zum Föderalismusgesetzentwurf gezeigt haben, in Deutschland auch heute noch große Rückstände und regionale Unterschiede im Hochschulausbau- und -leistungsstand. Die Ergebnisse der ersten Runde des oben erwähnten Bund-Länder-Exzellenzförderprogramms im Hochschulbereich sind dafür ebenso ein Beleg. Dort ist keine ostdeutsche Hochschule berücksichtigt worden.

Der Erhalt von grundgesetzlich abgesicherten Mitfinanzierungsmöglichkeiten des Bundes vor allem für den Hochschulbereich war und ist auch deshalb wichtig, weil Zweifel bestanden, ob die in der Öffentlichkeit diskutierten (und jetzt umgesetzten) Bund-Länder-Hochschulpakt-Ideen nach einer Verabschiedung der Föderalismusreform, so wie sie ursprünglich konzipiert war, noch ohne erhebliche

⁶ Vgl. Rainer Janisch (siehe Fußnote 5), S. 33 ff.

verfassungsrechtliche Risiken hätten realisiert werden können.⁷ Auch als Folge verschiedener Anhörungsrunden und Expertengespräche brachten daher ab Mai 2006 insbesondere ostdeutsche Bundestagsabgeordnete Änderungsinitiativen zum Föderalismusgesetzentwurf mit dem Ziel ein, die gemeinsame Hochschulbaufinanzierung zu sichern. Eine neue flexible Fassung für Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes sollte nach diesen Vorschlägen die Bund-Länder-Fördermöglichkeit für den Hochschulbau erhalten. Sie sollte zudem gewährleisten, dass die Förderung nicht am Veto einzelner Länder scheitern kann. Die entsprechenden Vorschläge gehen vor allem auf die Bundestagsabgeordneten Andrea Wicklein (Aufbau-Ost-Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion), Peter Danckert (stellvertretender Sprecher der Landesgruppe Ost in der SPD-Bundestagsfraktion) und Wolfgang Thierse (Bundestagsvizepräsident) zurück. Diese und andere ähnliche Initiativen haben zu dem nun beschlossenen Kompromiss zu Artikel 91b Grundgesetz geführt. Damit ist, von der Bundesratsseite aus gesehen verfassungspolitisch eher unbeabsichtigt, eine neue Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung von „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“ geschaffen worden.

Solidarität der Länder ist weiter nötig

Am Verfahren der geplanten Verfassungsreform wurde und wird unter verschiedenen Gesichtspunkten Kritik geübt. Das Gewicht der Landesregierungen war nach der gewählten Prozedur für eine Reform dieser Tragweite und Ausrichtung viel zu groß, das Engagement der Bundesregierung demgegenüber deutlich zu gering. Auch dass im Verbundverfahren zwischen Bundesrat und Bundestag Anhörungen durchgeführt wurden, lässt ein nicht unproblematisches verfassungspolitisches Verständnis erkennen. Ein derartiges Verfahren setzt das von der Verfassung gewollte Spannungsverhältnis zwischen den beiden Verfassungsorganen zeitweise außer Kraft. Um die Zwei-Drittel-Mehrheits-Zustimmung des Bundesrats zu sichern, wurde für die Föderalismusreform in der Prozedur und in der Sache ein hoher Preis gezahlt. Er gefährdet das angestrebte Ziel der Politikentflechtung und Bundesstaatsmodernisierung – auch wenn es in letzter Minute gelungen ist, wenigstens bestimmte Möglichkeiten der Bundeswissenschaftsfinanzierung festzuschreiben. Fraglich ist bereits, ob die (problematische) Geschäfts-

⁷ Die Pakt-Überlegungen orientierten sich offensichtlich an dem Modell der Bund-Länder-Hochschulsonderprogramme der achtziger Jahre. Nach diesem Modell entlastet der Bund die Länder durch eine vorübergehende fiktive Erhöhung seines Anteils bei der gemeinsamen Forschungsförderung. Dadurch sollen die Länder in den Stand gesetzt werden, für die im Hochschulbereich gemeinsam vereinbarten Ziele, unter anderem im Personalausbau und in der Lehre, Mittel auszugeben. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine nicht in der Verfassung geregelte Sonderform einer Mischfinanzierung, bei der der Bund Aufgaben in ihm sonst verschlossenen Gebieten mitfinanziert. Das war bereits in den achtziger Jahren auch unter rechtlichen Gesichtspunkten als problematisch angesehen worden.

grundlage der Gesetzesinitiative gesichert ist, in einem ausgeglichenen Geben und Nehmen einerseits die Zahl der zustimmungsbedürftigen Gesetze zu reduzieren und andererseits auf Bundeszuständigkeiten zu verzichten. Es bestehen Zweifel, ob mit dem Föderalismusreformgesetz, wie beabsichtigt, eine auch nach dem Sachgewicht der Gesetze entscheidende Reduzierung der Fälle der Bundesratszustimmung erreicht wird.

Wie weit wir – verfassungspolitisch – inzwischen gekommen sind, zeigt eine Sonderkonferenz von „Geberländern“ des Länderfinanzausgleichs, die nach undementierten Presseberichten im Juni 2006 darüber beraten hat, wie „Empfängerländer“ notfalls durch die Einsetzung von Staatskommissaren oder gar eine Auflösung (über den finanzpolitischen Druck zur Länderfusion) zur sparsamen Haushaltsführung angehalten werden können. Außerdem soll, so die Konferenz, auf diese Weise für mehr „Wettbewerb“ im deutschen Föderalismus gesorgt werden. Noch im Jahr 1989 hatte Bayern, das zu den wichtigsten Initiatoren dieser Sonderkonferenz wie auch der Föderalismusreformgesetzgebung gehörte, unter anderem von Nordrhein-Westfalen über den Länderfinanzausgleich Zahlungen erhalten. Jahrzehntlang hat Bayern über derartige Transferleistungen seinen Aufbau zu einer heute finanzstarken Region finanziert. Vor der Wiedervereinigung waren aus Bayern niemals Stimmen gegen die Bund-Länder-Solidargemeinschaft oder für mehr Länderwettbewerb zu hören – obwohl die Ausgangsvoraussetzungen für einen derartigen Wettbewerb vor 1990 in Westdeutschland viel eher gewährleistet gewesen wären als für die 16 Länder nach 1990.

Eine grundlegende Staatsstrukturerneuerung (die durchaus notwendig ist) darf im deutschen Bundesstaat nicht von einem Teil der Bundesländer und ihren Partikularinteressen bestimmt werden. Nur die dazu in erster Linie legitimierten Vertreter der gesamtstaatlichen Interessen – die Bundesregierung und der Bundestag – können sie erfolgreich voranbringen. Die Föderalismusreform von 2006 und die erwähnte Sonderkonferenz geben, trotz der in den Abschlussberatungen für die Wissenschaft erreichten Teilverbesserungen, leider Anlass zu Zweifeln, ob die tragenden Kräfte der großen Koalition diese Aufgabe in vollem Umfang angenommen haben. Dieser Sachverhalt kann auch für die jetzt auf den Weg gebrachte „Föderalismusreform II“ Bedeutung haben. ■

KLAUS FABER

ist Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt und Publizist
sowie Geschäftsführender Vorsitzender des Wissenschaftsforums der
Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Mehr Lebenschancen für mehr Menschen

WARUM WIR DEN SOZIALSTAAT FÜR DAS
21. JAHRHUNDERT NEU FORMIEREN MÜSSEN
VON **MATTHIAS PLATZECK** UND **JENS BULLERJAHN**

Die SPD wird, ihr Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1989 erneuern. Das ist dringend nötig. Das vorerst noch gültige *Berliner Programm*, entwickelt und geschrieben in der westdeutschen Bundesrepublik unter dem Eindruck des Kalten Krieges, reicht als Navigationssystem für sozialdemokratisches Handeln im 21. Jahrhundert bei weitem nicht mehr aus. Seit dem Mauerfall und der deutschen Vereinigung haben sich nicht nur Deutschland und Europa fundamental verändert; tatsächlich leben wir heute in einer neuen Welt – politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich.

Dass ein Grundsatzprogramm aus dem 20. Jahrhundert auf viele der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts keine überzeugenden Antworten mehr geben kann, ist wenig überraschend. Immerhin jedoch: Einen auch für unsere Zeit wichtige und richtige Einsicht enthielt, wenn auch versteckt und allzu vorsichtig formuliert, bereits das *Berliner Programm*: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen

einspringen, sondern vorausschauend gestalten“.

Traditionelles Versprechen erneuern

Vorausschauende Gestaltung – genau darauf kommt es an, wenn sozialdemokratische Politik auch im 21. Jahrhundert ihr traditionelles Versprechen erfolgreich erneuern will, systematisch immer mehr Menschen bessere Lebenschancen zu eröffnen: die Chance zur Teilhabe an unserer Gesellschaft, die Befähigung und handfeste Möglichkeit, eigene Lebenspläne zu verwirklichen. Dieser offensive Anspruch, Menschen zu stärken und ihnen neue Wege zu selbst verantwortetem Leben zu eröffnen, muss nach unserer Überzeugung als zentrale Messlatte für den Erfolg sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert gelten. Deshalb ist die im *Berliner Programm* vorerst nur zögerlich formulierte Absicht, nicht nur bereits eingetretene soziale Schadensfälle zu „reparieren“, sondern einzelne

Menschen und die gesamte Gesellschaft vorbeugend zu stärken, heute wichtiger denn je.

Nachträgliches Reparieren stand im Mittelpunkt

Allerdings müssen wir uns heute durchaus selbstkritisch fragen, in welchem Umfang die deutsche Sozialdemokratie diesem Anspruch in den vergangenen zwei Jahrzehnten gerecht geworden ist. Die Antwort fällt unbefriedigend aus. Die jüngsten Debatten über sozialen Ausschluss und das Problem der langfristigen Verfestigung einer neuen – keineswegs nur materiellen – Armut belegen, dass wir bestimmte Herausforderungen deutlich weniger gut bewältigt haben als manche unserer europäischen Nachbarn. Einzuzuräumen ist, dass die SPD (ebenso übrigens wie andere deutsche Parteien) das Ziel der vorausschauenden Vermehrung von Lebenschancen in der politischen Wirklichkeit nicht wichtig genug genommen hat. Um es zuzuspitzen: Wir haben uns in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zu stark auf das nacheilende Reparieren und Einspringen in Notfällen konzentriert.

Die Ergebnisse dieser Politik sind alles andere als ermutigend. Gemessen an seinen hohen Kosten ermöglicht unser bisheriges Sozialmodell ganz einfach nicht genug neue Lebenschancen,

zu wenige Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, nicht genug soziale Inklusion, gesellschaftliche Durchlässigkeit und aktive Beteiligung. Zu Recht hat Kurt Beck unlängst darauf hingewiesen, dass in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein strukturell verfestigtes neues Unten entstanden ist. Zu diesem Befund kommen seriöse Sozialwissenschaftler und Publizisten seit langem. Wir müssen konstatieren: Unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts bietet der nachsorgende und überwiegend beitragsfinanzierte Sozialstaat bismarckscher Prägung keine sozialdemokratischen Perspektiven mehr. Wir haben keinen guten Grund, nostalgisch weiter an ihm festzuhalten.

Mangelhafte Resultate des Sozialstaats

In unserem künftigen Grundsatzprogramm müssen wir deshalb die genannte Formulierung des *Berliner Programms* sehr energisch und unmissverständlich vom Kopf auf die Füße stellen. Lauten könnte dies etwa so: „Alle sozialdemokratische Politik verfolgt das unbedingte Ziel, wo immer möglich vorausschauend mehr Lebenschancen für mehr Menschen zu schaffen; nur in denjenigen Notfällen, in denen sich dies als unmöglich erweist, muss Sozialpolitik nachträglich einspringen.“

Im Vergleich mit anderen Sozialstaaten, besonders im Norden und im Westen von Europa, die sich seit Jahren dynamisch auf die neuen Bedingungen einstellen, weist Deutschland heute auf verschiedenen Feldern äußerst mangelhafte Resultate auf. Besorgnis erregend hoch ist in unserem Land besonders die Armutsquote; gerade Kinder und Jugendliche sowie allein erziehende Eltern sind in Deutschland überproportional und in weiter zunehmendem Maße von Armut betroffen. Dies ist umso schädlicher für unsere Gesellschaft, als materielle Not in frühen Lebensabschnitten allzu oft Bildungsdefizite und damit dauerhaft prekäre Erwerbsbiografien nach sich zieht.

Teufelskreis aus Armut, Bildung und Sozialtransfer

Kaum etwas ist für die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes insgesamt so wichtig, wie das Durchbrechen des Teufelskreises aus Armut, mangelnder Bildung, schlechten Erwerbschancen, Sozialtransferkarrieren – und erneut schlechten Zukunftschancen in der nächsten Generation. Die katastrophalen Folgen zu geringer sozialer Investitionen in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen sind auch durch noch so hohe spätere Sozialtransfers niemals wieder wirklich zu „reparieren“. Der „reparie-

rende“ und nachsorgende Sozialstaat wird mit den Aufgaben des 21. Jahrhunderts nicht mehr fertig.

Fähigkeit zum Lernen ist unverzichtbar

Dass die Bildungschancen von Kindern heute in der entwickelten Welt kaum irgendwo so sehr von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft abhängen wie in Deutschland, ist aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt individueller Lebenschancen ein gesellschaftliches Debakel. Vielmehr grenzt es auch an volkswirtschaftliche Selbstverstümmelung, sollten wir es weiterhin zulassen, dass in Deutschland zehn Prozent aller Jugendlichen die Schule ohne jeden Abschluss verlassen; dass bei uns nur etwa jedes zehnte Kind aus einer Arbeiterfamilie überhaupt ein Hochschulstudium aufnimmt; oder dass der Anteil der gering qualifizierten und langfristig erwerbslosen Menschen in Deutschland höher als in jedem vergleichbaren Land Europas liegt.

Längst herrscht Konsens unter allen deutschen und internationalen Experten: Die Fähigkeit und Notwendigkeit zum Lernen und zur Weiterbildung ist in der wissensintensiven Wirtschaft des 21. Jahrhunderts unverzichtbarer geworden denn je. Und dabei kommt es auf den Anfang an, die in den allerersten Lebensjahren erworbenen kognitiven Kompetenzen sind entscheidend.

Wir sind in Deutschland zu Recht stolz darauf, „Exportweltmeister“ zu sein. Wollen wir auch in den kommenden Jahrzehnten ein Land mit dynamischer, produktiver Wirtschaft sowie hoher Wertschöpfung bleiben, dann müssen wir aus dem engen Zusammenhang zwischen Bildung und Wirtschaft endlich klare Konsequenzen ziehen.

Kein Kind zurücklassen

Dabei muss das glasklare Gebot gelten, dass wir eine hervorragende Bildung für alle brauchen. Die Potentiale und Begabungen der Menschen sind unterschiedlich – aber jeder einzelne Mensch hat Potentiale und Begabungen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen. Alle Bildungspotentiale müssen ausgeschöpft werden. Es ist grotesk: Deutschland altert und seine Bevölkerung schrumpft, doch mit den kostbarsten überhaupt vorhandenen Potentialen unsers Landes gehen wir noch immer höchst verschwenderisch um. Wir nehmen es – ob aus Gleichgültigkeit, aus Gedankenlosigkeit oder aus borniertem Dünkel – noch immer hin, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene in unserem Land zu dem Eindruck gelangen müssen, sie würden im Grunde nicht gebraucht. Dabei wird jedes heutige Kind, jeder einzelne junge Mensch in Zukunft als produktive Arbeitskraft, als Steuer- und

Beitragszahler sowie als aktiver Bürger unserer Demokratie ganz dringend benötigt. Der Wohlstand und das Funktionieren unseres Landes hängen davon ab. Wer immer in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland eine Rente beziehen will, muss ein dringendes Interesse an der hervorragenden Bildung aller Kinder und Jugendlichen haben, die hier aufwachsen.

Noch immer geht in unserer Gesellschaft die Vorstellung um, Deutschland gehe die Arbeit aus – ein Fehlschluss, der auch das *Berliner Programm* der SPD durchzog. In fast allen unserer west- und nordeuropäischen Nachbarländer erlebt man aber das glatte Gegenteil.

Fachkräfte werden Mangelware

Und schon heute suchen in Ostdeutschland Unternehmen und ganze Branchen intensiv und teilweise vergeblich nach ausgebildeten Fachkräften – bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit. Richtig ist: Auch in Zukunft werden gering qualifizierte Arbeitskräfte in dem Maße weiter unter Druck geraten, wie die Potentiale wissensintensiver Arbeit in Deutschland nicht energisch genug genutzt werden. Investitionen in mehr Bildung für mehr Menschen in Deutschland sind damit zugleich unbedingte Voraussetzung für eine dynamische Ökonomie mit hoher Wertschöpfung; umgekehrt schafft

überhaupt erst eine dynamische Wirtschaft die Voraussetzungen dafür, dass auch Menschen mit geringer Qualifikation zunehmend wieder die Chance erhalten, einem Beruf nachzugehen.

Sozialstaat und Wirtschaft beflügeln einander

Mehr Bildung für alle und mehr Arbeit für alle – beides bedingt einander und beflügelt sich gegenseitig. Vorsorgender Sozialstaat und funktionierende Ökonomie sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer eine prosperierende Wirtschaft will, muss unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts vernünftigerweise zugleich einen Sozialstaat befürworten, der systematisch in Menschen und soziale Infrastruktur investiert. Nur auf einem insgesamt höheren Bildungspfad wird Deutschland auch wieder ein höheres Wachstum und mehr Beschäftigung erreichen. Deshalb führt die in Deutschland noch immer gängige Auseinandersetzung zwischen den Verfechtern des alten, nachsorgenden Sozialstaates und den marktradikalen Gegnern jeglicher Sozialstaatlichkeit in die Irre. Weder die eine noch die andere Seite hat verstanden, wie dringend es heute auf die umfassende Befähigung von Menschen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe ankommt.

In den „Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm der

SPD“ aus dem Frühjahr 2006 war diese Einsicht sehr deutlich enthalten. Dort heißt es klar und unmissverständlich: „Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen. ... Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel mit den Betroffenen, und er erkennt die existentielle Bedeutung von Bildung für die einzelnen Menschen wie auch für die Zukunft unserer Gesellschaft an.“ Und weiter: „Der Sozialstaat soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten. ... Der vorsorgende Sozialstaat ist kein Wachstumshindernis, sondern eine wirtschaftliche Produktivkraft.“

Wir brauchen den zupackenden Staat

Hinter diese zutreffenden Einsichten darf die SPD auf keinen Fall wieder zurückfallen. Die Menschen in Deutschland brauchen einen zupackenden und handlungsfähigen Staat – und sie wollen ihn auch. Mit dem Prinzip des vorsorgenden Sozialstaates besitzt die SPD ein zukunftstaugliches und überzeugendes Leitbild für die kommenden Jahr-

zehnte. Keinesfalls dürfen wir zulassen, dass der zeitgemäße Gedanke der sozialen Vorsorge aufgeweicht und uminterpretiert wird: Der vorsorgende Sozialstaat ist etwas grundsätzlich anderes als ein materiell versorgender oder fürsorglicher Sozialstaat. Und wir müssen uns klipp und klar zu dem Satz bekennen: Die Qualität moderner Sozialstaatlich-

keit bemisst sich nicht an der Höhe der umverteilten Transferleistungen. Ob der Sozialstaat die Menschen in unserem Land systematisch dabei unterstützt, ihr Leben selbst verantwortet und nach ihren eigenen Wünschen leben zu können – das ist das entscheidende Prüfkriterium für soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. ■

MATTHIAS PLATZECK

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg
und Landesvorsitzender der SPD.

JENS BULLERJAHN

ist Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident des
Landes Sachsen-Anhalt sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.

Vom negativen zum positiven Sozialstaat

ZUR ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN SOZIALMODELLS
VON **ANTHONY GIDDENS**

Gibt man bei der Internet-Suchmaschine Google „Europäisches Sozialmodell“ ein, erscheinen 11,2 Millionen Einträge. Die enorme Verbreitung des Begriffes spiegelt womöglich die Tatsache wider, dass das Europäische Sozialmodell, wie vieles andere im Kontext der Europäischen Union, im Kern umstritten ist. Die Idee ist zwar von zentraler Bedeutung, aber wenn wir versuchen, sie mit mehr Genauigkeit zu beschreiben, scheint sie uns doch immer wieder zu entfliehen.

Das Europäische Sozialmodell ist kein einheitliches Konzept. Vielmehr handelt es sich um ein Gemisch aus Werten, Errungenschaften und Hoffnungen, die hinsichtlich ihrer Form und des Grades ihrer Verwirklichung in den einzelnen europäischen Staaten unterschiedlich ausfallen.

Meine eigene Liste von Kriterien für das Europäische Sozialmodell sieht so aus:

- ein entwickelter und interventionsfähiger Staat, gemessen am Anteil der Steuerabgaben am Bruttosozialprodukt,
- ein robustes Sozialsystem, das effektiven Schutz bietet – zu einem nicht unbeträchtlichen Grad für alle Bürger, am meisten jedoch für die Bedürftigsten der Gesellschaft,
- die Begrenzung oder Eindämmung wirtschaftlicher und anderer Formen von Ungleichheit,
- eine Schlüsselrolle bei der Bewahrung dieser Institutionen spielen die so genannten Sozialpartner, also die Gewerkschaften und andere Organisationen, die die Rechte der Arbeitnehmer vertreten
- und: Jede der hier genannten Eigenschaften des Europäischen Sozialmodells muss zur Ausweitung von Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Der Begriff des „Europäischen Sozialmodells“ hat keine lange Geschichte. Er wird erst seit den frühen achtziger Jahren verwendet, schon vorher allerdings war vom „Sozialen Europa“ die Rede gewesen. Es ist kein Zufall, dass die Kategorie genau zu der Zeit eingeführt wurde, als die marktliberale

Weltanschauung ihren Aufstieg erlebte. Der Begriff des Europäischen Sozialmodells war Bestandteil des Versuchs, die Besonderheiten des „europäischen Ansatzes“ im Gegensatz zur neuen Orthodoxie des Marktes zu bekräftigen.

Die großen globalen Trends waren von fundamentaler Bedeutung. Entscheidend ist jedoch die Einsicht, dass die heutigen Probleme des Europäischen Sozialmodells ihre Ursachen nicht bloß in den Veränderungen der internationalen Umwelt haben. Einige der Kernprobleme sind hausgemacht – oder doch bestenfalls lose verbunden mit den Veränderungen auf der Welt insgesamt. Zu diesen Kernproblemen gehören

- demografische Veränderungen, besonders das Altern der Bevölkerung,
- das damit verbundene Problem der Rentenfinanzierung,
- der rapide Geburtenrückgang,
- Veränderungen der Familienstrukturen, das heißt viel mehr Alleinerziehendenfamilien als früher sowie mehr Frauen und Kinder, die in Armut leben,
- hohe Erwerbslosenraten, für die zum Teil nicht reformierte Arbeitsmärkte verantwortlich sind.

Manche Beobachter neigen dazu, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, vor denen Europa heute steht. Das

durchschnittliche Wachstum in den Ländern der EU-15 ist seit den achtziger Jahren im europäisch-amerikanischen Vergleich kontinuierlich zurückgegangen. Die Vereinigten Staaten hatten nicht nur höheres Wachstum, sie erlebten in dieser Periode auch größere wirtschaftliche Stabilität. Zu etwa einem Drittel ist das niedrigere europäische Brutton sozialprodukt pro Kopf die Folge durchschnittlich niedrigerer Arbeitsproduktivität. Zu einem weiteren Drittel ergibt es sich aus den kürzeren europäischen Arbeitszeiten. Und ein drittes Drittel macht die in Europa niedrigere Erwerbsquote aus.

Zweifel an der Nachhaltigkeit

Keine dieser Entwicklungen entspringt aus irgendwelchen europäischen „Vorlieben“ oder bewussten Entscheidungen – aber jede einzelne von ihnen gefährdet die Zukunftsfähigkeit des Europäischen Sozialmodells. 20 Millionen Menschen sind in der Europäischen Union arbeitslos, 93 Millionen sind wirtschaftlich inaktiv: Das sind weitaus höhere Raten als in den Vereinigten Staaten. Die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer (über 55) in der EU beträgt 40 Prozent, verglichen mit 60 Prozent in den Vereinigten Staaten und 62 Prozent in Japan.

Es gibt daher gute Gründe für die Folgerung, dass die Nachhaltigkeit des bestehenden Europäischen Sozialmodells im Laufe der vergangenen Jahre

immer zweifelhafter geworden ist. Höheres durchschnittliches Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze gehören ganz an die Spitze der politischen Prioritäten, denn die bisherige Mischung aus niedrigem Wachstum und steigenden öffentlichen Ausgaben kann so ganz einfach nicht mehr weitergehen.

Reformer profitieren

Einige Staaten der Europäischen Union haben sich jedoch erheblich besser geschlagen als andere. Eine Minderheit von Ländern, ganz besonders die nordischen Staaten sowie die Niederlande, Österreich und Großbritannien weisen vergleichsweise gute Bilanzen auf. Die nordischen Länder besitzen zugleich die am weitesten entwickelten Formen des Europäischen Sozialmodells und die höchsten Erwerbsquoten. Bemerkenswert ist, dass die Länder mit der günstigsten Wachstums- und Wohlstandsentwicklung zugleich diejenigen Länder sind, die am reformfreudigsten waren: im Hinblick auf den Sozialstaat und das Rentensystem, auf die Bildung, den Arbeitsmarkt sowie den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie.

In Kontinentaleuropa und in den Mittelmeerländern sieht das Bild anders aus. Deutschland und Italien weisen niedrige Wachstumsraten in Verbindung mit hohen Raten von Erwerbslosigkeit auf. Frankreich hat in der

jüngeren Vergangenheit mehr Wachstum erwirtschaftet, aber hier ist vor allem die Jugend- und Langzeiterwerbslosigkeit besonders hoch. In diesen Ländern führt die Kombination von ausgeprägter Regulierung der Arbeitsmärkte und starkem Einfluss der Gewerkschaften zu *Insider/Outsider*-Arbeitsmärkten. Das bedeutet: Wer einen unbefristeten Arbeitsplatz besitzt, kann gut zurechtkommen – aber wer draußen ist, dem ergeht es erheblich schlechter. Die Zahlen der Langzeitarbeitslosen sind hoch, und viele Menschen flüchten in sekundäre (Schwarz-)Arbeitsmärkte, die jeder staatlichen Regulierung entzogen sind.

Lektionen zum Lernen

Was zeigen uns nun die europäischen Erfahrungen der vergangenen Jahre darüber, wie sich Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden lassen? Die hier genannten Punkte sind schematisch – jeder Einzelne von ihnen ließe sich selbstverständlich weit gründlicher ausarbeiten. Und bekanntlich steckt der Teufel immer im Detail.

1. Es ist richtig, Arbeitsplätze und Wachstum an die erste Stelle zu setzen. Ein hohes Beschäftigungsniveau oberhalb eines anständigen Mindestlohns ist aus mehr als einem Grund wünschenswert. Je größer der Anteil von berufstätigen Men-

schen, desto mehr Geld steht für soziale Investitionen und sozialen Schutz zur Verfügung. Einen Arbeitsplatz zu besitzen, ist außerdem der beste Weg aus der Armut. Ob es tatsächlich zu mehr Jobs kommt, hängt dabei natürlich von vielen Faktoren ab. Es kann aber kein Zufall sein, dass alle europäischen Länder mit Erwerbsquoten oberhalb von 70 Prozent aktive Arbeitsmarktpolitiken verfolgen. Solche Strategien umfassen die gezielte Weiterbildung von Arbeitslosen sowie von Arbeitnehmern, die durch Arbeitslosigkeit bedroht sind. Und in allen diesen Ländern versucht man aktiv, Arbeitslose und freie Stellen zusammenzubringen. Die effektivsten Sozialstaaten Europa verbinden das Prinzip der Sozialpartnerschaft mit dem allgemeinen Zugang zu Sozialleistungen, die Umschulungen, Weiterbildung und Hilfen zum Neuanfang an anderen Orten gewährleisten. Genau dies ist die *Flexicurity* genannte Verbindung aus Flexibilität und Sicherheit.

2. Die Vertreter der rechten Seite des politischen Spektrums behaupten, in einer Welt immer intensiveren Wettbewerbs könnten nur Niedriglohnökonomien erfolgreich sein. Doch die empirische Beweislast zugunsten des genauen Gegenteils ist eindeutig. Es gibt keine direkte Beziehung zwischen der Steuerhöhe (als Anteil am

Bruttosozialprodukt) auf der einen und dem Wirtschaftswachstum sowie neuen Arbeitsplätzen auf der anderen Seite. Zwar besteht vermutlich eine Obergrenze; das zeigt sich am Beispiel Schwedens, das eine Zeit lang die höchsten Steuersätze aller Industrieländer aufwies und dabei zugleich hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens seiner Einwohner relativ zurückfiel. Doch wichtiger als die Reichweite des Staates ist die Frage, wie effektiv die staatlichen Institutionen funktionieren und welche Art von Wirtschafts- und Sozialpolitik sie betreiben.

Weniger Diskriminierung

3. Flexible Arbeitsmärkte sind ein grundlegender Bestandteil des politischen Grundmusters in den erfolgreichen Staaten. Das bedeutet kein *Hire and Fire* nach amerikanischem Muster. Im Zeitalter eines sich beschleunigenden technischen Wandels wird die „Beschäftigbarkeit“ (*employability*) der Menschen jedoch zu einem Erfordernis ersten Ranges. Angesichts der Bedeutung des technologischen Wandels sind kontinuierliche Neuorientierung und Weiterbildung selbst dort notwendig, wo Arbeitnehmer denselben Arbeitsplatz behalten wie zuvor. Schätzungen besagen, dass vier Fünftel der technologischen Aus-

stattung, die in der Zeit von 1995 bis 2005 in den Volkswirtschaften der EU-15 benutzt wurde, weniger als zehn Jahre alt war. Umgekehrt liegt die Ausbildung von vier Fünfteln der Erwerbstätigen bereits mehr als zehn Jahre zurück.

Flexibilität hat keinen guten Namen, besonders bei bestimmten Vertretern der politischen Linken. Für sie bedeutet „Flexibilität“, dass die Anliegen der Arbeitnehmer zugunsten der Anforderungen des kapitalistischen Wettbewerbs geopfert werden. Aber die Art und Weise der Arbeitsmarktregulierung ist mindestens so wichtig wie ihr Ausmaß. Viele Arbeitnehmerrechte können und sollten bestehen bleiben. Dazu gehören Konsultations- und Mitbestimmungsrechte, die Regulierung von Arbeitsbedingungen, Gesetze gegen Diskriminierung und so weiter.

Viele Arbeitnehmer wünschen sich tatsächlich flexible Arbeitszeiten oder die Möglichkeit der Teilzeitarbeit, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Auch auf anderen Gebieten des alltäglichen Lebens moderner Gesellschaften spielt Flexibilität eine zunehmende Rolle. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben sich daran gewöhnt, auf dem Gebiet der Lebensstile viel mehr Auswahl treffen zu können als frühere Generationen – einschließlich der Entschei-

dung darüber, welche Arbeit sie wo und wann tun wollen.

Lovely jobs und lousy jobs

4. Die viel zitierte Wissensökonomie ist mehr als ein Schlagwort ohne Inhalt. Allerdings sollte anstelle von Wissensökonomie eher von Wissens- und Dienstleistungsökonomie die Rede sein. Im Durchschnitt der 15 „alten“ Staaten der Europäischen Union arbeiten nur noch 17 Prozent der Erwerbstätigen in der industriellen Fertigung – und dieser Anteil sinkt weiter. Vollbeschäftigung in der Wissensökonomie ist möglich – in einigen der besser funktionierenden europäischen Volkswirtschaften hat man diesen Zustand erreicht. Aber diese Entwicklung hat ihren Preis. Mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze, die in der Wissensökonomie geschaffen werden, erfordern gute Fachkenntnisse. Das sind die so genannten *lovely jobs*, deren Zahl weiter zunimmt. In der Zeit zwischen 1995 und 2004 nahm der Anteil der Arbeitsplätze in den Ländern der EU-15, für die fortgeschrittene Qualifikationen erforderlich sind, von 20 auf 24 Prozent zu. Arbeitsplätze für Menschen mit geringen Qualifikationen – die so genannten *lousy jobs* – nahmen dagegen von 34 auf 25 Prozent ab.

Zugleich aber müssen viele Arbeitnehmer noch immer genau solche Tätigkeiten ausüben – in Läden oder Supermärkten, in Tankstellen oder Schnellrestaurants. Der Mindestlohn darf nicht so hoch angesetzt werden, dass diese lausigen Jobs unmöglich werden, weil wir sonst zugleich die guten Jobs einbüßen würden, die mit ihnen einhergehen. Wir müssen also zum einen versuchen, die Höhe des Mindestlohns so festzulegen, dass niemand trotz Erwerbsarbeit in Armut lebt (*working poor*). Und wir müssen zum anderen dafür sorgen, dass Menschen nicht für alle Zeit in diesen Tätigkeiten hängen bleiben.

Hightech-Sozialstaat

5. Investitionen in Bildung, der Ausbau von Universitäten sowie die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologie sind unabdingbare Bestandteile der Modernisierung des Europäischen Sozialmodells. Finnland ist das aufschlussreiche Beispiel einer Gesellschaft, die auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie an der Spitze des Fortschritts steht und gleichzeitig einen starken Wohlfahrtsstaat besitzt. Der Fall Finnland widerlegt die These, dass eine Hightech-Wirtschaft notwendigerweise dem deregulierten Silicon-Valley-Modell zu folgen habe.

Finnland weist eine höhere Durchdringung mit Informationstechnologie auf als die Vereinigten Staaten. Die Wachstumsrate des Landes betrug zwischen 1996 und 2001 durchschnittlich 5,1 Prozent pro Jahr. Finnland gehört zur Spitzengruppe aller Industriestaaten im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit, und das finnische Steueraufkommen ist hoch.

Mehr gesellschaftliche Gleichheit

6. Oft wird erklärt, „unsere Gesellschaften werden immer ungleicher“, doch in vieler Hinsicht stimmt diese Behauptung nicht. Die Stellung von Frauen, Homosexuellen oder Behinderten zum Beispiel hat sich im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte nahezu überall verbessert. Wahr ist, dass in vielen Industriegesellschaften die Ungleichheit der Einkommen zugenommen hat, aber es gibt Anzeichen dafür, dass dieser Prozess inzwischen im Abklingen begriffen ist. Einigen Staaten ist es gelungen, bemerkenswerte gesellschaftliche Gleichheit zu bewahren – wobei wieder einmal die nordischen Länder an der Spitze liegen. Die wichtigste Erklärung ist das überlegene Investieren der Skandinavier in das Humanvermögen ihrer Gesellschaften. Wir müssen daher drastisch höher in die frühkindliche Bildung und Betreuung investieren, weil

über so viele Fähigkeiten bereits in diesem Lebensabschnitt entschieden wird. Die Investition in frühkindliche Bildung und Erziehung ist ein Schlüsselement zur Verminderung von Armut während des gesamten Lebensverlaufs.

7. Ökologische Fragen müssen weit deutlicher als in der Vergangenheit in den Vordergrund treten. Dies gelingt dann am besten, wenn das Thema unter dem Leitmotiv der ökologischen Modernisierung behandelt wird. Die Idee entstand in bewusstem Widerspruch zur These von den „Grenzen des Wachstums“, die von einer früheren Generation ökologischen Denkens vorgebracht wurde. Ökologische Modernisierung bedeutet, wo immer möglich ökologische Innovationen zu finden, die mit wirtschaftlichem Wachstum vereinbar sind. Dazu können grüne Technologien gehören, ebenso der Griff zu marktbasierter und steuerlichen Anreizen für Konsumenten, Unternehmen und andere Institutionen, in ihrem Handeln umweltfreundlicher zu werden.

Multikulturelle Solidarität

8. Das Thema Einwanderung und Integration ist überall in Europa zu einer der heißesten Fragen überhaupt geworden. Der Gegenstand ist viel zu komplex, als dass er hier

ausführlich diskutiert werden könnte. Die zentralen Fragen lauten: Verlieren Gesellschaften, in dem Maße, wie sie multikulturell werden, unweigerlich ihr Grundgefühl der Gemeinsamkeit, ihren Sinn für soziale Solidarität? Werden Mehrheiten bereit sein, eine Politik zugunsten derjenigen zu unterstützen, die neu hinzugekommen sind oder sich kulturell vom *Mainstream* unterscheiden? Vergleichende Studien lassen die Vermutung zu, dass die Antwort darauf ein vorsichtiges „Ja“ ist, solange bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind (Rossi 2003). Zu diesen Voraussetzungen gehört erstens, dass die Einwanderer aus allen Bildungsgruppen stammen müssen – dass sie also nicht überwiegend ohne Qualifikationen sind; zweitens, dass nicht von Anfang an ein Anspruch auf den vollen Zugang zu sämtlichen Sozialleistungen besteht; und drittens, dass konkrete Schritte unternommen werden, damit die Einwanderer die grundlegenden kulturellen Normen der Gesellschaften akzeptieren, in denen sie neu angekommen sind.

Alterung ist kein „Problem“

9. Die alternde Bevölkerung sollte als Möglichkeit begriffen werden und nicht bloß als ein weiteres „Pro-

blem“. Wir wissen, was geschehen muss. Die Lösung der Schwierigkeiten in den meisten Ländern hängt davon ab, ob der politische Wille aufgebracht wird, die nötigen Veränderungen tatsächlich herbeizuführen. Wir müssen jüngere Menschen davon überzeugen, dass sie mehr Geld zurückzulegen haben. Die Hauptursache für das Altern der Gesellschaft ist nicht, dass die Menschen immer länger leben. Das tun sie zwar, doch entscheidend ist die niedrige Geburtenrate. Der Staat muss den Menschen Anreize geben, mehr Kinder zu bekommen, und er muss dafür sorgen, dass zeitgemäße Formen von Sozialstaatlichkeit verwirklicht werden. Ganz egal, welche Maßnahmen ergriffen werden, um Menschen beim Sparen zu helfen oder sie sogar dazu zu zwingen: Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, das Problem unfinanzierbarer Rentenverpflichtungen zu lösen. Wir müssen ältere Menschen davon überzeugen und dazu motivieren, länger zu arbeiten. Solch ein Ziel ist mitnichten nur negativ. Wir müssen sowohl in der Arbeitswelt wie auch sonst gegen die Diskriminierung Älterer kämpfen. Für Menschen über 55 oder sogar über 65 besitzt „Alter“ heute nicht mehr dieselbe be- und verhindernde Wirkung wie einst.

10. Die fortgesetzte Erneuerung des Staates und seiner öffentlichen

Dienstleistungen ist für die Zukunft des Europäischen Sozialmodells genauso wichtig wie die bereits genannten Punkte. Wo immer es nützlich ist, heißen die Leitlinien dabei Dezentralisierung und Diversifizierung. Es liegt auf der Hand, dass eine Balance zwischen diesen Zielen und weiterer Integration bestehen muss. Die Beziehungen der Staaten der Europäischen Union, die zugleich die Verschiebung von Macht nach oben wie nach unten erleben, sind ein herausragendes Beispiel (aber dennoch nur ein Beispiel) dafür, wie unausweichlich das Regieren und Verwalten auf mehreren Ebenen zugleich bereits heute ist. Natürlich ist die Frage, ob öffentliche Dienste privatisiert oder in die Hände gemeinnütziger Organisationen und Agenturen gelegt werden sollten, weiterhin Gegenstand heftiger Debatten. Auf jeden Fall sollten öffentliche Dienstleistungen genauso sehr wie kommerzielle Organisationen an den Bedürfnissen derer ausgerichtet werden, für die sie da sind – und in mancher Hinsicht sogar noch mehr.

Die Prinzipien der Erneuerung

Die meisten Probleme, vor denen das Europäische Sozialmodell heute steht, betreffen nicht spezifisch einzelne Län-

der, sondern sie sind strukturell bedingt. In der Ära der Globalisierung lässt sich oft – oder sogar normalerweise – verallgemeinern, um welche Lösungen es gehen muss. Was ich im Folgenden skizziere ist eine Art Idealtyp – eine Liste von Merkmalen, die auf je eigene Weise von Ländern im Prozess der Erneuerung realisiert werden könnten. Ein Muster für ein Erneutes Europäisches Sozialmodell könnte durch die folgenden Grundeigenschaften gekennzeichnet sein:

- Verschiebung von negativer zu positiver Sozialstaatlichkeit. Als William Beveridge seinen Plan für den britischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit entwickelte, stellte er sich – wie fast alle anderen auch – den Sozialstaat als Einrichtung zur Korrektur von Missständen vor. Der Sinn seiner Neuerungen bestand darin, die „fünf Übel“ der Unwissenheit, des Elends, der Verwahrlosung, der Untätigkeit und der Krankheit anzugreifen. Tatsächlich sollte uns keines dieser Übel aus dem Blick geraten, aber heute sollten wir viel stärker versuchen, sie ins Positive zu wenden. Mit anderen Worten: Wir sollten Bildung und Lernen fördern, Wohlstand, Wahlmöglichkeiten, aktive soziale und wirtschaftliche Partizipation sowie gesunde Lebensweisen.
- Solche Ziele setzen Anreize ebenso voraus wie Leistungen, Pflichten

ebenso wie Rechte, weil es zu ihrer Erreichung auf die aktive Beteiligung der Bürger ankommt. Die Verbindung von Wohlfahrt und Bürgerschaft erfolgt eben nicht – wie klassisch von T. H. Marshalls formuliert – durch die Ausweitung von Rechten, sondern durch die richtige Mischung von Rechten und Pflichten. Der passive Bezug von Arbeitslosengeld wurde in der Vergangenheit nahezu ausschließlich als Recht definiert – und hat sich vor allem aus genau diesem Grund als dysfunktional erwiesen. Mit der Einführung aktiver Arbeitsmarktpolitiken wird deutlich gemacht, dass die erwerbsfähigen Arbeitslosen die Pflicht haben, nach Arbeit zu suchen, wenn sie staatliche Hilfe in Anspruch nehmen wollen – und mit Hilfe von Sanktionen wird durchgesetzt, dass sie dieser Pflicht auch wirklich nachkommen.

- Der traditionelle Sozialstaat hat versucht, einen Risikotransfer vom Individuum auf den Staat oder die Gemeinschaft zu organisieren. Sicherheit wurde als Verringerung oder Abwesenheit von Risiken definiert. Tatsächlich jedoch wohnen dem Risiko auch viele positive Aspekte inne. Häufig müssen Menschen Risiken eingehen, um ihr Leben zu verbessern. Ohnehin ist es in einer sich schnell bewegenden Umgebung wichtig, ob Menschen in der Lage sind, sich auf Veränderungen einzustellen, ob sie den Wandel aktiv

für ihre Zwecke zu nutzen verstehen. Diese Aussage trifft auf Arbeitnehmer genauso zu wie auf Unternehmer; sie trifft genauso zu für Menschen, die eine Scheidung oder andere soziale Übergänge erleben, wie für die Welt der Ökonomie. Der kreative Umgang mit Risiken bedeutet jedoch nicht die Abwesenheit von Sicherheit – ganz und gar nicht! Zu wissen, dass Hilfe zur Verfügung stehen wird, wenn die Dinge schief gehen sollten, kann oft die Bedingung dafür sein, dass Menschen überhaupt ein Risiko einzugehen bereit sind. Dies scheint mir ein Bestandteil der Logik des Prinzips der Flexicurity auf dem Gebiet der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu sein.

- Ein erneuertes Europäisches Sozialmodell muss sich verstärkt auf Gebühren stützen. Öffentliche Dienstleistungen, die für ihre Nutzer kostenlos sind, mögen aus edlen Motiven heraus entworfen worden sein. Sie geraten jedoch leicht in ganz bestimmte Schwierigkeiten. Da sie wenige Mechanismen aufweisen, um die Nachfrage nach ihnen im Zaum zu halten, werden sie von allzu vielen Menschen und allzu oft in Anspruch genommen – und leiden dann an „Überfüllung“. So entwickeln sich Zweiklassensysteme: Wer genug Geld hat, entzieht sich. Das Gebührenprinzip – Gebühren entrichtet von unmittelbaren Nutzern – wird deshalb für die öffentli-

chen Dienstleistungen vermutlich eine zunehmende Rolle spielen, von den Renten über die Gesundheit bis hin zum Hochschulstudium.

- Das erneuerte Europäische Sozialmodell muss entbürokratisiert werden. Der alte Sozialstaat beruhte fest überall darauf, die Bürger als passive Untertanen zu behandeln. Kollektivismus war früher in einem anderen Maße akzeptabel, als dies heute der Fall ist – und sein sollte. Entbürokratisierung heißt, sich den Interessen von Produzenten entgegenzustellen, für Dezentralisierung und lokale Entscheidungsspielräume einzutreten. Aufschlussreiche Beispiele dafür bieten die gesundheits- und bildungspolitischen Reformen, die Schweden und Dänemark in den frühen neunziger Jahren eingeführt haben. Diese Bemühungen sollten eindeutig vom Instrument der Privatisierung unterschieden werden, die eine andere Möglichkeit darstellt, solche Ziele zu verfolgen.

Ein neues Sozialmodell

Auf der Ebene der konkreten politischen Maßnahmen möchte ich 13 Punkte vorschlagen, die ein erneuertes Europäisches Sozialmodell kennzeichnen sollten:

1. Die progressive Einkommenssteuer bleibt als ein Mittel zur Verringerung von Ungleichheiten bestehen. Das

- Einkommen nach Steuern ist in allen Industriestaaten noch immer egalitärer als das Bruttoeinkommen. Überall führt der Trend fort von Steuern auf Arbeit und hin zur Besteuerung des Konsums – wiederum so weit wie möglich mit progressiven Elementen.
2. Verantwortliche Haushaltspolitik ist ein Leitprinzip der Finanzierung des Sozialstaats – wenngleich in bestimmten Situationen Flexibilität angebracht ist. Dieses Prinzip gilt langfristig und betrifft beispielsweise die Fähigkeit, spätere Rentenverpflichtungen vorzusehen.
 3. Es werden aktive Arbeitsmarktpolitiken angewandt, die auf ein angemessenes Gleichgewicht aus Anreizen und Verpflichtungen setzen. Diese Anreize und Verpflichtungen gelten für ältere Arbeitnehmer genauso wie für andere Altersgruppen. Flexibilität und staatliches Engagement im Hinblick auf Weiterbildung oder Umschulung gehören zusammen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Ziel gewidmet, als erwerbsunfähig registrierte Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zurückzubringen.
 4. Die Schaffung von Arbeitsplätzen spielt eine zentrale Rolle sowohl im Hinblick darauf, Wachstum zu ermöglichen wie hinsichtlich der Eindämmung von Armut – der beste Ausweg aus der Armut ist ein anständiger Arbeitsplatz mit einem Gehalt oberhalb des Mindestlohns.
 5. Teilzeitarbeit wird aktiv gefördert und nicht stigmatisiert. Sie muss anteilig genau dieselben sozialen Leistungen verschaffen wie Vollzeitarbeit.
 6. Die Betonung des Gleichheitsprinzips ist ein roter Faden, der alle Politiken miteinander verbindet: der fundamentale Sinn des erneuerten Europäischen Sozialmodells besteht gerade darin, wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Aufwärtsmobilität ist viel wichtiger, als „den Reichen“ das Leben möglichst schwer zu machen, denn die „Reichen“ sind eine winzige Gruppe, die „Armen“ hingegen eine sehr große. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Kinderarmut. Gesellschaften mit geringer Kinderarmut sind typischerweise auch auf vielen anderen Gebieten egalitärer als andere Gesellschaften.
 7. Es werden gezielte Strategien eingesetzt, um verfestigte und langfristige Formen von Armut und sozialem Ausschluss zu bekämpfen. Dazu können negative Einkommenssteuern oder Steuergutschriften gehören.
 8. Besondere Aufmerksamkeit wird denjenigen Beschäftigten gewidmet, die in Dienstleistungsberufen mit niedrigem Qualifikations- und Lohnniveau arbeiten, um so weit wie irgend möglich zu gewährleisten, dass auch für diese Gruppen Aufstiegschancen be-

stehen. Das erfordert nicht nur die staatliche Gewährleistung von Weiterbildung, sondern auch die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, um Arbeitsplätze nach Möglichkeit aufzuwerten. Lebenslanges Lernen bleibt keine leere Phrase mehr, sondern wird gelebte Wirklichkeit. Dazu gehört die Möglichkeit der ordnungsgemäßen Dokumentation erworbener Zusatzqualifikationen.

9. Es werden gezielte Maßnahmen zur besseren Integration ethnischer Minderheiten und Einwanderer ergriffen.
10. Das Verhältnis von Sozialleistungen und Gebühren wird so organisiert, dass sich möglichst wenige wohlhabende Bürger für die Flucht aus den Sozialsystemen entscheiden können.
11. Der Staat wendet relativ weniger Mittel für die Älteren auf und mehr für die Jungen. Dabei wird der Kinderbetreuung, der frühkindlichen Bildung und der Ermutigung zur Familiengründung besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
12. Investitionen in Wissenschaft, in Technologie und Hochschulbildung sind die entscheidenden Einflussgrößen, sowohl auf dem Gebiet der Industriepolitik wie im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
13. Jegliche Politik wird unter dem Gesichtspunkt ihrer ökologischen Wirkung bewertet. Alle Staaten betrachten ihre Zusagen im Rahmen des Kyoto-Protokolls als verpflichtend.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bekennen sich aktiv zu den kurz- und längerfristigen ökologischen Zielen der Europäischen Kommission. Ein Beispiel sind langfristig wirksame Pläne wie der eines vollständigen Übergangs zur Wasserstoffwirtschaft bis zum Jahr 2050.

Verzicht ist nicht möglich

Ein erneuertes Europäisches Sozialmodell entlang dieser Leitlinien weist für Europa – einschließlich der neuen EU-Mitgliedstaaten – einen wirklichen Weg nach vorne. Sicherlich sind die praktischen und politischen Barrieren, die solch einem Projekt entgegenstehen, in einigen Ländern beträchtlich. Selbst wo Lösungen verallgemeinerbar erscheinen, bleiben Fragen und Schwierigkeiten hinsichtlich der Verwirklichung von Methoden der best practice bestehen.

Immer wieder wird die Frage gestellt: Kann sich Europa sein Sozialmodell leisten? Aber vielleicht sollten wir genau umgekehrt fragen: Kann sich Europa leisten, auf sein Sozialmodell zu verzichten? Das Ausmaß der Ungleichheit, das in den Vereinigten Staaten herrscht, könnte Amerika in den kommenden Jahren noch dramatische Probleme verschaffen. Es mag ja beispielsweise sein, dass die USA die besten Universitäten der Welt besitzen, aber das Land besitzt auch den höchsten Anteil von Analphabeten aller industrialisierten Staaten.

Den Ergebnissen der international vergleichenden PISA-Studie zur Lesekompetenz von 15-Jährigen zufolge belegen die Vereinigten Staaten unter 29 Ländern nur den 24. Rang; ebenfalls nur den 24. Platz erreichen die amerikanischen Jugendlichen hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Probleme zu lösen. In einer Zeit, da die Wissensökonomie selbst globalisiert wird, könnte es sein, dass sich ein reformiertes Europäisches Sozialmodell dem amerikanischen Modell überlegen erweisen wird.

Die beste aller Welten?

Ein Europa, das sich der Welt gewachsen zeigen würde, hätte ...

- ein Niveau der Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie so wie Finnland,
- eine industrielle Produktivität so wie Deutschland,

- gesellschaftliche Gleichheit so wie Schweden,
- eine hohe Erwerbsquote so wie Dänemark,
- Wirtschaftswachstum so hoch wie in Irland,
- ein Niveau der Gesundheitsversorgung so wie Frankreich,
- ein Bruttosozialprodukt pro Kopf so hoch wie in Luxemburg,
- ein Bildungsniveau so wie Norwegen (das jedoch nicht der Europäischen Union angehört),
- einen kosmopolitischen Geist so wie Großbritannien und
- Wetter so wie Spanien.

Ich hatte diese Aufzählung zunächst nur als Satire gemeint. Aber vielleicht sollten wir – abgesehen von den spanischen Klimaverhältnissen – tatsächlich nichts Geringeres anpeilen als genau diese hohen Ziele. ■

Aus dem Englischen von Tobias Dürr.

Wir danken dem *policy network* in London und der *Friedrich-Ebert-Stiftung* für ihre Unterstützung.

LORD ANTHONY GIDDENS

ist seit 2004 Mitglied des britischen Oberhauses und war bis 2003 Direktor der London School of Economics and Political Science.

Vorsorge ist besser als Nachsorge

10 THESEN ZUR LEISTUNGS- UND LEGITIMATIONSKRISE
DES ALTEN SOZIALSTAATES
VON **WOLFGANG SCHROEDER**

Der deutsche Sozialstaat ist zwar besser als sein Ruf, gleichwohl befindet er sich nicht auf der Höhe der Zeit. In diesem Sinne werden in den folgenden Thesen die als defizitär identifizierten Strukturen des deutschen Sozialstaates beleuchtet, um dafür zu sensibilisieren, dass nicht nur ein Umdenken, sondern auch ein Umsteuern notwendig ist. Die Konzeption eines vorsorgenden Sozialstaates ist darauf eine politische Antwort. Mit ihm lässt sich die Leistungs- und Legitimationskrise des nachsorgenden Sozialstaates angehen.

Unterschiedliche Desintegrationsprozesse bestimmen die soziale Wirklichkeit in Deutschland. Neu daran ist weniger die verfestigte Massenarbeitslosigkeit, die sich in Deutschland durch eine international selten anzutreffende Zahl von Langzeitarbeitslosen und Niedrigqualifizierten auszeichnet. Dieses Übel begleitet die bundesdeutsche Gesellschaft seit mittlerweile über 30 Jahren. Die Armut in

Deutschland ist seit 1998 gestiegen, besonders betroffen sind Alleinerziehende, Arbeitslose, Kinder und junge Erwachsene. Die besondere Brisanz dieser alten sozialen Frage verschärft sich seit einigen Jahren durch neue soziale Befunde. Zu den wesentlichen Elementen dieser neuen sozialen Fragen zählen:

- Bildungs- und Ausbildungsdefizite,
- anwachsende Bedeutung von Zivilisationskrankheiten,
- unzureichende soziale Durchlässigkeit,
- abnehmender Aufstiegswille in bestimmten gesellschaftlichen Milieus,
- Desintegrationsprozesse bei bestimmten Migrantengruppen,
- unzureichende Infrastruktur für lebenslanges Lernen sowie
- eine schwache Basis um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Im Ergebnis lassen sich die Befunde der neuen sozialen Fragen auf finanzia-

elle, strukturelle und mental-kulturelle Ursachen zurückführen. Die am einfachsten und zugleich am wenigsten problematische Dimension ist dabei die finanzielle.

In regelmäßigen Abständen wird seit nunmehr fast 30 Jahren in unterschiedlichen Varianten darüber debattiert, dass der bestehende Sozialstaat den neuen sozialen Herausforderungen nicht hinreichend gewachsen ist. In den siebziger Jahren diskutierten wir die „neue soziale Frage“, ausgelöst durch die CDU. In den achtziger Jahren stießen die Gewerkschaften eine Debatte über die „neue Armut“ an. In den neunziger Jahren haben die Protagonisten der sozialdemokratischen „Dritte Weg-Debatte“ die Exklusionsdebatte begonnen. Gemeinsam ist all diesen Debatten ihre Folgenlosigkeit.

Keine Antwort für verunsicherte Mittelschicht

Wie kann aber nun verhindert werden, dass der 2006 geführten Unterschichtendebatte das gleiche Schicksal widerfährt? Meine erste und vielleicht wichtigste Antwort darauf lautet, dass Einigkeit darüber hergestellt werden sollte, dass die neuen Herausforderungen des Sozialstaates mit der aktuellen „Unterschichtendebatte“ nur partiell eingefangen werden. Denn zugleich besteht auch eine hohe Unzufriedenheit der Mittelklassen über das Ver-

hältnis zwischen ihren finanziellen Belastungen und den dafür angebotenen sozialstaatlichen Leistungen. Abgehängte Unterschichten und verunsicherte Mittelschichten müssen als die beiden Seiten einer sozialstaatlichen Debatte verstanden werden.

■ ■ Der nachsorgende, beitragsfinanzierte Sozialstaat war eine adäquate Antwort auf eine Industriegesellschaft, die auf der vollbeschäftigten, männlichen Ernährerrolle mit stabilen Familienmilieus basierte. Ursächlich für die grundlegenden Defizite des gegenwärtigen Sozialstaates sind seine primär beitragsfinanzierten, passiven und statusorientierten Strukturen, die es nicht verhindern, dass der Faktor Herkunft zementiert wird, Ausgrenzung zunimmt und die Durchlässigkeit der Gesellschaft abnimmt.

Um diese Konstruktionsfehler anzugehen, ist es notwendig, den Sozialstaat stärker in Richtung eines vorsorgenden Sozialstaates auszubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es grundlegende politische Entscheidungen, die dazu führen, dass der zukünftige Sozialstaat mehr steuer- und weniger beitragsorientiert und dadurch mehr dynamisch-aktivierend als segmentierend und statusorientiert ist.

Nachsorgender und vorsorgender Sozialstaat lassen sich nicht gegeneinander in Stellung bringen. Sie gehören zusammen. Die zentrale Bedeutung

eines nachsorgenden Sozialstaates ist auch in einer durch sozialen und ökonomischen Wandel stark veränderten Gesellschaft nicht von der Hand zu weisen. Diese Ergänzung ist jedoch nicht additiv zu verstehen, sondern strukturell. Ziel muss ein neues Mischungsverhältnis sein, bei dem der Schwerpunkt von der nachsorgenden zur vorsorgenden Dimension verschoben wird.

■■■ ■ Wer darüber nachdenkt, wie der Sozialstaat weiter entwickelt werden kann, muss die Transformation der Arbeitsgesellschaft mit bedenken. Der Arbeitsgesellschaft ist trotz enormer Produktivitätssprünge, trotz gigantischer Rationalisierungserfolge und eines stark geschrumpften industriellen Arbeitsmarktes nicht die Arbeit ausgegangen. Das Gegenteil ist der Fall. Immer mehr Menschen arbeiten, immer mehr Menschen suchen eine Arbeit. Verschließen kann man die Augen aber nicht davor, dass sich nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Arbeitsverhältnisse gewandelt haben.

Seit Jahren wird die primäre Finanzierung des Sozialstaates über die Erwerbsarbeit schwächer, während die Probleme (Arbeitslosigkeit und diskontinuierliche Erwerbsbiografien), die durch den Wandel der Arbeitsgesellschaft geschaffen werden, wachsen. Auch die dauerhafte und sichere Integration in den Arbeitsmarkt ist stark

abgeschwächt worden. Die Antwort auf diese Phänomene sollte jedoch nicht in einer passiven Alimentierung derjenigen bestehen, die zurzeit keinen Platz in der Erwerbsgesellschaft finden. Darauf würde zum Beispiel die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens hinauslaufen. Es sollte weiter das Gegenteil angestrebt werden: die Integration in die Arbeitsgesellschaft. Sicher, für viele Langzeitarbeitslose kann dies schwierig oder gar nicht mehr möglich sein, weshalb für sie andere, ihrer Lebenssituation gemäße Formen der Unterstützung gefunden werden müssen.

Nicht Alimentierung sondern Aktivierung

Grundsätzlich aber sollte auch für den vorsorgenden Sozialstaat die Integration in die Erwerbsarbeit zentral sein. Das heißt, dass neben allen längerfristigen Aktivitäten der vorsorgenden Sozialpolitik, ein zentrales Augenmerk auf die Felder des dualen Systems, der Weiterbildung und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik gelegt werden muss. Der entscheidende Punkt ist, dass gegenwärtig vergleichbare gesellschaftliche Binde-, Sinn- und Anerkennungsbezüge nur die Erwerbsarbeit herstellen kann. Diese These ist sich der Schattenseiten der Arbeitsgesellschaft bewusst, wozu gegenwärtig Massenarbeitslosigkeit, die Existenz

schlecht bezahlter Jobs und problematische Arbeitsbedingungen zählen.

IV. Das Zentrum der deutschen Sozialpolitik lag bislang in der Sozialversicherungspolitik. Dagegen wurden Bildungs-, Familien- und Migrationspolitik nur am Rande berücksichtigt. Um angesichts der hohen Bedeutung, die Bildung und die richtige Ausbildung für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt haben, sind die Voraussetzungen dafür insbesondere in den bildungsfernen Schichten neu zu bedenken. Wichtig ist deshalb eine Bildungspolitik, die schon in der frühkindlichen Phase einsetzt, um den Einzelnen so früh wie möglich zu fördern und damit Chancengleichheit herzustellen. Aber auch wenn das Motto „je früher desto besser“ konsequent umgesetzt wird, sollten auch die älteren Arbeitnehmer berücksichtigt werden: Denn diese Gruppe ist in den letzten Jahren immer häufiger und immer früher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen worden. Notwendig sind hier eine Strategie des lebenslangen Lernens und Förderns sowie eine Politik, die altersgerechte Arbeit fördert.

Kommen wir zur neuen Familienpolitik, die durch eine enge Verknüpfung mit anderen Politikfeldern gestärkt werden könnte. Dafür müssen bessere Betreuungsmöglichkeiten vor und nach der Schule geschaffen werden, um Familie und Beruf leichter zu vereinbaren.

Die dritte Säule bildet die Gesundheitspolitik, die den vorsorgenden Aspekt ihres Auftrages in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt hat und viel stärker präventiv angegangen werden muss. Eine gute Gesundheit ist Voraussetzung für eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt.

Das vierte Politikfeld zielt auf eine Integrationsoffensive gegen Menschen, die eingewandert sind und in Deutschland leben und arbeiten. Diese Leerstelle verantwortet einen Teil der sozialen Probleme, die gegenwärtig unter dem Label der neuen sozialen Fragen diskutiert werden.

V. Das Zentrum des vorsorgenden Sozialstaates sind qualitativ verbesserte Einrichtungen, um Lebenschancen zu fördern. Konkret geht es um den Ausbau der frühkindlichen Erziehung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie betriebliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. In der Bildungspolitik sind verstärkte Investitionen in Grund- und Hauptschulen, deren stiefmütterliche Behandlung sich zu einer großen Belastung für eine integrative Chancenpolitik auswächst, notwendig.

Auch das Feld der Stadt- und Wohnungspolitik, eng mit der Familien- und Bildungspolitik verzahnt, könnte eine wichtige Sphäre für eine vorsorgende Infrastruktur bilden. Projekte, wie die „soziale Stadt“, könnten neue vorsorgende

Sozialstaatselemente befruchten. Dass die Privatisierung städtischer Wohnungsbau-gesellschaften die Voraussetzungen dafür einfacher macht, ist wenig plausibel. Eine andere Infrastruktur muss nicht nur die Startchancen gerechter verteilen, sondern auch zweite und dritte Chancen anbieten, damit auch nach gescheiterten Versuchen der Einstieg in das Bildungs- und Arbeitsmarktsystem wieder gelingen kann.

Weniger Transfer, dafür bessere Infrastruktur

Träger dieser erweiterten und verbesserten Infrastruktur muss jedoch keinesfalls immer der Staat selbst sein. Im Kontext einer positiven Verantwortungsteilung kann es auch sinnvoll sein, dass Vereine, Verbände und in einzelnen Fällen auch Unternehmen und Privatpersonen Träger einer erneuerten sozialen Infrastruktur sind. Letztlich bedarf es vor allem einer anspruchsvollen politischen Steuerung, die knappe Ressourcen innovativer und effektiver einsetzt. Eine qualitativ anspruchsvolle Infrastruktur kann die Basis dafür bilden, von den Menschen Eigenvorsorge für ein selbst bestimmtes Leben zu fordern und ihnen bessere Verwirklichungschancen für ein selbst bestimmtes Leben zu bieten.

VI. Dreh- und Angelpunkt einer qualitativ hochwertigen und leistungsfähigen Infrastruktur sind die

Menschen, die in den betreffenden Einrichtungen darüber entscheiden, wer wie gefördert werden kann. Deshalb geht es auch darum, wie die Erzieher, Sozialarbeiter, Lehrer, Fallmanager, Pfleger etc. ausgebildet, bezahlt, unterstützt und anerkannt werden. Nicht zu unterschätzen ist aber auch, ob sie selbst durch ein ausgeprägtes Berufsethos dazu beitragen, ihre eigene Handlungsfähigkeit zu erweitern.

Notwendig ist dafür zweifellos eine gesellschaftliche Aufwertung der Beschäftigten in den sozialstaatlichen Einrichtungen vom Kindergarten bis zum Altersheim, von der Schule bis zur Ausbildungsstätte. Eine wesentliche Voraussetzung, um Ansehen, Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Unterstützung für diese zentralen sozialstaatlichen Akteure zu verbessern, ist eine veränderte Rekrutierungs- und Professionalisierungspolitik. Für manche Berufe, wie zum Beispiel für den des Erziehers, bedeutet dies, dass sowohl die Ausbildung als auch die Bezahlung qualitativ gehaltvoller werden müssen. Bei den Lehrern ist nicht nur ein anderes Studium, sondern auch eine stärker an der pädagogischen Eignung ausgerichtete Auswahl der Studierenden notwendig.

VII. Das zentrale Problem des deutschen Sozialstaates sind keineswegs seine Kosten. In den meisten Bereichen steht genügend Geld

zur Verfügung; auch für diejenigen, die keine Arbeit haben. Jedenfalls wenn man diese Leistungen im internationalen Maßstab vergleicht. Gleichwohl sind gerechtere, ergiebigere und nachhaltigere Formen der Finanzierung möglich und anzustreben. Dabei sollte und kann man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Auch in Zukunft sollte der deutsche Sozialstaat primär über Beiträge finanziert werden. Ohne jedoch weitere Einnahmequellen zu erschließen und sich stärker als heute über Steuern zu finanzieren, wird es einen vorsorgenden Sozialstaat nicht geben können. Das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates setzt darauf, durch den Ausbau von Prävention und Infrastruktur Nachsorge zu reduzieren. Da sich diese Ausgaben weder gleich in positiven Ergebnissen niederschlagen noch direkt Ausgaben im nachsorgenden Bereich reduzieren helfen, bedarf es der Einsicht, dass diese Strategie der Umsteuerung ein längerfristiges Projekt ist.

Investitionen zahlen sich langfristig aus

Der vorsorgende Sozialstaat ist also zunächst keine billige Lösung, sondern eine, die mit durchaus kostspieligen Investitionen verbunden sein kann. Dies bedeutet, dass kurz- bis mittelfristig sogar ein höherer Finanzaufwand notwendig ist, der solidarisch

auf allen Schultern der Gesellschaft verteilt werden muss. Die Investitionen werden sich erst mittel- und längerfristig auszahlen. Wenn der vorsorgende Sozialstaat erfolgreich ist, dann könnte sich das qualitative Angebot des nachsorgenden Sozialstaates verbessern, weil dieser von bestimmten Kosten befreit wäre und sich mithin besser auf die wirklichen Problemfälle konzentrieren könnte.

VIII. Immer mehr Menschen fühlen sich ausgeschlossen, abgehängt oder verunsichert. Dieser Tendenz muss entgegengewirkt werden. Jedoch ist eine Konzentration allein auf die „Unterschichten“ dabei nicht sinnvoll. Erstens, weil auch der vorsorgende Sozialstaat primär über Beiträge finanziert werden muss – und deshalb auf das Einverständnis der Mittelschichten angewiesen ist. Notwendige Veränderungen müssen primär von dieser Gruppe getragen werden. Zurzeit fühlt sich die Mittelschicht wie der Lastesel der Nation.

Zweitens kommt hinzu, dass der Sozialstaat auch für die Lebenssituationen der Mittelschichten unzureichende Leistungen erbringt, um sich im gesellschaftlichen Wandel als dynamischer und stabiler Akteur zu empfinden. So macht sich ein Verunsicherungsgefühl breit, das längst weite Teile der Mittelschicht erfasst hat. Den Sozialstaat neu denken und ihn stärker vorsorgend aus-

zurichten, böte insofern auch die Chance, einen Beitrag zu leisten, um das Verunsicherungsgefühl größer werdender Bevölkerungsteile abzubauen. Dabei müssen sowohl die Bedürfnisse der Mittel- als auch der Unterschichten berücksichtigt werden.

Um die infrastrukturellen Leistungen für die Unter- und Mittelschichten zu finanzieren, braucht es einen höheren Steueranteil. Deutlich herausgestellt werden sollte dabei, dass eine Politik, die dazu beiträgt, dass die Unterschichten wieder integriert sind und in andere gesellschaftliche Schichten aufsteigen wollen und können, durchaus im Eigeninteresse der Mittelschichten liegt. Denn mehr gesellschaftliche Dynamik, weniger Arbeitslosigkeit, abnehmende Kriminalität und weniger Kosten für bestimmte sozialstaatliche Leistungen würden auch die Lebensbedingungen der Mittelschichten fördern.

IX. Die Grenzen des vorsorgenden Sozialstaates sind offensichtlich. Wer sie kennen lernen will, braucht bloß einen Blick in die Debatten über Staats- und Marktversagen zu werfen. Gleichwohl kann ein kohärentes Konzept sozialstaatlicher Vorsorgepolitik, auf der Basis einer qualitativen Infrastrukturpolitik, organisiert durch fein justierte und reflexive Steuerungsmittel, dazu beitragen, vor allem die Startchancen junger Menschen grundlegend zu erhöhen. Doch was passiert mit denen, die schon ge-

scheitert, zu alt oder gar abgehängt sind? Was passiert mit denen, die aufgrund von Behinderungen nicht in die Erwerbsarbeit integriert werden können?

Auch für diese Gruppen darf es nicht nur nachsorgende Politiken geben. Auch sie sollten Adressaten für spezifische Formen einer aktivierenden und vorsorgenden Politik sein. Zugleich stehen diese Gruppen aber auch für die Grenzen vorsorgender Sozialstaatspolitik. Eine besondere Herausforderung kann auch entstehen, sollte das Strukturprinzip der Vorsorge mit dem Prinzip der Freiheit konkurrieren. Es würde sich dann die Frage stellen: Wie viel Verpflichtung, gar Zwang, verträgt der vorsorgende Sozialstaat, wenn er sich einer emanzipativen Perspektive verpflichtet?

X. Reformen aus einem Guss sind derart voraussetzungsvoll, dass ihr Gelingen äußerst selten, mithin höchst unwahrscheinlich ist. Ursächlich dafür sind nicht nur die vielen beteiligten Akteure mit ihren widerstreitenden Interessen, sondern auch die Schwierigkeit, auf Anhieb die richtigen Antworten auf den sozialen Wandel geben zu können. So verwundert es nicht, dass der Ruf nach grundlegenden Reformen genau so laut ist wie die Angst davor.

Umzusetzen ist vermutlich nur eine nachbessernde, inkrementalistische *Stop-and-go*-Politik. Reflektiertes Scheitern kann die Voraussetzungen

für bessere Reformen legen. Handeln nach Versuch und Irrtum muss jedenfalls nicht per se Ausdruck handwerklicher Schwäche sein. Vielmehr sollte die Politik inkrementeller Anpassungen als seriöse Art der politischen Steuerung anerkannt werden. Notwen-

dig ist aber eine klare konzeptionelle Richtung, die als Kompass im Labyrinth des politischen Stückwerkes dienen kann. Genau dieser Notwendigkeit trägt das übergreifende Konzept des vorsorgenden Sozialstaates Rechnung. ■

PROF. DR. WOLFGANG SCHROEDER

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Kassel und ist Mitglied der Grundsatzprogrammkommission der SPD.

Von Anfang an gesund aufwachsen

DAS „NETZWERK GESUNDE KINDER“ IST EIN BEISPIEL FÜR
VORSORGENDE FAMILIEN- UND KINDERBETREUUNG
VON **HENDRIK KARPINSKI, SOLVEIG REINISCH** UND **SIMONE WEBER**

Seit langem fällt uns auf, dass wir Kinder, die in unsere Klinik kommen, zwar gesund machen können, das ursächliche Problem jedoch häufig weiter besteht. Vorsorgeuntersuchungen und Vorsorgeimpfungen werden zu wenig in Anspruch genommen. Häufig merken wir, dass junge Familien zu uns kommen und einfach nur Rat suchen – weil Mütter und Väter im Umgang mit ihren Kindern unsicher sind.

Aus diesen vielfältigen Beobachtungen, die wir – Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen und Therapeuten – in den Kliniken für Geburtshilfe und Kindermedizin gemacht haben, ist die Idee für ein Projekt entstanden, das die Kinder in den Mittelpunkt stellt um Familien umfassend und von Anfang an zu begleiten.

Nach intensiven Vorbereitungen konnte das „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ als erstes von drei Brandenburger Modellprojekten im Mai 2006 starten. Es ist ein Element des „Maßnahmepaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit“ der Bran-

denburger Landesregierung. Das Land übernimmt in den ersten drei Jahren die finanzielle Unterstützung. Hinzu kommen Eigenmittel des Krankenhauses, Einnahmen aus Fortbildungsangeboten, Spenden und Sponsoren. Kernstück des Projektes ist der Einsatz ehrenamtlicher Familienpaten. Allerdings muss man derzeit (noch) von Patinnen sprechen.

Weichen für die junge Familie stellen

Aus unserer Erfahrung heraus wissen wir, dass Hinweise und Gespräche – wenn sie bereits vor oder unmittelbar nach der Geburt eines Kindes angeboten werden – viele Weichen für das Zusammenleben in der Familie positiv stellen können. Viele (werdende) Mütter und Väter wünschen sich heute verschiedenerlei Unterstützung in ihrer verantwortungsvollen Rolle als Eltern. Dieser Wunsch und unsere Beobachtungen haben uns dazu veranlasst, in enger Zusammenarbeit mit der Brandenburger Landesregierung das Pilot-

projekt „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ ins Leben zu rufen. Mit dem Netzwerk wollen wir die gesundheitlich-soziale Entwicklung der in unserem Landkreis geborenen Kinder fördern und ihre Gesundheit verbessern.

Freiwillig und für alle

Im Landkreis Oberspreewald-Lausitz werden ungefähr 350 bis 400 Kinder im Jahr geboren. Ziel des Projektes ist es, *allen* Familien mit Neugeborenen – also nicht nur Familien in sozial belasteten Lebenssituationen – Begleitung und bei Bedarf Unterstützung anzubieten. Das „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ schafft auf *freiwilliger* Basis ein umfassendes Angebot zur Begleitung von Familien für eine gesundheitlich-soziale Entwicklung ihrer Kinder. Dieses Angebot mit präventivem Charakter beginnt in der Schwangerschaft und setzt sich in den ersten Lebensjahren fort. Unser Ziel ist es, alle Familien einzubeziehen, deren Kinder ab 15. Mai 2006 im Klinikum Niederlausitz geboren werden und deren Wohnsitz im Landkreis Oberspreewald-Lausitz liegt.

Das Projekt soll die Familien mit ihren Kindern wieder in den gesellschaftlichen Mittelpunkt stellen, Ermutigung in die Familien bringen, frühkindliche Beziehungen stabilisieren, damit die Kin-

der sich gesund entwickeln können – und die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dies möglich ist.

Wie funktioniert das Netzwerk? Gewonnen werden Familien für eine Teilnahme über die regionale Schwangerenkonfliktberatung „Pro Familia“, den ambulanten Gynäkologen und Hebammen, die Geburtsklinik und andere. Die Eltern verpflichten sich schriftlich in einem Vertrag zur Teilnahme, können ihre Teilnahme am Projekt aber auch jederzeit beenden. Mit ihrer Unterschrift verpflichten sie sich zur regelmäßigen Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen (einschließlich Vorsorgeimpfungen bzw. Impfberatungen) bei ihrem Kinderarzt. Daneben sollen die Eltern einmal jährlich ein kostenfreies Angebot der Elternbildung besuchen, das ebenfalls vom Projekt in Form einer „Elternakademie“ aufgebaut wird. Hinzu kommen die Hausbesuche ehrenamtlicher „Paten“. Als Anreiz zur Teilnahme am Projekt erhalten die jungen Eltern ein kleines Geschenk für die Erstaussstattung des Kindes.

Hilfe setzt bereits vor der Geburt ein

Entscheidend für die Teilnahme möglichst vieler (werdender) Mütter und ihrer Familien ist das Vertrauen in das Projekt. Es muss möglich sein, die Angebote so zu gestalten, dass es für die

teilnehmenden Familien unaufdringlich ist und es so einfacher für sie wird, am Projekt teilzunehmen. Die bereits vor der Geburt einsetzende Hilfe unterstreicht den vorsorgenden Charakter des Projekts. Vor allem soll sie die Notwendigkeit verringern, dass später – häufig genug ist es ja zu spät – das Jugendamt vor der Tür steht.

Wie sehen die Angebote für die (werdenden) Mütter und ihre Familien aus? Es geht dabei um vier Komplexe – das Familienbegleitbuch, die ehrenamtlichen Paten, die Anreizgeschenke und Schulungsmöglichkeiten.

Das Familienbegleitbuch ist das erste „Geschenk“. Er wurde speziell für die Eltern entwickelt und dient als regionales soziales Adressbuch und ständiger begleitender Dokumentensammler zu allen Beratungs-, Untersuchungs- und Therapieterminen des Kindes. Die (werdende) Mutter erhält es unmittelbar nachdem sie ihre Teilnahmeerklärung unterzeichnet hat. Das Buch dient ferner als Aufbewahrungsmöglichkeit für alle routinemäßig vorhandenen Familien- und Kinderdokumente. So enthält es beispielsweise:

- Mutterpass,
- Vorsorgeheft („gelbes Heft“),
- Impfpass,
- Röntgenpass und
- Kinderausweis.

Weiter sind standardmäßig Informationen über das Projekt, Telefon-

nummern von Praxen, Behörden und Einrichtungen u. a. eingeordnet, die jederzeit ergänzt werden.

In das Familienbegleitbuch tragen die jeweiligen regionalen Fachkräfte ein, wann die Familie mit ihrem Kind welche Einrichtung besucht hat und ob ein Problem (z. B. gesundheitlich oder sozial) aufgetreten ist. Bevor „Problem Ja“ angekreuzt wird, erklärt die jeweilige Fachkraft den Eltern, *warum* ein „Problem“ angekreuzt wurde. So bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Eltern und der Datenschutz gewahrt, und trotzdem können mögliche Entwicklungsrisiken zurückverfolgt werden.

Ehrenamtliche Paten als Novum

Bisher einzigartig ist der Einsatz ehrenamtlicher Paten. Im „Niederlausitzer Netzwerk gesunde Kinder“ dienen die Paten als Navigationshilfe für die Familien, als konstante Ansprechpartner, als Türöffner, damit Familien bei Bedarf auch professionelle Hilfe annehmen. Die Paten sind der Familie Begleiter, Vertraute und Ratgeber in allen Alltagsbelangen, die den Eltern für das Zusammenleben mit ihrem Kind wichtig erscheinen.

Darüber hinaus informieren die Paten die Familien über die zur Verfügung stehenden staatlichen, kommunalen und projektbezogenen Unterstützungen,

erinnern an die Inanspruchnahme von empfohlenen gesundheitsvorbeugenden Maßnahmen (zum Beispiel Vorsorgeuntersuchungen, Schutzimpfungen) und ermutigen bei Bedarf die Eltern zum Aufsuchen professioneller Helfer.

Während der Projektlaufzeit wird es elf obligate Besuchskontakte zwischen der Mutter (bzw. den Eltern) und dem ehrenamtlichen Familienpaten geben:

- im letzten Schwangerschaftsdrittel
- in den ersten 14 Tagen nach der Entbindung (Übergabe von Geschenk 1),
- um die 4. bis 5. Lebenswoche (Erinnerung an U3 und an Vorsorgeimpfungen),
- um die 12. Lebenswoche (Erinnerung an die U4),
- im fünften Lebensmonat (Erinnerung an Vorsorgeimpfungen),
- im siebten Lebensmonat (Erinnerung an die U5),
- um den zehnten Lebensmonat (Erinnerung an die U6),
- um das vollendete erste Lebensjahr (Erinnerung an Vorsorgeimpfungen),
- um den 18. Lebensmonat.
- um den 23. Lebensmonat (Erinnerung an die U7) und
- im Alter von 2 ½ bis 2 ¾ Jahren.

Für jeden Besuchszeitpunkt gibt es einen Hinweisbogen für die Paten, welche Themen der Gesundheitsvorsorge angesprochen werden sollten.

Darüber hinaus können zwischen der Mutter bzw. der Familie und dem ehrenamtlichen Familienpaten weitere Besuchstermine nach Bedarf vereinbart werden.

Die Paten haben eine eigene projektinterne Ausbildung erhalten, deren Inhalte vorher in unserem Netzwerk entwickelt wurden. Das mit Blick auf unsere langjährigen Erfahrungen entwickelte Curriculum der Ausbildung umfasst folgende Bausteine:

- interaktive Gesprächsführung, zum Beispiel in Form von Rollenspielen, die mit einer Videokamera aufgenommen und ausgewertet wurden (**IntraActPlus-Konzept**®),
- frühkindliche Interaktion und Eltern-Kind-Bindung (**IntraActPlus-Konzept**®),
- Inhalt und Chancen der Vorsorgemaßnahmen,
- „Das Leben mit dem neuen Kind – Hebammenwissen“,
- Rechte und Pflichten der Eltern bei Geburt eines Kindes,
- Unfallverhütung im frühen Kindesalter,
- Entwicklung und Entwicklungsförderung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren,
- die eigene Rolle als Patin: Möglichkeiten und Grenzen einer Familienpatenschaft im „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ und
- Kindeswohl und Kindesgefährdungen.

Die Vermittlung der Patinnen in die Familien läuft über eine Koordinationsstelle. Diese Koordinatorin ist die einzige fest angestellte Mitarbeiterin im Projekt. Die teilnehmenden Familien können bei Eintritt in das Projekt Wünsche in Bezug auf einen Paten (zum Beispiel Alter oder eigene Erfahrung mit Kindern) angeben. Die Koordinatorin versucht, diese Wünsche bei der Vermittlung der Patin zu berücksichtigen.

Geschenke erhöhen Teilnahmebereitschaft

Der Einsatz und das Engagement der Paten haben uns alle überrascht. Viele Menschen meldeten sich nach Berichten in der Presse – ohne dass es einen gezielten Aufruf gegeben hätte. Als Paten melden sich erfahrene Mütter und Großmütter aus den verschiedensten Berufen. Das zeigt, wie wichtig für die Mitmenschen Kindeswohl und Kinderschutz sind. Mit Hilfe dieses ehrenamtlichen Netzwerkes wird eine breite Kultur des Hinschauens, der Aufmerksamkeit für Kinder und Familien entstehen, die dazu beiträgt, dass das Land kinder- und familienfreundlicher wird.

Als zusätzlicher Anreiz für die Teilnahme von Familien an dem Projekt dienen drei hochwertige Entwicklungsgeschenke für Mutter und Kind, deren Abgabe an das Einhalten der

Bedingungen im Teilnahmevertrag gekoppelt ist. Das erste Geschenk übergibt die Patin in den ersten 14 Lebenstagen des Kindes. Es beinhaltet für das Neugeborene einen Schlafsack, eine Wickeldecke, ein Fieberthermometer, Jäckchen und Lätzchen sowie einen Gutschein zum Babyschwimmen. Aber auch für die Mutter ist etwas dabei: ein Massagegutschein im Hausbesuch und ein Set aus Duschbad, Creme und anderem.

Das zweite Geschenk wird durch die Patin im 10. Lebensmonat des Kindes überreicht, nach der fünften Vorsorgeuntersuchung. Hier ist für das Kind ein höhenverstellbarer Stuhl geplant. Das dritte Geschenk wird mit ca. 2 ¾ Jahren des Kindes überreicht, nach der siebten Vorsorgeuntersuchung.

Vorhandene Strukturen vernetzen

Schließlich bekommen die Familien auch Gutscheine für die kostenfreie oder kostengünstige Teilnahmen an Angeboten wie Schwangerenschwimmen, Geschwisterschulen, Eltern- und Väterkursen.

Wir streben an, die im Projekt entwickelten und umgesetzten Präventionsstrukturen auf andere Landkreise Brandenburgs zu übertragen. Das Projekt selber plant eine Ausdehnung der Besuche der Paten auf die ersten sieben Jahre, um gezielt auch die Sprachent-

wicklung der Kinder zum Thema machen zu können und eine Überleitung in die Schulzeit zu gewährleisten. Die Paten sollen insgesamt Wissen und Gespür für geeignete Hilfesysteme entwickeln, die sie den Familien empfehlen können. Weiterhin sollen während der Projektlaufzeit vorhandene Angebote besser aufeinander abgestimmt und optimal an die Bedürfnisse von Familien angepasst werden. Dabei sollen Synergieeffekte im Netzwerk für die Familien ausgelotet und ausgenutzt werden.

Das „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ verbindet und vernetzt so in systematischer Art und Weise Menschen in der Kommune und im ländlichen Sozialraum auf verschiedene Art und Weise:

- auf der professionellen Ebene unter anderem durch die multidisziplinäre Jugendhilfe und Gesundheitsvorsorge,
- auf der Ehrenamts-Ebene durch die Vernetzung der Paten, die gemeinsame Ausbildung und Gruppentreffen und
- auf der Ebene aller Familien mit Neugeborenem durch die Paten, zum Beispiel während der Besuche von Paten in „ihren“ Familien sowie in der Elternakademie.

Wo stehen wir nun, gut ein halbes Jahr nach dem Startschuss für das Projekt? Mittlerweile sind etwa 50 Patinnen in 200 Familien im Einsatz. Jede

Woche kommen zwischen fünf und acht Familien hinzu, darunter besonders häufig allein erziehende Mütter und Erstgebärende. Insgesamt nehmen Familien aus allen sozialen Schichten teil. Im Dezember 2006 entschieden sich ca. 80 Prozent der Familien mit Neugeborenen im Landkreis für die Teilnahme am Netzwerk. Das ist ein Erfolg, der selbst unsere Erwartungen übertrifft. Derzeit befinden sich 25 Patinnen in der Ausbildungsphase, sie werden ab dem 1. März 2007 in den Familien eingesetzt.

Bundesweit einmaliges Projekt

Zusammen mit den ehrenamtlichen Paten ist so ein sozialräumliches Netzwerk entstanden, das alle regionalen Akteure vereint, die mit der Gesundheit und der Entwicklung von Kindern beschäftigt sind. Dazu gehören die Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstelle, die Frühförderstelle, die Familienberatung FRÖBEL e.V., Gynäkologen und Kinderärzte, Hebammen, die Geburts- und Kinderklinik, das Jugendamt, freie Träger der Jugendhilfe, der Allgemeine Soziale Dienst, das Deutsche Rote Kreuz, das Gesundheitsamt, Kindertagesstätten, das Frauenhaus und der Kinderschutzbund. Auch der Jugendhilfeausschuss des Kreistages sicherte die Unterstützung des Projekts durch Mitarbeiter des Jugendamtes und seine

[von anfang an gesund aufwachsen]

freien Träger zu mit einem entsprechenden Beschluss.

Dieses in der Bundesrepublik Deutschland einmalige Präventionsprojekt lebt wesentlich durch das ehrenamtliche Engagement von Mitbürgerinnen und Mitbürgern unserer Region, die sich als ehrenamtliche Paten für die Gesundheit von Kindern einsetzen möchten. Nur durch den beispielhaf-

ten Einsatz dieser Paten und der vieler Fachkräfte in Praxen, Institutionen, Behörden und Beratungsstellen sowie der Landesregierung, des Landkreises und der Kommunen, die im „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ ihren Beitrag leisten, können wir unser zentrales Ziel erreichen: Gesundes Aufwachsen von Kindern in positiven familiären Beziehungen. ■

HENDRIK KARPINSKI

ist Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin und Geschäftsführer des Klinikums Niederlausitz.

SOLVEIG REINISCH

ist Projektkoordinatorin des „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“.

SIMONE WEBER

ist Geschäftsführerin des Klinikums Niederlausitz.

Schule aus einem Guss

DEM NEUEN GRUNDSATZPROGRAMM MÜSSEN BEHERZTE SCHRITTE IN DER BILDUNGSPOLITIK FOLGEN
VON **KARL-HEINZ SCHRÖTER**

Mit dem *Bremer Entwurf* des neuen Grundsatzprogrammes der SPD befinden wir uns nun in der heißen Phase der Diskussion um unsere neue programmatische Basis. Wir vollziehen damit den Sprung aus dem Zeitalter der Teilung der Welt in zwei Blöcke in das Zeitalter der Globalisierung. Wir bieten Antworten auf Fragen, die die Menschen zu zerreißen scheinen.

Eine dieser Fragen lautet, wie man sich in dieser komplexen Welt zurechtfinden und auf dem Arbeitsmarkt bestehen kann. Unsere Antwort klingt angesichts unserer PISA-Ergebnisse wie ein Hilferuf – ein Ruf nach mehr und besserer Bildung für unsere Kinder.

Schon heute hängen individuelle Lebenschancen mehr als je zuvor vom Bildungsniveau ab. Als Landkreis, der die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eigener Verantwortung übernommen hat, stellen wir fest, dass sich unter den jugendlichen Empfängern von Arbeitslosengeld II überproportional viele ohne oder mit schlechtem

Schulabschluss befinden. Für sie kommen nur einfache Jobs in Frage, die jedoch sowohl in der Industrie als auch der Landwirtschaft unseres Landes immer weniger werden. Selbst in einem Kalksandsteinwerk, ersetzen Maschinen Dutzende Arbeiter. In den Händen derjenigen, die die Automaten programmieren und überwachen, liegt jedoch die Verantwortung für Millionenbeträge in Anlagevermögen. Sie müssen entsprechend qualifiziert sein.

Für Nachwuchs vorsorgen

In unverblümter Klarheit sagen mir IHK und Handwerkskammer, dass viele Schulabgänger kaum die Mindestvoraussetzung für eine Lehre erfüllen. Unsere Schulen „produzieren“ zu viele nicht ausbildungsfähige Absolventen, während Nachwuchs für naturwissenschaftliche Richtungen, Informatik, Ingenieurstudien oder moderne landwirtschaftliche Ausbildungen händeringend gesucht wird. Nach meiner Einschätzung als Vertreter eines Kreises, der sich eigenverant-

wortlich um Arbeitslose kümmert, öffnet sich diese Schere gegenwärtig sogar weiter. Das bedeutet, dass wir einerseits Schulabgänger haben, die kaum ein existenzsicherndes Einkommen erreichen können und für die damit immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit programmiert sind und die lebenslang auf unsere „nachsorgenden“ Sicherungssysteme angewiesen sein werden. Andererseits geht unserer Wissensgesellschaft der Nachwuchs aus, und wir sind mit allen Konsequenzen für unseren Wohlstand davon bedroht, im internationalen Wettbewerb zurückzufallen.

Zu viel Reparatur

Derzeit leisten wir uns im Bildungsbe- reich einen gigantischen Reparaturbe- trieb. So bieten beispielsweise unsere Volkshochschulen Grundbildung an. Dorthin vermitteln wir etliche unserer langzeitarbeitslosen Jugendlichen. Das heißt, junge Menschen, die unser Bil- dungssystem zehn Jahre und länger durchlaufen haben, sollen dort lesen und schreiben lernen. Wir organisieren Vorbereitungsjahre, um die Grundvor- aussetzungen für eine Lehre zu schaffen. Dazu zählen übrigens auch erzieherische Leistungen. Dass es allerdings ungleich schwerer ist, junge Erwachsene zu erzie- hen und zu bilden als Kindergartenkin- der und Erstklässler liegt auf der Hand.

Um die Kluft zwischen mangelnder Schulbildung und immer höheren

Anforderungen in der Arbeits- und Lebenswirklichkeit zu schließen, set- zen wir nicht erst seit dem *Bremer Entwurf* für das neue Grundsatzpro- gramm auf die Ganztagschule. Dabei berufen wir uns gebetsmühlenartig auf das finnische Modell, mit dem vor allem die Bildungsergebnisse von Kin- dern aus sozial schwachen oder so ge- nannten bildungsfernen Familien sig- nifikant verbessert wurden.

Der *Bremer Entwurf* erweckt mit der starken Fokussierung auf den Aus- bau der Ganztagschulen den Ein- druck, als seien sie allein schon eine Gewähr für die Lösung unseres Bil- dungsproblems. Als Schulträger haben wir aber längst zu spüren bekommen, dass dem nicht so ist.

Schockstarre überwinden

Rückblende: Als sich die Bundesregie- rung aus der Schockstarre der deut- schen PISA-Ergebnisse gelöst hatte, sah sie in der Ganztagschule eine Möglichkeit, Bildung und Erziehung wieder stärker zusammen zu rücken. Da der Bund in Sachen Bildung keine Kompetenzen hat, versuchte die Bun- desregierung der richtigen Idee durch Auslobung von vier Milliarden Euro Fördergeld zum Durchbruch zu ver- helfen.

Als Landkreis sind wir Träger von Schulen. Von der Richtigkeit des Ge- dankens überzeugt, haben wir frühzei-

tig Förderanträge vorbereitet und uns den vorzeitigen Baubeginn genehmigen lassen. Ergebnis: In Trägerschaft des Kreises haben wir bis heute erst wenige Ganztagschulen. Warum sind es nicht mehr? Weil die Lehrerschaft und die Schulen selbst es nicht wünschen.

Zersplitterung aufgeben

Das Land, dem in Sachen Bildung die „Lufthoheit“ zukommt, kann die Einrichtung von Ganztagschulen gegen die Mitwirkungs-gremien nicht durchsetzen. Die Landesregierung versucht es nunmehr durch sanften Druck, indem für Lehrer Präsenzzeiten angeordnet werden sollen. Das wiederum scheitert vielerorts an fehlenden Lehrerarbeitsplätzen. Dafür jedoch ist der Schulträger zuständig – also Landkreise und Kommunen.

Angesichts solcher Eulenspiegelien bezweifle ich, dass wir mit unserer bildungspolitischen Kleinstaaterei für die Anforderungen der Globalisierung gerüstet sind. Ich teile auch nur bedingt die Auffassung, es fließe zu wenig Geld in die Bildung. Allein wir als Landkreis haben für die komplette Modernisierung unserer Förderschulen, Gymnasien und Oberstufenzentren in den zurückliegenden 15 Jahren mehr als eine viertel Milliarde Euro ausgegeben. Ich kenne allerdings keine Statistik, die dies je abgefragt hätte. Ich bin der Überzeugung, dass wir unser Steuergeld in Sa-

chen Bildung weit zielgenauer einsetzen könnten, wenn wir die unselige Splitterung von Zuständigkeiten aufgäben. Ich plädiere darum dafür, auch eine zweite Zutat des finnischen Erfolgsrezeptes zu nutzen: Das ist die Zusammenführung der inneren und äußeren Schulträgerschaft.

Akzeptanz für Leistung

Die Zuständigkeit für die inneren Angelegenheiten, wie das Personal vom Schulleiter bis zum Hausmeister, und die äußeren, wie Haushaltsmittel für Investitionen und Instandhaltungen, gehören in eine Hand. Und zwar in die des Schulträgers. Dann kann eine Schule aus einem Guss, mit einer Philosophie entstehen, die in der Region verwurzelt ist. Die Bürgerschaft, speziell die Elternschaft, wirkt als Regulativ und Garant für den Erfolg. Dem Schulträger steht ein Schulleiter gegenüber, der in seiner Autonomie gestärkt ist. Diese Autonomie erwirbt er vor allem durch hohe Akzeptanz in der Bürgerschaft, also durch anerkannte Leistung. So lässt sich auch die Identifikation der Lehrerschaft mit dem örtlichen Gemeinwesen und die Einbindung der Lehrkräfte in das soziale Umfeld der Schule wieder herstellen. Schließlich ist das schulische Personal die wichtigste Qualitätsressource.

Die Landkreise sind gegenwärtig verantwortlich für Schulgebäude, für technisches Personal sowie für die Schüler-

beförderung. Im Bereich der Jugendhilfe sind sie bereits für die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen vor und neben der Schule verantwortlich. Die Bildungs- und Erziehungsaufträge von Schule und Jugendhilfe haben unterschiedliche Grundlagen, berühren sich aber. Um wirksame Hilfen einleiten oder besser entbehrlich machen zu können, bedarf es eines frühzeitigen Kontakts. Gegenwärtig aber haben Jugendhilfe, Sozialhilfe und die Grundsicherung für Langzeitarbeitslose vor allem die Folgen eines Versagens von Schule zu tragen.

Kooperationen verstärken

In der Ganztagschule werden nachmittags oftmals Angebote der Musikschulen und der Volkshochschulen einbezogen, so dass eine Trennung zwischen staatlichen und kommunalen Angelegenheiten ohnehin kaum noch möglich ist. Gleiches gilt für den Einsatz von Schulassistenten und Sozialarbeitern. Beim Übergang vom Kindergarten zur Schule muss die Kooperation vor der Einschulung der Kinder verstärkt werden.

Mit dem *Bremer Entwurf* sprechen sich die Sozialdemokraten für die Stärkung der Selbständigkeit der Schulen aus. Dazu sollen die Auswahl des Personals und ein verlässliches Schulbudget gehören. Das ist das richtige Ziel. Der gegenwärtige Weg jedoch, dass

sich die Schule als „Diener zweier Herren“ mit dem Schulamt über das Personal und mit dem Träger über das Budget abstimmen muss, ist holzig. Die Zusammenführung von innerer und äußerer Schulträgerschaft ist nach meiner Überzeugung unabdingbare Voraussetzung für eine starke Schule.

Global denken, lokal handeln

Meine Vision sind zentral vorgegebene Rahmenlehrpläne, die durch Lehrer kreativ ausgefüllt werden, die sich mit der Schule identifizieren und in der Region Anerkennung und Akzeptanz genießen. Der kommunale Träger steht in umfassender Verantwortung und muss dafür den personellen und technischen Rahmen setzen. Er unterliegt der unmittelbaren Erfolgskontrolle durch die Bürgerschaft und ihrer Vertretung sowie durch die Gremien der Schule. Wenn die Schule also beispielsweise auf bestimmte soziale Probleme im Umfeld reagieren muss, könnte der Träger sowohl die nötigen Fachkräfte wie Psychologen, Schulsozialarbeiter und Pädagogen einsetzen und entsprechende materielle Voraussetzungen schaffen. Oder die Schule steckt sich das Ziel, verstärkt neue Medien einzusetzen. Dann könnte der Träger entsprechend ausgebildete Pädagogen und die Anschaffung von Laptops zusammenführen. Dazu bedürfte es vor Ort nur eines gemeinsa-

men Willens, komplizierte Abstimmungen oder aufwändige Modellversuche wären überflüssig.

Ich bin der Meinung, dass Bildungsziele und Rahmenpläne auf nationaler Ebene definiert werden sollten. Schließlich sehen sich Kinder, egal ob sie in Friesland oder dem Allgäu aufwachsen, globalisierten Anforderungen gegenüber.

Wenn die Bildung nun aber schon der Tribut (in seiner Wortbedeutung ein Opfer) an den Föderalismus ist, dann sehe ich darin nur einen Vorteil. Wir könnten in Brandenburg als richtig Erkanntes, wie die Zusammenführung der Schulträgerschaft, in unserem Land zügig umsetzen.

Begabte mehr fördern

Das träfe auch auf eine wirkliche Förderung Hochbegabter zu. Hierzu findet sich in unserem *Bremer Entwurf* bisher nicht der kleinste Hinweis. Wir sollten uns nicht den Luxus leisten, darauf zu verzichten. Über Finnland, dass in der allgemeinen Schulbildung

anerkanntermaßen in den letzten 20 Jahren vorangekommen ist, urteilt Thelma von Freymann, profunde Kennerin sowohl des finnischen als auch des deutschen Systems, „dass Finnland sich in Bezug auf die Begabten eine enorme Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen leistet.“¹ Diese Erkenntnis setze sich zunehmend auch in der finnischen Gesellschaft durch.

Die auch bei uns häufig anzutreffende Meinung, Lehrer könnten im Zuge der Binnendifferenzierung sowohl benachteiligte als auch hochbegabte Schüler gleichermaßen fördern, verneint Freymann deutlich.

Die Frage nach der richtigen Förderung Hochbegabter von Kindergarten und Grundschule an, ist in Finnland unbeantwortet. Sie ist es auch bei uns. Bislang widmen sich in Deutschland fast nur private Spezialschulen diesen Kindern. Angesichts der Herausforderung der Zukunft, sollten wir unser staatliches System von der Kita bis zum Gymnasium unbedingt auch für die Begabtenförderung rüsten. ■

KARL-HEINZ SCHRÖTER

ist Landrat des Landkreises Oberhavel, Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg und Vizepräsident des Deutschen Landkreistages.

¹ Thelma von Freymann, geboren in Finnland, gehört zu den profundesten Kennern des finnischen Bildungssystems in Deutschland. Unter anderem arbeitete sie von 1975 bis 1995 am Institut für Angewandte Erziehungswissenschaft und Allgemeine Didaktik an der Universität Hildesheim.

Ursachen behandeln, nicht Symptome

FÜR EINE NEUE FAMILIENPOLITIK MÜSSEN
SICH AUCH DIE MÄNNER ÄNDERN
VON **MARTINA MÜNCH**

Wohin man auch guckt: Glückliche Mütter. Und immer häufiger auch stolze Papas, die Windeln wechseln, zu Hause bleiben und am Sandkasten fachsimpeln. Wirtschaftsunternehmen bemühen sich um Familienfreundlichkeit, denen das Thema vor nicht allzu langer Zeit allenfalls ein Achselzucken abnötigte. Gibt es einen neuen Kinder- und Familienkult? Sind wir ein kinderfreundliches Land geworden? Leider nein.

Viele Nachbarländer sind erfolgreicher als Deutschland: Es werden mehr Kinder als bei uns geboren, sie haben eine geringere Familienarmut, aber eine höhere Erwerbsquote von Männern und Frauen sowie ein größeres Wirtschaftswachstum. Es gibt dort mehr Kinder in den Familien und mehr Familien in der Gesellschaft. Und – da ist die Entwicklung in Deutschland wieder einmal langsamer als anderswo – die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen ist anders als bei uns. Gleichberechtigung heißt nämlich vor allem, sich endlich vom patriarchali-

schen Leitbild des männlichen Alleinverdieners zu lösen. Das fällt uns Deutschen schwer, so schwer, dass es einer kleinen Revolution gleichkam, als die Familienministerin zwei obligatorische Papa-Monate einführte, wenn eine Familie in den vollständigen Genuss des Elterngeldes kommen möchte. Besonders in der traditionell patriarchalisch aufgestellten CDU schlugen die Wellen darüber bis heute hoch.

Repräsentative Umfragen zeigen, dass 90 Prozent aller jungen Deutschen eigene Kinder wollen. Im Schnitt wünschen sie sich 1,8 Kinder, sie bekommen aber nur 1,3. Woran liegt das? Wie kommt es, dass sich junge Frauen und junge Männer Kinder sehnlichst wünschen, aber diesen Wunsch zunehmend spät oder nie verwirklichen?

Altes Denken

Familienpolitik ist ein hochideologisches Themenfeld – leider. Gerade wenn es um die Geburtenrate, um Erziehungsbeteiligung oder um De-

mografie geht, sind politische Grabenkämpfe und Schlagworte beliebt, die an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbeigehen, wie etwa „Fertilitätsrate“, „Zeugungsverweigerung“ oder „Ehegattensplitting“.

Hinzu kommt: Familienpolitik ist in Mode gekommen; unter anderem auch, weil der Handlungsbedarf einfach übergroß ist. Ganz nüchtern konstatiert der 7. Familienbericht der Bundesregierung, dass die deutsche Familienförderung der vergangenen Jahrzehnte wirkungsschwach geblieben ist. Und das, obwohl der deutsche Staat seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1999 zur Erhöhung der Kinderfreibeträge 10 Milliarden Euro zusätzlich für Familien ausgibt. Das Betreuungsangebot für Kleinkinder hat sich kaum verbessert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht leichter geworden, die Geburtenrate hat sich dadurch nicht erhöht.

25 Milliarden für Familien

Am Skandalösesten aber ist die zunehmende Kinderarmut, und das trotz der vergleichsweise hohen finanziellen Transferleistungen. Der 7. Familienbericht hat im vergangenen Jahr enthüllt, dass der Staat seinen Ehepaaren und Familien jedes Jahr unglaubliche 184 Milliarden Euro zahlt. Der größte Batzen, es handelt sich immerhin um 73 Milliarden, geht als Förderung an

Ehepaare in Form von Ehegattensplitting und Witwenrente. Die Familienpolitik via Sozialversicherung kostet insgesamt etwa 25 Milliarden. Die Ausgaben für Kinderbetreuung machen hingegen nur zehn Milliarden aus.

Die Frau soll zu Hause bleiben

Und da kommen wir zu einer Hauptwurzel unseres Problems: Ehegattensplitting bringt einer Familie das meiste Geld, wenn der Hauptverdiener das Geld verdient und die Ehefrau zu Hause bleibt. Solange die Kinder klein sind, mag das angehen, aber die Splittingvorteile gelten auch ohne Kinder. Das heißt, dass durch dieses Steuerelement, das einen großen Teil der Finanztransfers an Familien ausmacht, das traditionelle Rollenmodell des berufstätigen Mannes und der Hausfrau unterstützt wird. Während das eigentliche Ziel, Familien mit Kindern wirkungsvoll zu unterstützen, nur schlecht erreichen.

Die Bundesfamilienministerin will nun als große Neuerung und gegen erheblichen Widerstand in den eigenen Reihen das sogenannte „Familiensplitting“ einführen. Das erhöht prinzipiell die Zielgenauigkeit des Finanzinstrumentes, es ist aber trotzdem ein Schritt in die falsche Richtung: Auch das Familiensplitting kommt besser verdienenden Familien in weit höherem Maß zugute, weil die Entlastung mit steigen-

dem Steuersatz und damit Einkommen steigt.

Ein Grundproblem ist jedoch das erhöhte Armutsrisiko für Familien und vor allem alleinerziehende Mütter – und mit einem neuen Steuersplitting lösen wir es nicht.

Deutlich wird das bei einem Vergleich der wirtschaftlichen Situation der Familien in den geburtenstarken Jahren seit 1960 mit den heutigen Zahlen: Die Geburtenrate in Deutschland hat sich seit 1965 annähernd halbiert und der Anteil der Sozialausgaben verdoppelt. Trotzdem hat sich die finanzielle Situation der Familien seither drastisch verschlechtert: Lebte 1965 nur jedes 75. Kind unterhalb der Armutsgrenze, so war es 1998 jedes siebte Kind, Tendenz steigend.

Kitas braucht das Land

So richtig die Einführung des Elterngeldes und die Forderung nach flächendeckender Krippenversorgung auch ist: Ein nüchterner Blick in Regionen Deutschlands, wo es eine ausreichende Versorgung mit Krippenplätzen, einen konditionierten Rechtsanspruch ab Geburt und eine noch nicht kinderentwöhnte Gesellschaft gibt, zeigt, wie wenig diese Maßnahmen die Geburtenzahl erhöhen können. Was im Westen Deutschlands mit riesigem Aufwand in den nächsten Jahren aufgebaut werden soll, nämlich

eine flächendeckende Krippenversorgung und Ganztagschulen bzw. Horte, existiert in den neuen Ländern nicht erst seit der Wende. In den neuen Ländern war die Berufstätigkeit der Frau seit langem selbstverständlich, es gab ein weitgespanntes Netz von finanzieller und gesellschaftlicher und staatlicher Unterstützung. Die Geburtenrate in der DDR lag daher auch deutlich höher als die Rate in der Bundesrepublik.

Kein Allheilmittel

Obwohl das Betreuungsnetz nach wie vor im gesamtdeutschen Vergleich hervorragend ist, hinkt die Geburtenrate in Ostdeutschland der im Westen mittlerweile sogar hinterher, und das, obwohl der Osten längst da ist, wo die Bundesfamilienministerin hinkommen möchte.

Daher lohnt es, darüber nachzudenken, was junge Frauen und Männer von der Erfüllung ihres zu Beginn vorhandenen Kinderwunsches viel zu oft abhält. Unumgänglich ist es, vor allem darüber nachzudenken, welchen Einfluss Arbeitslosigkeit oder eine unsichere berufliche Perspektive mit kaum existenzsicherndem Lohn haben. Wer Familienpolitik verbessern will, muss sie daher in Zusammenhang mit Arbeitsmarktpolitik, Mindestlöhnen und Bildungsdebatte setzen. Auch hier hängt alles mit allem zusammen. El-

terngeld und Krippenbetreuung sind nur zwei Facetten viel komplexerer Lösungsstrategien.

Alle Untersuchungen zeigen: Viel zu lange haben wir die Erziehung von Kindern ausschließlich zur Frauensache erklärt. Viel zu viele Politiker sahen den Lebenssinn von Frauen auf das Gebären und Aufziehen von Kindern, die Förderung der Karriere des Mannes und die Pflege der Eltern beschränkt. Seit der Einführung des Erziehungsurlaubes 1986 („familienpolitische Offensive“ der CDU) wurde die Nichterwerbstätigkeit der Mütter geradezu gefördert. Lange Freistellungszeiten führen dazu, dass

- die ungleiche Verteilung der Erziehungs- und Haushaltsarbeit zwischen Mann und Frau sich weiterhin fortsetzt;
- die Arbeitszeiten und damit das Einkommen von Männern und Frauen heute weiter auseinander driften als noch vor ein paar Jahren;
- 40 Prozent der betroffenen Frauen nicht mehr in ihren Beruf zurückkehren, sondern unterhalb ihrer Qualifikation oder in Teilzeit arbeiten;
- Mütter sich eine berufliche Karriere zumeist abschliffen können.

Der typische Chef ist Ehemann und Vater. Die typische Chefin hingegen unverheiratet und kinderlos. Das alte patriarchalische Leitbild lässt grüßen. In der traditionellen gesellschaft-

lichen Sichtweise, die nachhaltig die Gesetzgebung beeinflusst hat, wird immer noch davon ausgegangen, dass der Mann die alleinige Ernährerrolle hat. In der jüngeren Generation von Männern stößt dies zunehmend auf Unbehagen. Und nicht von ungefähr zeigen Umfragen, dass junge Männer sich in höherem Maß als Frauen der Zeugung von Kindern verweigern.

Männer müssen umdenken

Immer weniger gut ausgebildete junge Männer wissen, dass sie nicht mit einer gut dotierten Festanstellung bis zum Eintritt des Rentenalters rechnen können, und sie wollen sich daher nicht die Verpflichtung aufladen, alleinverantwortlich für Frau und Kinder finanziell sorgen zu müssen. Dazu kommt, dass die Männer, die sich bewusst für ihre Vaterrolle entscheiden, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen möchten. Das wird gesellschaftlich und im Berufsleben bisher kaum akzeptiert. Die geringe Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubes durch Männer spricht eine deutliche Sprache. Es bleibt zu wünschen, dass sich dies auch durch die Papa-Monate des Elterngeldes ändern wird.

Die geringe Geburtenrate ist kein Frauenproblem. Männer werden nicht nur als Erzeuger gebraucht, sondern auch als aktive Väter. Wir brauchen ein anderes Männerbild, indem Fürsorg-

lichkeit, Verantwortung für Erziehung und die Freude am Zusammenleben mit Kindern Teil des männlichen Lebensentwurfs ist. Ein Hoffnungszeichen dafür, dass die deutschen Männer mit immer größerer Begeisterung gute Väter sind, sind die aktuellen Ergebnisse einer Umfrage der Zeitschrift „Eltern“: 75 Prozent der befragten 6-12-jährigen Kinder sind stolz auf ihren Papa. 80 Prozent der Kinder sind sicher, dass ihr Vater sie liebt, zwei Drittel können mit ihm über alles reden, jedes zweite Kind wird vom Papa ins Bett gebracht.

Bei der Entscheidung für ein Kind kommt erschwerend hinzu, dass sich viele Paare überfordert fühlen, weil sie im Lebensalter zwischen 30 und 40 Jahren alles gleichzeitig tun sollen: eine Festanstellung erringen, ein Kind zeugen, ein Haus bauen. Experten sprechen von der „Rushhour“ des Lebens, weil sich bei beruflich ambitionierten Frauen das Zeitfenster für die Familiengründung auf höchstens zehn Jahre verkürzt.

Hast der Rush-Hour

Es ist ein Mentalitätswandel erforderlich, wenn wir dieses Problem lösen wollen. Die Forschung belegt, dass das eigentliche Altern heute erst jenseits der 80 beginnt. Warum teilen wir die Lebensverläufe anders ein? Jutta Allmendinger, ab April Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für

Sozialforschung (WZB), schlägt beispielsweise vor, dass wir bereits in die Mitte des Lebens Phasen der freiwilligen Nicht-Erwerbstätigkeit legen, die dann für die Weiterbildung, aber auch für die Erziehung von Kindern durch Männer und Frauen genutzt werden.

Vom Einsatz der Mittel

Wir dürfen diejenigen, die während ihrer Ausbildung Kinder bekommen, nicht als Bummler betrachten, sondern müssen ihre Familienbildung unterstützen. Heutzutage fürchten viele Frauen – durchaus zu Recht – dass sie mit dem Doppelstigma Berufsanfänger und Mutter kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Auch nach den ersten Jahren in oftmals befristeten bzw. unzureichenden Arbeitsverhältnissen sollten Erwerbsunterbrechungen junger Menschen unterstützt werden. Das kann z. B. dadurch geschehen, dass Bildungsgutscheine für ein ganzes Erwerbsleben gelten, aber auch dass angesammelte Rentenpunkte bereits in der Mitte des Lebens einsetzbar sind.

Obwohl Deutschland im EU-Vergleich sehr viel Geld für Familien ausgibt, sind die Ergebnisse unterdurchschnittlich. Woran liegt das? Einfach gesagt: weil die Deutschen ihre Familien nicht richtig unterstützen, weil ihre Familienpolitik hinter der der meisten EU-Staaten „um mindestens

15 bis 20 Jahre“ (Renate Schmidt) hinterherhinkt. Weil die Bundesregierung veraltete Leistungen anbietet oder sie nicht aufeinander abstimmt; weil die Transfers – aufgrund falscher Leitbilder – ins Leere laufen.

Elterngeld als erster Schritt

Der Umbau der finanziellen Fördermaßnahmen ist deshalb im vollen Gange. Wir brauchen mehr Geld für Kinderbetreuung und junge Familien und weniger Geld für die Finanzierung der Einverdienerhe. Mit dem zu Beginn des Jahres eingeführten Elterngeldes stabilisiert sich das Familieneinkommen in der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes. Richtig ist, dass auch Besserverdienende mit Kinderwunsch eine an ihrem Gehalt orientierte Einkommenssicherung erhalten. Falsch ist, dass das Elterngeld für arbeitslose, studierende oder gering verdienende Eltern so niedrig bemessen ist – denn gerade in diesen Familien kommen die meisten Kinder zur Welt und bedürfen unserer ganzen Aufmerksamkeit. Es ist daher folgerichtig, den Kinderzuschlag für Geringverdiener weiter auszubauen.

Familienleistungen für Eltern sind vielfältiger Natur. In finanzieller Hinsicht fällt auf, dass auf der einen Seite die Familien die größten Steuerzahler (direkte und indirekte Steuern) sind, sie aber auf der anderen Seite – im

Vergleich zu den Kinderlosen – materiell immer ärmer geworden sind. Familienpolitik muss hier ansetzen, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder zu erreichen. Das meint die Idee vom vorsorgenden Sozialstaat: Jedes Kind soll unabhängig von seiner familiären Situation seine Chancen bestmöglich entfalten können.

Das erfordert Solidarität zwischen reichen und armen Familien, aber auch zwischen Eltern mit Kindern und Kinderlosen. Beispielsweise durch eine Veränderung unseres Steuersystems, das bisher vor allem so funktioniert, dass sich Familien über ihr Steueraufkommen überwiegend selbst finanzieren. In den skandinavischen Ländern stehen Paare, die annähernd gleich hohe Einkommen haben, steuerlich besser da. In Deutschland werden dagegen nach wie vor jene besonders bevorzugt, deren Einkommen sehr unterschiedlich sind (Ehegattensplitting).

Sozialisieren statt privatisieren

Kinder sind unsere Zukunft. Ohne Kinder werden auch die Älteren keine gute Zukunft haben, und auch die Kinderlosen profitieren durch den Solidaripakt zwischen den Generationen von den Kindern. Durch Kinder entsteht ein materieller Gewinn für unsere Gesellschaft, der Nutzen wird also sozialisiert. Die materiellen Belastungen, die Familien durch Kinder gerade in den

ersten beiden Lebensjahrzehnten entstehen, werden zu 70 bis 75 Prozent dagegen von den Familien getragen, sind also privatisiert. Es ist dringend erforderlich, einen gerechteren Familienlastenausgleich herbeizuführen.

Ab ins Haus der Geschichte

Wenn wir tatsächlich eine moderne Familienförderung wollen, dann müssen wir das traditionelle Modell des deutschen Wohlfahrtsstaates ad acta legen und unter der Überschrift „Relikte des Industriezeitalters“ ins Haus der Geschichte verbannen. Denn im Mittelpunkt steht immer noch das veraltete Bild des männlichen Alleinverdieners, dessen Arbeit für das Haupteinkommen der Familien sorgt. Ihm werden dank Heirat Steuern erlassen, seine gesetzliche Krankenversicherung schützt Ehefrau und Kinder, noch nach seinem Tod sichert seine Rente das Auskommen der Witwe. Dieses Modell ist antiquiert und nicht mehr mit der Wirklichkeit vereinbar. Im heutigen Deutschland eignen sich junge Männer nicht mehr als Alleinverdiener auf Lebenszeit, weil die Frauen mit ihnen in weiten Bereichen gleichgezogen haben und geradlinige Berufskarrieren nicht mehr sicher sind. Es darf auch niemanden verwundern, wenn junge Frauen, in deren Ausbildung in den vergangenen Jahren enorm viel investiert wurde und die in vielen Bereichen mittlerweile auf der Überholspur

sind, mit dem traditionellen Familienmodell nichts mehr anfangen können.

Wer Beruf und Familie für Männer und Frauen will, darf nicht primär Ehen, sondern muss jeden Einzelnen fördern. Das heißt auch, dass nicht mehr Ehen oder Familien, sondern jeder Einzelne besteuert werden muss.

Ziel muss ein ausreichendes existenzsicherndes Einkommen von Mann und Frau sein. Das skandinavische Modell zeigt, dass es hilft, die Unabhängigkeit und Erwerbstätigkeit von beiden zu fördern. Sowohl die Geburtenraten als auch die Frauenerwerbstätigkeit sind in skandinavischen Ländern höher als bei uns. Sogar die Witwenrente konnte man dort abschaffen, weil Frauen mit ihrem eigenen Einkommen für ihre Rente sorgen. Was zunächst nach Tabubruch klingt, dient letztendlich der Entrümpelung veralteter Leitbilder. Und es soll auch Männer entlasten und ermutigen, sich den Kinderwunsch zu erfüllen, weil die finanzielle Last gerechter verteilt ist.

Gemeinsame Verantwortung

Natürlich sind Finanzen nur ein Aspekt. Es geht vor allem darum, dass Mann und Frau Lebensentwürfe verwirklichen können, die familiäre und berufliche Erfüllung ermöglichen. Dazu gehört auch die gemeinsame Verantwortung in der Elternzeit und die Flexibilisierung von Zeitarbeitsmodellen, wie z. B. Lebensarbeitszeitkon-

ten. Entsprechende Modelle gibt es in Skandinavien. Denn deutschen Eltern bleibt durch eine hohe Arbeitszeitbelastung weniger Zeit, um sie mit ihren Kindern zu verbringen als den europäischen Nachbarn.

Eine neue Gleichstellungspolitik

Erforderlich ist dazu eine neue Gleichstellungspolitik, die nicht bei theoretischen Fragen aufhört, sondern praktische Antworten liefert, wie sich Mutterschaft, Vaterschaft und berufliche Verwirklichung vereinbaren lassen. Die neue Gleichstellungspolitik muss mehr sein als Debatten um Feminismus, Männergewalt, Lohn- und Quotenkämpfe, wenn sie durchsetzungsfähige Strategien für Familien, für Männer und Frauen erreichen will. Hier stehen wir noch ganz am Anfang einer wichtigen und nachhaltigen Debatte.

Nachdenken müssen wir über das traditionelle Bild von Männern, aber auch von Frauen. Weder die Super-Mami, die Beruf, Ehe und Kinder-schar scheinbar mühelos unter einen Hut bringt, noch die einsame Karrierefrau sind authentische und lebbare Rollenentwürfe.

Auch das Fernsehen zeigt kaum die Wirklichkeit, sondern einsame Wölfinnen oder multitasking begabte Powerfrauen. Im vergangenen Jahr hat im Auftrag des Familienministeriums das Grimme-Institut Mütter- und

Väterbilder im Fernsehen untersucht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die durchschnittliche deutsche Fernsehfrau ist oft allein, am Tisch wie im Bett. Im Schnitt gebiert sie höchstens 0,48 Kinder, residiert aber im schmutzigen Eigenheim. Nur selten belastet sie sich mit Haushaltspflichten. Dass ihr meist der Mann fehlt, stört sie allenfalls erotisch. Nähmen sich die Deutschen Fernsehfiguren zum Vorbild, wäre das Land bald noch kälter und kinderärmer.

Der kleine Unterschied

Zu den größten Wünschen von Kinderlosen mit Kinderwunsch zählt ein kinderfreundlicheres Klima in der Gesellschaft. Weil eine familienfreundliche Infrastruktur aus mehr als Kinderkrippen und -horten besteht, sollte es darum gehen, Familienpolitik als Querschnittsaufgabe anzusehen. Es geht für alle beteiligten Akteure in Staat und Gesellschaft darum, die tatsächlichen Bedürfnisse von Familien zu erfüllen und sie nach Kräften zu unterstützen. Das afrikanische Sprichwort „*It takes a village to bring up a child*“ – man braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen – drückt das kurz und bündig aus. Familie und Kinder sind keine Privatangelegenheit, Familien sollten vielfältige Unterstützung erfahren. Umgekehrt wird auch die ganze Gesellschaft durch Kinder

reich an Freude, Lebensperspektiven und Zukunft.

Kindersitze als Statussymbol

Unterstützung für Familien fängt damit an, dass man Eltern Respekt entgegenbringt und beispielsweise nicht von einer „Rabemutter“ spricht, wenn eine allein erziehende Frau versucht, Arbeit und Erziehung unter einen Hut zu bringen. Das setzt sich damit fort, dass wir Familien nicht zum Objekt staatlicher Fürsorge machen, sondern sie als das anerkennen, was sie sind: Herausragende Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Gerade die Sozialdemokratie hat letzteres immer wieder betont und einen Paradigmenwechsel hin zu einem neuen Familienbild angestrebt, das umso wichtiger ist, weil ein wachsender Teil der Bevölkerung kaum noch Kontakt zu Kindern und Jugendlichen hat. Unsere Gesellschaft ist zu großen Teilen kinderentwöhnt.

Erst wenn es selbstverständlich sein wird, dass Kinder dazugehören und wenn nicht mehr das schnelle Auto, sondern die Anzahl der Kindersitze im Auto ein Statussymbol geworden sind, haben wir den entscheidenden Schritt in Richtung eines kinderfreundlichen Landes getan.

Brandenburg ermuntert junge Menschen, sich für Kinder und Familie zu entscheiden. Die Brandenburger SPD

trägt dabei den Bedürfnissen von Kindern, Müttern und Vätern (und zwar in dieser Reihenfolge) Rechnung. Ihre Politik steht für eine flächendeckende Betreuung in Krippen und Kitas, in die fast alle Brandenburger Kinder gehen. Wir haben erkannt: An den Zukunfts- und Bildungschancen von Kindern misst sich das Schicksal unseres Landes insgesamt. Auch bei immer mehr Unternehmen ist heute Familienfreundlichkeit ein Standortfaktor. Im Interesse unserer Kinder wollen wir erreichen, dass Männer und Frauen von Anfang an mit Rat und Tat unterstützt werden.

Brandenburger Projekte

67 Brandenburger Projekte haben wir im bundesweit vorbildlichen „Maßnahmepaket für Familien- und Kinderfreundlichkeit“ in Angriff genommen. So bauen wir beispielsweise Eltern-Kind-Zentren aus und initiieren das Modellprojekt „Lokale Netzwerke Gesunde Kinder“ zur Förderung in den ersten Lebensjahren. Es gibt mittlerweile 15 „Bündnisse für Familien“ in Brandenburg.

Kinderbetreuung ist in Brandenburg kein Elternrecht, das auf die Kinder berufstätiger Eltern zielt, sondern ein Kinderrecht, das ein neues Verhältnis von öffentlicher und privater Verantwortung beinhaltet. Kostenfreie Vorsorgeangebote von der Geburt bis zur Einschulung, eine verbesserte Ver-

netzung zwischen Gesundheits-, Jugend- und Sozialämtern sowie neue Ansätze in der Kindergartenpädagogik sind unsere konkreten Ziele. Es spricht beispielsweise nichts dagegen, einem Vierjährigen bereits Buchstaben und Zahlen beizubringen. Manche haben sogar Interesse an Frühenglisch. Oder mit Zoo- und Schwimmbadbesuchen, Turnen, Tanzen und Gestalten in der Krippe vor allem die Chancen der Kinder zu verbessern, deren Eltern ein breites Angebot nicht finanzieren oder organisieren können. Die Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ist in Brandenburg schon lange selbstverständlich. Bereits jetzt schon hat Brandenburg die dritthöchste Frauen-Beschäftigungsquote in der EU, nach Dänemark und Schweden. Das hat nicht zuletzt etwas mit unserem guten Kita-Netz zu tun.

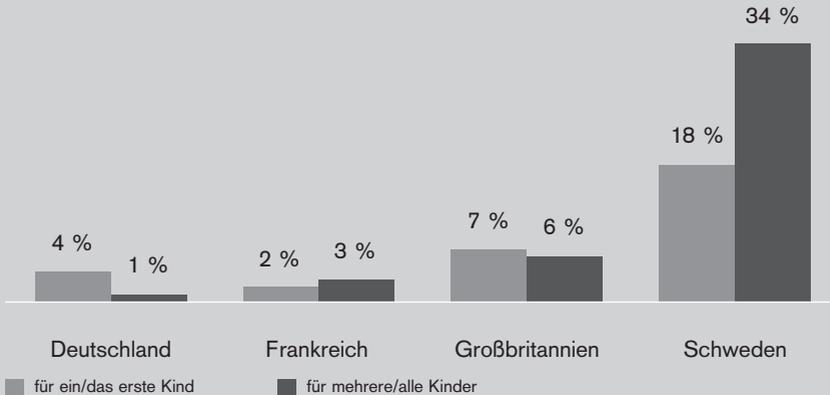
Familienfreundliche Infrastruktur hat etwas mit Wohnungsangeboten, Stadtplanung, Freizeitmöglichkeiten, Erreichbarkeit und einem vielfältigen bezahlbaren Bildungsangebot zu tun.

In den Schulen wollen wir die Kinder so erziehen, dass Mädchen und Jungen gleichberechtigte Partner sind. Wichtig ist das Erleben von positiven männlichen Vorbildern gerade für Jungen. Statistisch gesehen beteiligen sich zwar

Neue Männer braucht das Kind

Statistisch gesehen beteiligen sich zwar

Männer, die Elternzeit genommen haben oder darüber nachdenken



Quelle: European Opinion Research Group 2004

junge Männer mehr als vor zwanzig Jahren bei der Hausarbeit – aber nur solange beide erwerbstätig und noch kinderlos sind. Es fehlt an überzeugenden männlichen Vorbildern, die Fürsorglichkeit und Verantwortung auch als Väter selbstbewusst leben. Hier gibt es noch viel zu tun.

Es bewegt sich was

In Brandenburg ist der traditionelle *girls' day* längst ein *boys' and girls' day* geworden, an dem auch Jungen sich über traditionelle Frauenberufe informieren. Es gibt viele Schulpraktikanten in Kindergärten, die begeistert von ihren guten Erfahrungen berichten. Es gelingt noch viel zuwenig, diese Freude am Umgang mit Kindern in Berufe als Erzieher oder Grundschullehrer umzusetzen. Aber es ist langsam etwas in Bewegung gekommen.

Die Abkehr vom patriarchalischen Rollenmodell bedeutet für Männer und Frauen die Chance, ihren Lebensweg ohne die Einengung in antiquierte Rollenmuster zu leben und zu wirklicher Gleichberechtigung und gleicher Lebenserfüllung zu gelangen: Der Erfüllung im Beruf und der Erfüllung und großen Freude bei der Verwirklichung des Kinderwunsches. Familien werden in ihrer großen Verantwortung von der Gesellschaft bestmöglich unterstützt und gefördert. So haben wir die Chance, dass Deutschland ein Land wird, in dem Kinder nicht länger die Ausnahme, sondern die Regel sind. Diesem Ziel hat sich moderne Familienpolitik verschrieben. Wenn wir diesen erfolgreichen Weg fortsetzen, werden bald in mehr als nur 25 Prozent aller Haushalte Kinder leben. Und Familienpolitik wäre keine Minderheitenpolitik mehr. ■

DR. MARTINA MÜNCH

ist Landtagsabgeordnete in Brandenburg
und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende.

Das Debattenmagazin

Wieviel Einspruch verträgt der Mainstream? Heute regieren die 68er – aber was kommt, wenn sie fertig haben? Die Berliner Republik ist der Ort für eine neue politische Generation: undogmatisch, pragmatisch, progressiv. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.



Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich

www.b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint alle zwei Monate. Sie ist zum Preis von 5,- EUR inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen:

Jahresabo 30,- EUR; Studentenjahresabo 25,- EUR

Jetzt Probeheft bestellen: Telefon 0 30/2 55 94-130,
Telefax 0 30/2 55 94-199, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Seit 1997 erscheint

„perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben, können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage www.perspektive21.de als pdf-Datei herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden sie uns bitte eine E-Mail an perspektive-21@spd.de.

Zur Zeit sind folgende Titel lieferbar:

- Heft 17 Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?
- Heft 18 Der Osten und die Berliner Republik
- Heft 19 Trampolin oder Hängematte? Die Modernisierung des Sozialstaates.
- Heft 20 Der Letzte macht das Licht aus?!
- Heft 21/22 Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn?
- Heft 23 Kinder? Kinder!
- Heft 24 Von Finnland lernen?!
- Heft 25 Erneuerung aus eigener Kraft
- Heft 26 Ohne Moos nix los?
- Heft 27 Was nun, Deutschland?
- Heft 28 Die neue SPD
- Heft 29 Zukunft: Wissen.
- Heft 30 Chancen für Regionen
- Heft 31 Investitionen in Köpfe
- Heft 32 Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert